

lokal

regional

national



global



Gutes Leben für alle
**braucht eine andere
Globalisierung**

Herausforderungen und Gestaltungsräume
für Städte und Regionen

Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung

Herausforderungen und Gestaltungsräume
für Städte und Regionen



Inhalt

- 4 **Vorwort der Vizebürgermeisterin von Wien, Maria Vassilakou**
- 8 **Einleitung**
- 10 **Leitfragen des 2. Kongresses**
Gutes Leben für alle
- 12 **Teil I**
***Gutes Leben für alle* braucht eine andere Globalisierung**
- 14 **5 Thesen zum Kongress**
Gutes Leben für alle
Andreas Novy & Alexandra Strickner
- 16 **Keynote von Andreas Novy**
beim Eröffnungspodium Kongress
Gutes Leben für alle am 9. Februar 2017
- 24 **Globalisierung 4.0: Warum das *Gute Leben für alle* eine andere Globalisierung braucht**
Werner Raza
- 27 **A Commentary on the five-thesis proposal for the Good Life for All Congress 2017**
Jean-Marc Fontan
- 29 **Globale Ressourcen-Fairness für ein *Gutes Leben für alle***
Stefan Giljum
- 32 **Weltoffen Regional**
Eine nachhaltige Gesellschaft muss großteils regional wirtschaften. Mit Nationalismus und nationalstaatlicher Abschottung hat dies jedoch nichts zu tun!
Volker Plass
- 36 ***Gutes Leben für alle* braucht öffentliche Dienstleistungen: Rekommunalisierung als Trend**
Alice Wagner & Iris Strutzmann
- 38 **Das Alternative Handelsmandat: Eckpunkte einer gerechten EU Handels- und Investitionspolitik**
Alexandra Strickner
- 42 **Gutes Leben – gute Arbeit**
Klemens Himpele
- 45 **Was ist „gut“ und wer sind „alle“? Gewerkschaftliche Perspektiven auf das *Gute Leben für alle***
Erich Foglar
- 47 **Soziale Innovationen für ein *Gutes Leben für alle***
Michaela Neumayr
- 50 ***Gutes Leben für alle* braucht die Überwindung der „imperialen Lebensweise“**
Interview von Sylvia Einöder mit Ulrich Brand

- 54 **Teil 2**
Nahversorgung für alle – Herausforderungen und Beispiele gelingender Transformation
- 56 **Nahversorgung für alle in der Donaustadt**
Andreas Novy & Beatrice Stude
- 59 **Die „Foundational Economy“ als work in progress**
Leonhard Plank
- 61 **Zentren – Versorgungsknoten in einer Stadt der kurzen Wege**
Pia Hlava
- 64 **Gutes Leben für alle braucht Nahversorgung für alle**
Guido Schwarz
- 66 **Gutes Leben für alle braucht öffentlichen Raum für die Schwächsten**
Thomas Ritt
- 69 **Urban Citizenship: Stadt für alle**
Sarah Schilliger & Ilker Ataç
- 72 **Stadtentwicklung von unten – Möglichkeiten, Grenzen, Kritik**
Monika Grubbauer
- 76 **Erfolreich Mobil**
Andreas Trisko & Michael Erdmann
- 79 **10 Jahre Brunnenpassage – #kunstwirkt**
Ivana Pilić
- 82 **Nahversorgung für alle in der Donaustadt**
Beatrice Stude
- 86 **Wiens Initiativen für ein Gutes Leben für alle**
Ira Mollay & Anna Leitner
- 92 **Impressum**

Vorwort der Vizebürgermeisterin



Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Werkstattbericht entstand aus einer Kooperation der Wiener Stadtplanung mit der Wirtschaftsuniversität und einer Vielzahl von wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen. Der Kongress *Gutes Leben für alle* 2017 an der Wirtschaftsuniversität brachte über 1000 Menschen – Fachleute, zivilgesellschaftlich aktive und engagierte Menschen – vom 9. bis 11. Februar 2017 zusammen, um über Alternativen zur aktuell stattfindenden Form der Globalisierung nachzudenken. Das Interesse der Wiener Stadtplanung an diesem Kongress war aus mehreren Gründen groß.

Zum einen hat die Stadtregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung schon 2015 ein Bekenntnis zum *Guten Leben für alle* als Vision Wiener Stadtpolitik abgegeben. So heißt es in der Präambel: „Wir arbeiten an einer sozialen, weltoffenen und lebenswerten Zukunft, in der alle Perspektiven für sich und ihre Familien sehen. Jeder Mensch in Wien hat alle Chancen, sein Leben selbstbestimmt und unabhängig zu gestalten. Zwei Millionen Chancen, auf die Wien stolz sein kann.“ So verbindet die Stadtregierung mit den OrganisatorInnen das Interesse an konkreten Strategien, wie in kleinen Schritten und vielen Projekten die Utopie eines *guten Lebens für alle* Wirklichkeit werden kann.

Zum anderen ermöglicht uns die Reflexion über die fünf Thesen des Kongresses, selbstbewusst, aber auch kritisch über das Potenzial von Stadtpolitik zu reflektieren. So freute es uns, festzustellen, dass Globalisierung nicht als Nullsummenspiel definiert wurde, bei dem mehr internationale Zusammenarbeit auf Kosten der Handlungsspielräume von Gemeinden, Städten und Regionen geht. Die am Kongress angesprochene andere Globalisierung versteht sich vielmehr als eine Verbindung aus Weltoffenheit und Heimatverbundenheit, die auf gemeinsam verhandelten europäischen und globalen Regeln einerseits sowie klaren und erweiterten Handlungsspielräumen „von unten“ andererseits fußt.

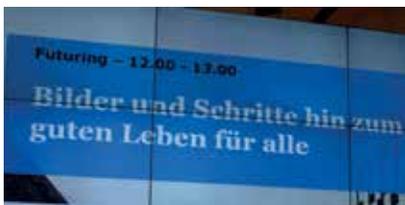
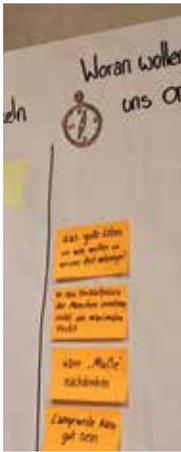
Es ist daher für die Wiener Stadtplanung notwendig, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Horizonterweiterung bedeutet gleichermaßen den Austausch über gelungene Erfahrungen anderer Städte sowie die Suche nach geänderten Rahmenbedingungen, insbesondere die Ermöglichung von ambitionierten Investitionsprogrammen in den stark wachsenden Städten Europas. Es ist insbesondere das fiskalische Korsett, das es der Stadt Wien gegenwärtig schwer macht, konsequent die notwendigen Schritte hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu setzen.

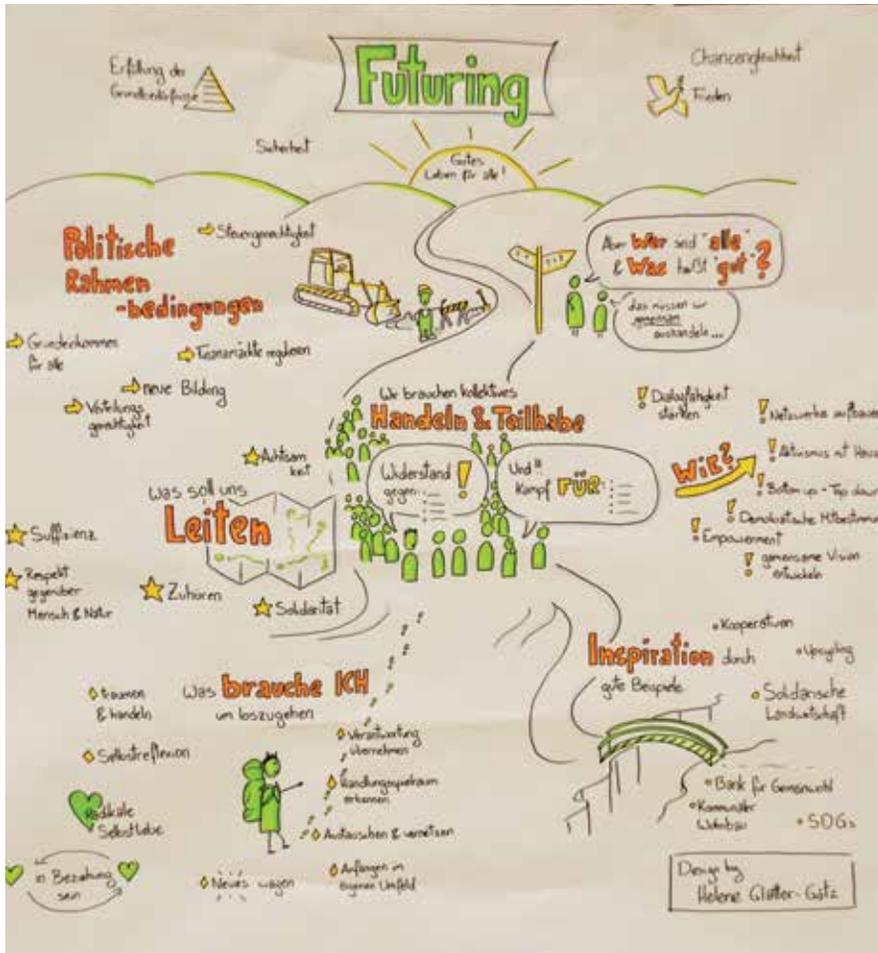
In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Vergnügen beim Nachlesen über den Kongress und dem Weiterdenken, ob und wie *gutes Leben für alle* Leitmotiv einer solidarischen und nachhaltigen Stadt sein kann.

Maria Vassilakou
Vizebürgermeisterin von Wien



Kongress Gutes Leben für alle





Einleitung



Vom 9. bis 11. Februar 2017 fand der 2. Kongress *Gutes Leben für alle* statt, organisiert vom Institute for Multi-Level Governance and Development, gemeinsam mit mehr als 30 KooperationspartnerInnen. Über 1000 Personen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft, Politik und Verwaltung nahmen am Kongress teil, noch mehr als am erfolgreichen ersten Kongress, der 2015 stattfand. Erneut ging es darum, Lern-, Such- und Forschungspartnerschaften für nachhaltige Lebens- und Produktionsweisen zu fördern und die Suche nach emanzipatorischen Alternativen hin zu einem transformierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu unterstützen.

Die Ziele des 2. Kongresses *Gutes Leben für alle* mit dem Titel „*Gutes Leben für alle* braucht eine andere Globalisierung“ waren:

- Einen Raum zu schaffen, um über die Frage einer koordinierten wirtschaftlichen Deglobalisierung zu diskutieren, um ein Gemeinwesen gestalten zu können, in dem alle Menschen ein gutes Leben führen können.
- Gemeinsam zu erkunden, wie städtische Institutionen und Infrastruktura-

ren gestaltet sein müssen, damit in der Stadt und vor Ort Experimente und Neues „von unten“ entstehen kann sowie Weltoffenheit und systemische Lösungen gemeinsam gedacht und gelebt werden.

- Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, PionierInnen des Wandels, Politik und Kultur zu vernetzen und unkonventionelle Lern- und Forschungspartnerschaften zu unterstützen.

Der Werkstattbericht mit dem Titel „*Gutes Leben für alle* braucht eine andere Globalisierung. Herausforderungen und Gestaltungsräume für Städte und Regionen“ enthält einen Auszug aus einer Reihe von Debatten, die wir beim Kongress geführt haben und die es weiterzuführen und zu vertiefen gilt.

Im ersten Teil des Werkstattberichts geht es um die Auseinandersetzung und Reflexion der fünf Thesen, die wir beide – Andreas Novy und Alexandra Strickner – beim Kongress zur Diskussion gestellt haben. Wir haben unterschiedliche Akteure – aus der Stadtverwaltung, der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft und Unternehmen –



gebeten, diese Thesen kritisch zu diskutieren und ihre Überlegungen dazu einzubringen. Die AutorInnen der Beiträge zeichnen weitere Wege für die Diskussion, teilen gewonnene Einsichten oder werfen neue Fragen auf.

Im zweiten Teil des Werkstattberichts geht es um die Frage der Möglichkeiten, Herausforderungen und Beispiele gelingender sozialökologischer Transformation auf der lokalen bzw. städtischen Ebene. Die historischen Erfahrungen von Wien in der Schaffung städtischer Infrastrukturen und Institutionen, die ein *gutes Leben für alle* in Wien Lebende ermöglichen, ist dabei genauso im Blickfeld wie die Herausforderungen, die sich angesichts der gegenwärtigen Krisen stellen. Es geht darum, sichtbar zu machen, wie Menschen und Institutionen vor Ort Antworten auf die großen globalen Themen wie Klimawandel, Armut, Menschenrechte und Welthandel geben. Damit wollen wir den Blick dafür schärfen, dass all diese Themen auf unterschiedlichen Ebenen und mit verschiedenen Strategien bearbeitet werden können. Neben globalen Handlungsstrategien braucht es lokale – gerade in Zeiten wie diesen, in der in manchen Themenfeldern globale Antworten aufgrund der politischen

Akteure schwierig sind, wie z. B. im Bereich des Klimawandels und der Weltfinanzordnung.

Wir wollen sichtbar machen, dass Aktivitäten und Handlungsoptionen für Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratisierung auf diversen Ebenen möglich und notwendig sind. Emanzipatorische Politik ist nur im Zusammenspiel verschiedener Ebenen umsetzbar.

Wir möchten an dieser Stelle der Stadt Wien danken, die es ermöglicht hat, eine Auswahl an Kongressbeiträgen und Debatten im Rahmen des Werkstattberichts zu publizieren. Wir hoffen, dass Sie, als Leserin bzw. Leser, von diesen Beiträgen und Debatten inspiriert werden. Wir laden Sie herzlich ein, bei Interesse uns auch kurze Blogbeiträge über diese Themen und Fragen zu schicken. Nach Möglichkeit werden wir diese auf der Webseite www.guteslebenfueralle.org publizieren.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und inspirierende Lektüre.

Andreas Novy & Alexandra Strickner
Kongressleitung



LEITFRAGEN

des 2. Kongresses *Gutes Leben für alle*

1.

Was müssen wir ändern oder weiterentwickeln, wenn wir ein gutes Leben für alle verwirklichen wollen (Rahmenbedingungen, Institutionen, Infrastrukturen, Praktiken etc.)?

2.

Woran wollen wir uns orientieren?
Welche Werte, Richtlinien und Regeln sollen uns leiten?

3.

Was sind hilfreiche, konkrete Schritte dazu in der Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Politik, Wirtschaft etc.?

Teil 1





Gutes Leben für alle
braucht eine andere
Globalisierung

5 Thesen zum Kongress *Gutes Leben für alle*, Februar 2017

Andreas Novy, WU Wien & Alexandra Strickner, WU Wien & Attac Österreich

These 1:

Gesellschaften brauchen

Utopien, die Orientierung geben und Potenziale nutzen

In den gegenwärtigen Zeiten grundlegender Veränderung, den Angriffen auf zivilisatorische Errungenschaften wie Rechtsstaat oder Menschen- und BürgerInnenrechte und zunehmender Unsicherheit braucht es mehr, als nur jeweils das Schlimmste zu verhindern. Für emanzipatorische Entwicklungen braucht es positive Erzählungen, die Hoffnung geben und den Möglichkeitssinn stärken. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns das: Menschenrechte, Frauenrechte, die Abschaffung der Sklaverei oder ArbeitnehmerInnenrechte und der Sozialstaat – am Anfang waren all diese Errungenschaften Utopien, die Orientierung gaben und Potenziale mobilisiert haben.

These 2:

***Gutes Leben für alle* ist die**

konkrete Utopie einer Zivilisation, die nicht auf Kosten anderer lebt

Das *gute Leben für alle* beschreibt eine Welt, in der das freie Zusammenleben friedlich und solidarisch organisiert wird. Es ist ein positiver Gegenentwurf, der Sinn stiftet und Fantasie anregt. Er stellt die Frage danach, wie Lebens- und Produktionsweisen zu verändern und zu gestalten sind – und zwar so, dass das eigene gute Leben nicht auf Kosten anderer erfolgt und Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratisierung für alle ermöglicht. Das *gute Leben für alle* ist ein Kompass, der konkrete Umsetzungsschritte ermöglicht und diese in den großen Horizont hin zu einer verallgemeinerbaren Lebens- und Produktionsweise einbettet. Insofern ist die Utopie des *guten Lebens für alle* kein Wohlfühlkonzept, sondern eine Utopie, die zur Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Konflikten zwingt.

These 3:

Freiheit für alle braucht Grenzen, die demokratisch verhandelt werden

Die aktuelle Hyperglobalisierung basiert auf entgrenzten Märkten, die die Möglichkeiten sozialökologischer Veränderung massiv einschränken. Die Utopie einer grenzenlosen Globalisierung, die zu Frieden und Entwicklung führt, erweist sich zunehmend als Illusion. Die Starken setzen ihren Willen mit und ohne Regeln durch. Doch Freiheit für alle ist ohne Grenzen, Regeln und Ordnung nicht möglich. Doch was, wo und wie begrenzt wird, muss demokratisch verhandelt werden. Das gilt insbesondere für Geld und Waren. Es gilt, Vor- und Nachteile grenzenlosen Handelns abzuwägen und demokratisch zu regeln.



These 4: **Selektive wirtschaftliche Regionalisierung ermöglicht Eigenständigkeit und Weltoffenheit**

Es geht darum, Globalisierung zu erden. Es braucht Strategien der emanzipatorischen Regionalisierung, um Handlungsspielräume „von unten“ zurückzugewinnen. Dies erfordert demokratisch verhandelte Grenzziehungen, insbesondere für Finanzmärkte, ebenso wie eine Zivilisierung des Welthandels, die Sozial- und Umweltdumping verunmöglichen. Freihandel und Abschottung sind keine emanzipatorischen Ansätze, vielmehr braucht es Spielregeln und Rahmen, die ein sinnvolles Zusammenspiel von lokal und global ermöglichen und die Widersprüchlichkeiten zwischen lokal und global, Vielfalt vor Ort und globaler Zusammenarbeit im Interesse eines *guten Lebens für alle* ausbalancieren. Für ein *gutes Leben für alle* braucht es beides: Eigenständigkeit und Weltoffenheit, so etwas wie einen heimatverbundenen Kosmopolitismus.

These 5: **Auf dem Weg zum *guten Leben für alle* braucht es erweiterte Handlungsspielräume „von unten“**

Viele meinen, die großen globalen Themen – wie Klima, Armut, Menschenrechte und Weltwirtschaftsordnung – erfordern globale Handlungsstrategien. Ohne die Notwendigkeit von Global Governance zu leugnen, zeigen die aktuellen Entwicklungen (von Putin bis Trump), dass gegenwärtig globale Handlungsfelder schrumpfen. Doch globale Probleme sind vielschichtig und nicht nur global bearbeitbar. Auf allen räumlichen Ebenen gibt es Handlungsspielräume für Klima- und Sozialpolitik. Auf allen Ebenen können Menschen tätig werden, um Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratisierung zu befördern. Es geht um Erfahrungen, etwas verändern zu können, wirksam zu werden in der Gestaltung der Welt. Daher ist es sinnvoll und notwendig, Handlungsfähigkeit auszuweiten, wo immer diese vorhanden ist – regional, national und europäisch.

Keynote von Andreas Novy beim Eröffnungspodium Kongress *Gutes Leben für alle* am 9. Februar 2017

Andreas Novy, WU Wien



Andreas Novy leitet das Institute for Multi-Level Governance and Development am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt. Arbeitsschwerpunkte sind sozialökologische Transformation, Stadtentwicklung, soziale Innovationen, Entwicklungsforschung und Transdisziplinarität.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Freunde,

als wir 2015 den **ersten** Kongress ausrichteten, war dies vor dem Hintergrund eines **sich verschärfenden Widerspruchs zwischen Ökologie und Ökonomie – Stichwort Wachstumskritik**. Im Vordergrund stand, neu zu definieren, worum es bei einem guten, einem geglückten Leben geht – weniger konsum-, mehr beziehungsorientiert, mit Zeitwohlstand, Lebensqualität und sozialer Sicherheit. Wir interessierten uns vor allem für die Avantgarde, die PionierInnen des Wandels, die es schon heute anders machen – Energie sparen, Ressourcen sorgsam nutzen, gemeinsam anpacken. Von diesen Initiativen von unten gibt es viel zu lernen. 2015 gab es sogar eine eigene, von Josef Kreitmayer organisierte Initiativenmesse, bei der sich 65 Projekte vorstellten – und die vielen von der Mutmacherei organisierten Exkursionen geben auch diesmal wieder einen Einblick in die Kreativität von unten. Aber gleichzeitig ist klar: Es reicht nicht, wenn sich Initiativen wie Magdas Hotel, RUSZ oder die Bank für Gemeinwohl in Nischen einrichten. Das Problem ist nämlich ein systemisches.

Unser **Wirtschaftssystem ist nicht nachhaltig**. Es basiert darauf, dass nur ein kleiner

Teil der Weltbevölkerung den ressourcenverschlingenden westlichen Lebensstil praktiziert und dass wir die Rechnung ohne zukünftige Generationen machen. Tatsache ist: der kleinere Teil der Weltbevölkerung ist reich, lebt gut und ökologisch nichtnachhaltig; der größere Teil ist arm, lebt nicht so gut, dafür aber ökologisch nachhaltig.

Das thematisiert ein grundlegendes Dilemma: Bislang waren Zivilisationen immer Gesellschaften, in denen **einige auf Kosten vieler gut leben konnten**: die Leistungen eines Aristoteles – inklusive seiner Schriften zum guten Leben – verdanken sich auch den Frauen, SklavInnen und Fremden, die ihm die nötige Muße ermöglichten. Und auch viele Bequemlichkeiten unseres Lebens verdanken sich internationalen Ausbeutungsstrukturen – sei es bei Handys, Textilien oder dem Zugang zu Öl und Gas.

Heute, 2017, erscheinen – zumindest wenn wir uns an Berichterstattung, Wahlkampfthemen, öffentlicher Aufmerksamkeit orientieren – ökologische Sorgen zweitrangig. Die Rahmenbedingungen, unter denen der zweite Kongress stattfindet, sind geprägt von Krieg in Europas Nachbarschaft, Flüchtlingen, Brexit und Trump. Ökologie und Klima sind – nur unterbrochen durch

Unser Wirtschaftssystem ist nicht nachhaltig.



Berichte über Wetterextreme – wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Die soziale Frage und vermeintliche Kulturkämpfe sind zurück auf der Agenda.

Tatsächlich aber bewahrheitet sich eine Kernthese der Umweltforschung: **Weiter so wie bisher ist keine Option.** Veränderung kommt entweder chaotisch oder es gelingt, die sozialökologische Transformation friedlich zu gestalten. Flucht und Krieg sind die wahrnehmbaren Symptome von Chaos, Klimawandel und wirtschaftliche Verwerfungen die bedrohliche Hintergrundmusik, die daran erinnert, dass **die eigene, als selbstverständlich angesehene Lebensweise gefährdet ist.** Alles, vom Schifahren zu Weihnachten bis zu den Zukunftschancen der Kinder, aber selbst Friede und Rechtsstaat in Europa erscheinen nicht länger als Selbstverständlichkeiten. Es könnte, so die sich rasant verbreitende Erkenntnis, auch ganz anders – und zwar schlechter – werden. Katastrophismus macht sich breit. Doch angesichts der Angriffe auf zivilisatorische Errungenschaften braucht es mehr als Abwehrkämpfe, mehr als nur jeweils das Schlimmste zu verhindern.

Im Zuge der Vorbereitung, auch in vielen Gesprächen mit KooperationspartnerInnen,

sind fünf Thesen entstanden, die ich im restlichen Vortrag ausführen möchte.

These 1: Gesellschaften brauchen Utopien, die Orientierung geben und Potenziale nutzen

Ein Blick in die Geschichte lehrt: Menschenrechte, Frauenrechte, die Abschaffung der Sklaverei oder der Sozialstaat – am Anfang waren all dies Utopien, die als unrealistisch, als Schwärmerei abgetan wurden. Doch sie gaben Orientierung und mobilisierten. Die Mütter vom Plaza Mayo in Argentinien, Martin Luther King, Rosa Jochmann und Nelson Mandela. Bis heute werden über sie Geschichten erzählt, die Hoffnung geben und den **Möglichkeitssinn** stärken. Das Bestehende, das, was ist, ist nicht das einzig Mögliche. Es könnte auch anders sein.

Und um etwas anderes, potenziell Verwirklichbares anstreben zu können, braucht es Ziele, Visionen, für die es sich lohnt, Zeit, Hirnschmalz, Energie, Engagement zu investieren. Es braucht eine Idee, in welcher **Richtung** Alternativen zu suchen sind.

Bei seiner Amtseinführung sagte Alexander van der Bellen: „Wesentlich scheint mir, dass die Politik es schafft, die Rahmenbedingun-

Es geht darum, die sozialökologische Transformation friedlich zu gestalten.

gen so zu gestalten, damit möglichst viele, eigentlich alle Menschen die Möglichkeit haben, ein für sie geglücktes Leben ... zu führen.“ Den Worten des Bundespräsidenten folgend stehen wir vor einer Herausforderung: Ist es möglich, unsere Errungenschaften in Europa – Rechtsstaat, Menschenrechte, materieller Wohlstand und soziale Sicherheit – zu bewahren und gleichzeitig für möglichst alle Menschen die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie gut leben können – heute und in Zukunft? Das führt zu These 2:

These 2: *Gutes Leben für alle* ist die konkrete Utopie einer Zivilisation, die nicht auf Kosten anderer lebt

Das *gute Leben für alle* führt zu einem ökologischen Imperativ: „Lebe so, dass dein Lebensstil verallgemeinerbar sein könnte.“ Ein Beispiel: In Städten der kurzen Wege, mit Begegnungszonen, Radfahren, Öffis, Nahversorgung und Naherholung könnten sieben Milliarden Menschen leben. Dreieinhalb Milliarden Autos weltweit, die die Mobilitätsbedürfnisse eines durchschnittlichen Österreicherers globalisieren, führen in den ökologischen Kollaps. In diesem Sinne gibt das *gute Leben für alle* Orientierung für eine Lern- und Suchbewegung, die das eigene gelungene Leben mit den Möglichkeiten aller Menschen, auch zukünftiger Generationen, vereinbar macht. Es ist also kein Brief ans Christkind, sondern eine **konkrete** Utopie, die auf den Werten der Aufklärung und der Französischen Revolution beruht: Vernunft, Freiheit, Gleichheit und Solidarität – ein Gemeinwesen für alle, eine Zivilisation, in der nicht einige auf Kosten anderer leben. Das wäre, halten wir fest, historisch etwas gänzlich Neues. Aber es ist nicht weltfremd.

Denn diese Utopie baut auf Erfahrungen, sie schließt an an die Bewegung für Rechts- und

Sozialstaat; an den Kampf um Menschenrechte und für die Ächtung von Krieg. Die Utopie vom *guten Leben für alle* basiert auf der Republikgründung 1918, dem Roten Wien der Zwischenkriegszeit, dem kulturellen Aufbruch nach 1968 und dem ökologischen Bewusstsein der letzten Jahrzehnte. Es ist also **eine Utopie, die eine Geschichte hat**. Wissend, woher wir kommen, ermöglicht sie den Blick in eine bessere Zukunft, die Antworten findet auf eine zentrale Frage: Wie müssen wir in Österreich Leben und Arbeiten gestalten, sodass sieben Milliarden Menschen ebenfalls gut leben können, mit ähnlichem ökologischen Fußabdruck und Ressourcenverbrauch? Keine leichte Frage. Fest steht, dass dies zu Auseinandersetzungen mit widerstreitenden Wünschen und Interessen führen wird. Das führt zur dritten These:

These 3: Freiheit für alle braucht Grenzen, die demokratisch verhandelt werden

Die aktuelle Hyperglobalisierung basiert auf **entgrenzten** Märkten, die Wettbewerb, Beschleunigung und Ressourcenübernutzung immer weiter vorantreiben. In der Spirale von Mehr und Schneller bleiben demokratisches Nachdenken, sozialer Zusammenhalt und Nachhaltigkeit auf der Strecke. Der aktuelle empirische Befund, der mittlerweile auch von OECD und Währungsfonds geteilt wird, ist besorgniserregend. Sowohl Thomas Piketty als auch Branko Milanovic weisen auf die Gefahr hin, dass die zweite Globalisierung des 21. Jahrhunderts zu den Klassenstrukturen des 19. Jahrhunderts zurückzukehren droht. Das 19. Jahrhundert, erinnern wir uns, war das Jahrhundert von Raubtierkapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Heute verfestigt sich Ungleichheit erneut; Aufstiegschancen von

Die Globalisierung ist mitverantwortlich für den Klimawandel.

Unterschichtskindern schwinden; Abstiegs-ängste der Mittelschicht steigen.

Die Freiheit der einen endet, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Das gilt umso mehr in einer endlichen Welt mit beschränkten Ressourcen. Historisch wurden Verteilungskämpfe gelöst, indem selektiert wurde, indem einige privilegiert, viele aber unter prekären Bedingungen leben mussten. Selbst die Ringstraße, Wiens Prachtboulevard, verdankt seine Schönheit den elendigen Bedingungen, unter denen, wenige Kilometer entfernt am Wienerberg, die damaligen MigrantInnen, die Ziegel-Bem, die Arbeiterinnen aus Tschechien, Ziegel für die Prachtbauten herstellten. Pracht und Schönheit einerseits, Elend andererseits. Es bedurfte der Arbeiterbewegung, aus eben diesen MigrantInnen, den Novys, Prohaskas und Pospisils, BürgerInnen dieser Stadt zu machen. Von 1919 bis 1934 legte das Rote Wien mit seinen Gemeindebauten, seinen Bädern und Bibliotheken, seiner Schul- und Sozialhilfe-reform den Grundstein für eine Stadt, die bis heute zwar nicht allen, aber doch vielen ein gutes Leben ermöglicht. Doch waren all diese sozialen Fortschritte damals keinesfalls unumstritten. Während Friedrich Hayek, der neoliberale Vordenker, das Rote Wien als Wegbereiter hin zur Knechtschaft sah, verkörperte es für Karl Polanyi, den Versuch, Freiheit für alle zu verwirklichen. Obwohl das Rote Wien 1934 durch Bürgerkrieg und austrofaschistische Diktatur endete, ebnete es den Weg für ein inklusives Wohlfahrtsmodell und eine Stadtentwicklung, die bis heute Slums, Banlieus und extreme Formen der Gentrifizierung vermieden hat.

Von diesen historischen Erfahrungen können wir lernen. Die Bearbeitung der sozialen Frage in Europa im 20. Jahrhundert zeigt: Gesellschaften können an Herausforderun-

gen wachsen. Sind die Ziele klar, können Menschen gemeinsam gestalten – *transformation by design* wird dies in der Umweltforschung genannt. Auch wenn Österreich kein Land der Revolutionen ist, verdanken sich auch bei uns soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung, Frauenrechte der Frauenbewegung und ökologisches Bewusstsein der Umweltbewegung. *Transformation by design* gibt es nicht zum Nulltarif, sie kann auch nicht delegiert werden an die Politik oder ExpertInnen, sondern sie erfordert das Aktiv-Werden, politisches Engagement, und das wiederum geht nur mit demokratischer Regelsetzung, wissend, dass die Starken ihren Willen – mit und ohne Regeln – immer leichter durchsetzen. Freiheit für alle ist aber ohne Grenzen, Regeln und Ordnung nicht realisierbar.

Hier auf der WU muss nochmals klargestellt werden, was auf dem Spiel steht. Kapitalistische Marktwirtschaften sind eine Erfolgsgeschichte. Die letzten 200 Jahre haben ja nicht nur exponentielles Wachstum, Konsumismus und Kolonialismus, sondern auch sozialen Fortschritt und individuelle Freiheiten gebracht. Hartmut Rosa spricht von Weltreichenweitenvergrößerung, erweiterten Möglichkeitsräumen. Sich von so einem, in der Vergangenheit für unsere Breiten so erfolgreichen grenzenlosen Wirtschaften zu verabschieden, ist nicht leicht, aber angesichts ökologischer Dynamiken unvermeidbar. Der Hyperglobalisierung, dem Wachstumszwang und einem Konkurrenzdenken, das alle Lebensbereiche unterwandert, müssen Grenzen gesetzt werden.

Handelskriege, konkurrenzorientierte Abschottung und kriegsbedingte Deglobalisierung sind aber keine emanzipatorischen Antworten. Unbestritten ist, dass die Entgrenzung der Geld- und Finanzmärkte die

Die Globalisierung führt zu einer immer intensivierten Ausbeutung von Natur.

Krisenanfälligkeit erhöht, die Marktmacht von Konzernen und Vermögensbesitzenden gestärkt und demokratische Gestaltungsspielräume eingeschränkt hat. Diesbezüglich ist auch Trump – entgegen der landläufigen Einschätzung – ein Hyperglobalisierer, der die Ökonomisierung aller Lebensbereiche radikalisiert. An sich ist der verstärkte Regulierungsbedarf im Finanzsektor mittlerweile weitgehend unbestritten. Rasend schnelles, hypermobiles Finanzkapital ist ein Haupttreiber universeller Konkurrenz um alles und jedes. Im Warenhandel ist die Frage bezüglich Globalisierung komplexer, denn Welthandel hat auch viele Vorzüge, weshalb es hier gilt, Vor- und Nachteile grenzenlosen Handelns abzuwägen.

Es geht also darum, **Globalisierung zu erden**. So wenig wie sich Europa auf Brüssel reduziert (Europa ist auch genauso Lesbos, Ostslowakei und Langenlois), findet Globalisierung nicht nur auf Weltkonferenzen oder einer herbeigewünschten Weltregierung statt, sondern Globalisierung wird auch „von unten“ gemacht: destruktiv und konstruktiv werden auch vor Ort planetarische Grenzen und Klimaveränderungen mitgestaltet. Das führt zur These 4.

These 4: Selektive wirtschaftliche Regionalisierung ermöglicht Eigenständigkeit und Weltoffenheit

Strategien einer emanzipatorischen Regionalisierung brauchen vor allem Kostenwahrheit im Transport. Dann wäre kleinteiliges Wirtschaften wieder attraktiver. Saisonales und regionales Essen, aber auch lokale Reparaturnetzwerke könnten eine auf Klein- und Mittelbetrieben aufbauende regionale Ökonomie stützen. Durch transnationale Regionalisierungen, allen voran die europäische Integration, könnten Handlungsspielräu-

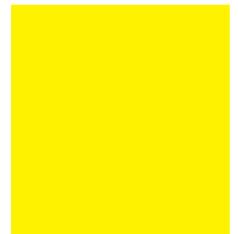
me „von unten“ zurückgewonnen werden. Doch davon ist die aktuelle EU sehr weit entfernt, ja sie untergräbt mit ihrem neoliberalen Regelwerk kommunale und nationale Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ist heute vor allem treibende Kraft zur Entgrenzung von Märkten.

Dringend benötigt wird aber eine Europäische Union als soziales und demokratisches Gegengewicht zur Hyperglobalisierung, als Gegenmacht zu global agierenden Konzernen, die marktbeherrschende Stellungen einnehmen – denken wir nur an Bayer-Monsanto, Amazon, Google und Apple; oder an Unternehmen, die „too big to fail“ sind, um für ihr Marktversagen bestraft zu werden, wie Volkswagen oder zuletzt Monted Paschi in Italien. Wirtschaftliche Regionalisierung könnte derartige Machtkonzentrationen vermeiden und die Übermacht globaler Player einschränken. Welthandel könnte dann ein Korrektiv sein, regionale Monopole und Seilschaften zu verhindern.

Denn weder unbegrenzter Handel noch Abschottung sind emanzipatorische Ansätze. Vielmehr braucht es möglichst simple Spielregeln und Rahmen, die ein sinnvolles, demokratisch gestaltetes Zusammenspiel von lokal und global ermöglichen und die Widersprüchlichkeit zwischen Vielfalt vor Ort und globaler Zusammenarbeit ausbalanciert. Es braucht beides: Eigenständigkeit und Weltoffenheit, so etwas wie einen **heimatverbundenen Kosmopolitismus**.

Der Wertschätzung von Vielfalt und Regionalisierung wird wohl leicht zugestimmt. Und trotzdem meinen viele, die großen *globalen* Themen – wie Klima, Armut, Menschenrechte und Weltwirtschaftsordnung – erfordern globale Handlungsstrategien. Globale Koordinierung ist in der Tat wichtig,

Weder unbegrenzter Freihandel noch Abschottung sind emanzipatorische Ansätze.



**Wir brauchen neue Ansätze,
um die brennenden Probleme
unserer Zeit zu bearbeiten.**



Wirtschaft und Gesellschaft müssen grundlegend neu organisiert werden.

zugleich zeigen die aktuellen Entwicklungen (von Putin bis Trump), dass gegenwärtig globale Zusammenarbeit prekär ist. Schon lange beobachten wir, dass Investoren und Finanzmärkte demokratische Regierungen erpressen oder aber direkt an den Hebeln der Macht sitzen. Ex-Kommissionspräsident Barroso ist ein letztes Beispiel dieses fatalen Drehtüreffekts. **America First**, Trumps Anspruch, die politische Macht zum eigenen *wirtschaftlichen* Vorteil einzusetzen, untergräbt ernsthafte globale Kooperation. Vor dem Hintergrund dieser realpolitischen Sachlage braucht es neue Strategien, um die brennenden Probleme unserer Zeit dennoch zu bearbeiten. Gott sei Dank sind globale Probleme nicht nur global bearbeitbar. Das führt zu fünften und letzten These.

These 5: Auf dem Weg zum *guten Leben für alle* braucht es erweiterte Handlungsspielräume „von unten“

Eine der Kernbotschaften dieses zweiten Kongresses lautet: **Auf allen räumlichen Ebenen gibt es Handlungsspielräume** für Klima- und Sozialpolitik; und es gilt, wo immer möglich, diese zu nutzen und auszuweiten – regional, national und europäisch. Auf *allen* Ebenen können Menschen tätig werden und den notwendigen sozialökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Die eigene Nachbarschaft, Österreich und Europa sind wichtige Handlungsebenen.

Jede, jeder von uns ist gleichermaßen Konsumentin, BürgerIn, Beschäftigte. Globale Finanzmärkte und digitale Medien haben universelle Märkte geschaffen, die uns als KonsumentInnen durch den Besitz von Geld ermächtigen. Durch die Globalisierung vergrößert sich unsere Weltreichweite dramatisch – das hat Hartmut Rosa gestern

eindrucksvoll vorgestellt. Geld eröffnet vermeintlich größtmögliche Freiheit: Textilien aus Bangladesh, Mangos aus Brasilien, Bücher von Amazon, Taxi von Uber – all diese Produkte sind mit Geld erwerbbar, oftmals billiger als lokal angebotene Waren. Die unintendierte Folge der vielen einzelnen Kaufentscheidungen ist aber nicht nur die Konzentration von Macht und die damit verbundene Erosion von Demokratie, sondern auch die Manipulation des Angebots – unkontrollierte Gentechnik und Agrobusiness gehen Hand in Hand; Amazon und Uber wollen keine Gewerkschaften, globale Finanzmärkte bestrafen Regierungen, die fair besteuern und Sozialprogramme einführen wollen.

Das Anliegen dieses Kongresses ist es, die Lösung dieses Dilemmas *nicht* bei individuell fairen Kaufentscheidungen zu suchen, sondern in einer radikalen Neudefinition dessen, was *gutes Leben für alle* braucht. Auch da helfen die Überlegungen Hartmut Rosas zu Resonanz und sein Insistieren auf gelungene Weltbeziehungen, die uns berühren, ansprechen, die „etwas in Schwingung bringen“. Sein statt Haben. Politisch gesprochen geht es um die **Abkehr vom Konsumismus als Illusion**, die Bedürfnisse von sieben Milliarden Menschen ließen sich allein am Markt befriedigen. Geld haben, das mit Kreditkarte global Shoppen-Gehen, ist nicht die ganze Freiheit, die wir meinen.

Gutes Leben für alle braucht die Abkehr von dieser Illusion, die unter ökologischen Gesichtspunkten desaströse Konsequenzen hätte. Es braucht andere Formen, wie die Befriedigung von Bedürfnissen organisiert wird. Unbegrenzte Mobilität und unbegrenzte Einkaufsmöglichkeiten haben einen Preis – und dieser Preis kann für ein Gemeinwesen hoch – mitunter zu hoch – sein. Die Kämpfe

Es braucht andere Formen als den Markt, um die grundlegenden Bedürfnisse von sieben Milliarden Menschen zu befriedigen.



rund um Airbnb und Uber zeigen, dass uns hier Auseinandersetzungen um Grenzziehungen und Regulierungen bevorstehen. Klemens Himpele kann darüber beim Globalisierungs-Panel sicher mehr berichten.

Statt Wohlstand über den Zugang zu Geld zu definieren, braucht es „von unten“ eine Neudefinition von Lebensqualität im Sinne gegläckter Weltbeziehung – durch die erfolgreiche Integration von Schutzsuchenden, durch Projekte, die Mittelschule und Gymnasium in Dialog bringen, durch energieautarke Gemeinden. Gemeinden und Städte haben die Möglichkeit, Menschen, die im Kleinen etwas verändern wollen, die **selbst-wirksam** ihr Lebensumfeld und die Welt gestalten, zu unterstützen. „Vor Ort“ handeln heißt Sorge zu tragen für das Lebensumfeld, Verantwortung zu übernehmen für diesen Planeten, **Politisch-werden** im Sinne der Gestaltung des Gemeinwesens und der Welt.

Die Strategie, klimaschädliche Infrastrukturen zurückzubauen – allen voran bestimmte Verkehrsinfrastrukturen und fossile Energiesysteme – und stattdessen eine leistbare sozialökologische Infrastruktur für alle auszubauen, ist daher sicherlich der beste Weg, um strukturelle Veränderungen weg von Konsumismus und Wachstumszwang einzuleiten. Während die Umverteilung von Geld die Funktion hat, Not zu lindern – und das ist nicht wenig!, sind attraktive öffentliche Räume, billige öffentliche Verkehrsmittel, Zeitwohlstand, erschwinglicher Zugang zu Energie, Wasser, Wohnen, Gesundheit und Bildung, Kommunikation und vielem mehr notwendige Voraussetzungen für eine neue, solidarische Lebensweise mit reduziertem ökologischen Fußabdruck – aber besserer Lebensqualität für alle.

In diese Richtung sollte Wissenschaft denken, in diese Richtung sollten soziale Bewegungen aktiv werden. Vielen Dank!

Wir brauchen klimafreundliche Infrastrukturen für eine solidarische Lebensweise.

Globalisierung 4.0: Warum das gute Leben für alle eine andere Globalisierung braucht

Werner Raza, ÖFSE



Werner Raza ist Ökonom und seit 2010 Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). Arbeitsschwerpunkte sind Internationaler Handel, Entwicklungsökonomie und -politik.

Neoliberale Globalisierung – Ziele und Motive

Die neoliberale Globalisierung der letzten 30 Jahre beruhte auf einem Projekt *Tiefer Integration*, das heißt, Ziel war und ist die Herstellung eines möglichst einheitlichen globalen ordnungspolitischen Rahmens für eine zunehmend transnational organisierte Ökonomie. Das erforderte insbesondere einen Doppelschritt zur Deregulierung historisch gewachsener, aber aus Sicht des transnationalen Kapitals handelshemmender nationaler Wirtschaftsordnungen und ihrer teilweisen Re-Regulierung durch einheitliche globale Standards. Daher ging es nicht bloß um die Durchsetzung des Freihandels durch Beseitigung von Zöllen, sondern vor allem um die Liberalisierung von Kapitalflüssen, von Dienstleistungen und partiell auch um Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nicht zufällig liegt der Schwerpunkt der rezenten Handelspolitik à la TTIP und CETA auf Themen wie der Vereinheitlichung von technischen Standards, von behördlichen Prüf- und Genehmigungsverfahren, oder von Sektorregulierungen z. B. im Finanzsektor oder bei Infrastrukturleistungen. Darüber hinaus zentral sind auch die Öffnung nationaler öffentlicher Beschaffungssysteme und die Durchsetzung einheitlicher und hoher Schutzstandards bei geistigen Eigentums-

rechten (Patente, Copyrights), beides besondere Anliegen transnationaler Konzerne.

Die spezifische politische Intention des Projekts bestand in einem *disciplinary neoliberalism* (Stephen Gill), das heißt der Einschränkung politischer Handlungsspielräume mit dem Ziel der Etablierung eines *new constitutionalism* im Sinne einer rechtlichen Absicherung des globalen ordnungspolitischen Rahmens durch internationale Verträge, insbesondere auf Ebene der Welthandelsorganisation WTO.

Effekte neoliberaler Globalisierung

Diese Form der Globalisierung blieb für Gesellschaft, Ökonomie und Natur nicht folgenlos, sondern zeitigte eine Reihe von Effekten. Besonders bedeutend darunter erscheinen mir die Folgenden:

Erstens kam es zu starken **sektoralen und räumlichen Verschiebungen der Produktion**. Die starke räumliche Fragmentierung von Produktionsprozessen führte zum Entstehen globaler Produktionsnetzwerke, innerhalb derer einzelne Produktionsschritte in unterschiedliche Länder ausgelagert wurden. Während wertschöpfungsintensive Bereiche und die Kontrolle über die Produktionskette in den Industrieländern

Die politische Absicht der neoliberalen Globalisierung besteht in der Einschränkung politischer Handlungsspielräume.

verblieben, wurden arbeitsintensive Schritte in Billiglohnländer ausgelagert. Das führte zu Kosteneinsparungen, die zum Teil die Unternehmensprofite erhöhten, zum Teil über geringere Warenpreise den KonsumentInnen zugutekamen, allerdings häufig unter brutaler Ausbeutung von ArbeiterInnen und Natur in den Schwellen- und Entwicklungsländern. In geopolitischer Hinsicht ermöglichte die neue internationale Arbeitsteilung aber auch die wirtschaftlichen Aufholprozesse der Schwellenländer, insbesondere von China, Indien, Indonesien oder der Türkei.

Zweitens muss eine solche Restrukturierung **starke Verteilungseffekte auf Einkommen und Vermögen** zeitigen. Die vorliegende empirische Evidenz* deutet für die Jahrzehnte seit 1980 auf zwei große Trends hin. Einerseits ist es zu einer deutlichen Abnahme der globalen Einkommensunterschiede gekommen. Dafür verantwortlich ist der wirtschaftliche Aufholprozess in den Schwellenländern, wo vor allem in China und Indien eine neue Mittelklasse entstanden ist. Andererseits stagnieren die Einkommen der Mittelschicht in den Industrieländern, während das oberste Perzentil der globalen Einkommensverteilung, d. h. die globalen Superreichen, einen starken Einkommenszuwachs verbuchen konnte. Die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich innerhalb der einzelnen Staaten sind daher gestiegen. Fazit: Es gibt zwei Gewinnergruppen der Globalisierung – die globalen Reichen/Superreichen und die Mittelklasse in den Schwellenländern, und eine Verliererin – die Mittelklasse in den Industrieländern. Das bietet den aktuellen Nährboden für RechtspopulistInnen à la Strache, Orban, Le Pen, Trump etc.

Drittens, führt die Globalisierung zu einer intensivierten **Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und ist mitverantwortlich für den Klimawandel**. Der internationale Han-

del, insbesondere im Rahmen von globalen Produktionsnetzwerken ist der zentrale Treiber für die Zunahme des Transports. So kam es zu einer Verdoppelung des Energieeinsatzes im globalen Transportwesen in den letzten 30 Jahren. Die höchsten Steigerungsraten entfielen dabei auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr. Der Anteil des Verkehrs an den globalen Emissionen steigt stark, so sind diese in der EU zwischen 1990 und 2014 von 15 % auf 23 % gestiegen.

Viertens, brachte die Globalisierung einen **Verlust demokratischer Handlungsspielräume** auf nationaler Ebene, aber kaum einen Zugewinn solcher auf supra- bzw. internationaler Ebene. Dafür ausschlaggebend ist insbesondere die Erosion des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses im keynesianischen Wohlfahrtsstaat als Folge der Aufwertung der internationalen Ebene im Zuge der Globalisierung. Dies begünstigte jene Akteure, die über größere räumliche Mobilitäts- und Vernetzungspotenziale verfügen, also vor allem transnationale Unternehmen und Banken/Finanzakteure. Diese konnten ihren Einfluss auf die Politikgestaltung in internationalen Foren bzw. Organisationen wie auch auf der nationalen Ebene zulasten von stärker räumlich gebundenen Akteuren wie Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen ausbauen.

Schritte zur Globalisierung 4.0

Der bekannte Ökonom Dani Rodrik hat das „politische Trilemma der Weltwirtschaft“ als heuristisches Werkzeug zur Analyse der politischen Optionen im Zeitalter der Globalisierung vorgeschlagen. Das Trilemma verdeutlicht die Beziehungen zwischen den drei Polen (1) nationale Souveränität, (2) Hyperglobalisierung, d. h. eine tiefgehende ökonomische Integration der Weltwirtschaft, und (3) demokratischer Politik. Es postuliert,

Globalisierung 4.0 heißt die Rückgewinnung der demokratischen Gestaltungsmacht über eine entgrenzte Wirtschaft.

Die Globalisierung muss neu gestaltet werden.

dass nur jeweils zwei, nicht aber alle drei Pole miteinander vereinbar sind. Geht man davon aus, dass Nationalstaaten bis auf weiteres die dominante Form politischer Organisation bleiben und ein substanzieller Machttransfer auf die internationale Ebene im Sinne einer demokratischen Global Governance daher nicht realistisch ist und vertritt man zudem die Meinung, dass eine auf die Durchsetzung nationaler Souveränität ausgerichtete und dafür zu autoritären Mitteln greifende Politik kombiniert mit einer vertieften Hyperglobalisierung nicht wünschenswert ist, wird man zu der Schlussfolgerung gelangen, dass jedes emanzipatorische Projekt zwischen Hyperglobalisierung und Demokratie abwägen muss. VerfechterInnen des guten Lebens für alle sollte diese Wahl leicht fallen.

Die Globalisierung muss daher neu gestaltet werden. Während dies bei bestimmten The-

men, wie z. B. in der Steuerpolitik oder der Umweltpolitik, eine stärkere internationale Zusammenarbeit erfordert, bedeutet es in anderen Bereichen, wie etwa dem Finanzsektor, der Landwirtschaft oder den öffentlichen Diensten, eine Rücknahme von Liberalisierung und Deregulierung sowie die Förderung regionaler wirtschaftlicher Kreisläufe. Anders als die Rezepte des Rechtspopulismus würde dieses Projekt konsequent für eine Ausweitung demokratischer Räume auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene eintreten und auf dieser Basis den Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherstellen wollen. Globalisierung 4.0 heißt daher primär Rückgewinnung der demokratischen Gestaltungsmacht über eine räumlich und sozial entgrenzte Wirtschaft.

* Siehe Branko Milanovic: Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main, 2016

A Commentary on the five-thesis proposal for the *Good Life for All* Congress 2017

Jean-Marc Fontan, Université du Québec à Montréal

Few conferences propose to debate the future of humanity. And when they do, few or none take place under the auspices of a department of economics. The conference on this subject in Vienna is daring on two accounts: first, by questioning the merits of the current societal order and, secondly, by being held at a university this is dedicated primarily to economics, the Vienna University of Economics and Business (WU). The main objective of the conference was to lay the foundations for a conversation and a debate to unfold on the restructuring of the current societal order. Andreas Novy presented a reformation proposal that revolved around the idea of the *Good Life for All* as new meta-narrative for society.

The proposal is based on the following five insightful and engaging theses:

1. Societies need utopias to ensure their development.
2. The *Good Life for All* is a concrete utopia that could replace the great developmentalist narrative of “progress for the sake of progress” that has prevailed since Enlightenment humanism.
3. This concrete and pragmatic utopia affirms the importance, as underlined by Karl Polanyi, of delineating the boundaries of freedom in a democratic fashion and in all its forms.
4. The utopia is based on a revised concept of the economy according to which the globalization of socio-economic activities is to be based on local and regional democratic territorial jurisdictions.
5. Finally, the local level should be given priority in order to ensure the proper and full development of the political space.

Jean-Marc Fontan is professor of sociology at Université du Québec à Montréal (UQAM) and director of the Incubateur universitaire Parole d'excluEs (IUPE - <http://iupe.wordpress.com>). He is a research member of the Centre de recherche sur les innovations sociales (CRISES - <http://www.crisis.uqam.ca>), a Québec research consortium dedicated to the study of social innovation and societal transformation. He leads a SSHRC pan Canadian research project dedicated to the study of Grant-Making Foundations (<http://rpc.uqam.ca/en/>) and promotes the publication of a variety of studies on social innovation (<http://www.puq.ca/catalogue/livres/innovation-sociale-1471.html>).



My main comment about these five theses is “fantastic!” Why? For one, the overall proposal is kept simple. This is important, since if the conversation and debate on a viable common future is to take place at a global level, we must define the terms and propose a vocabulary that is accessible to all. Novy’s proposal supports this direction. It complements the proposals made by other paradigms, including those of Buen Vivir, de-growth or the Convivialistes.

We, in turn, have some complementary suggestions for the five theses. As the title suggests, the presented theses could benefit from being embedded in an ethical framework that lays out the values and guiding principles to promote, being solidarity, equality, inclusiveness, otherness and an “ecologic.” The proposal could also subscribe to a legal framework that is founded not on the

sacrosanct principle of private property but rather on the reasoned principle of communal ownership.

Further, the five theses could also be complemented by a process evaluation on how to achieve the required social and ecological transition. To be sure, while it is imperative to change the narrative and to adopt a new vision of living together, it is also important to find a smooth transition to the proposed new order. Such a transition cannot be improvised. The issue of the transition is crucial and calls for the large-scale mobilization of all the forces of the societies of the North and the South in order to bring about the swift reconfiguration of the insitutional spaces and fields in place. The proposal also needs to be complemented by a theoretical reflection on the functioning of the societal ecosystem as a whole. Without a general theory on how the social functions in a context of cultural complexity (Edgar Morin), it will be difficult to grasp the profound nature of the risks and challenges posed by the deployment of the *Good Life for All* narrative. Hence the importance of mobilizing traditional and modern knowledge as well as past, new or future knowledge in order to avoid repeating the mistakes of the past.

Finally, the concrete utopia proposed by Novy/Strickner calls on us collectively to reflect on the overall logic that will guide all future transformations. Karl Marx had identified the class struggle as the motor of history in the development of human societies. In the *Good Life for All* narrative, it appears that the newly proposed motor of history would merit from being informed by cosmopolitanism: an ancient ethical and political proposition that goes back to anti-

quity, if not further back, and deserves to be seriously revisited.

Admittedly, the new motor of history should not be limited to an abstract concept such as that of cosmopolitanism. If anything, it must be driven by a collective motivation, such as the “spirit of capitalism” coined by Max Weber, that guides our collective and individual actions. This motivation, which we will have to conceive collectively, will make it possible to deconstruct all the a prioris according to which our happiness and wellbeing depends primarily on technological progress. Although the idea of technological progress could be maintained, it should be subservient to certain ethical and aesthetic notions of social utility and environmental acceptability. This also means, however, that the new ethical and aesthetic focus will have to introduce a prioris that will impel us to say “NO to capitalistic development” rather than blindly say “YES” to the belief that technology is synonymous with emancipation.

Beyond the identified technological limits, the glass ceiling of technology, we will also have to contend with resistance and social dissent—this being the human condition and human nature. It is important, therefore, to think about how we might deal with—in a decent and human way, so as not to revert to barbarism—any opposition that might emerge in the face of the proposals and dissemination of a new meta-narrative that, if embraced collectively on a planetary scale, could possibly become the *Good Life for All*.

It is imperative to change the narrative and to adopt a new vision of living together.

Globale Ressourcen-Fairness

für ein *gutes Leben für alle*

Stefan Giljum, WU Wien

Stefan Giljum leitet die Forschungsgruppe „Nachhaltige Ressourcennutzung“ am Institute for Ecological Economics der WU Wien. Zu seinen Fachgebieten zählen die Analyse der Ressourcennutzung von Produktion und Konsum, die Untersuchung ökologischer und sozialer Auswirkungen der Globalisierung sowie die Bewertung von Nachhaltigkeit.



Die Diskussion über die Übernutzung der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen durch erhöhte Ressourceneffizienz hat sich in den letzten Jahren sowohl in Europa als auch international deutlich intensiviert. Denn der rasant steigende Verbrauch an natürlichen Ressourcen auf weltweiter Ebene ist eng mit einer Vielzahl an Umweltproblemen verbunden, darunter Klimawandel, Wasserknappheit oder Verlust der Artenvielfalt. Die zunehmende Bedeutung dieses Themas hat jedoch auch wirtschaftliche Gründe. Die internationale Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen wie Rohstoffe, Wasser oder Land, ausgelöst etwa durch den Aufstieg und die gestiegene Nachfrage in Schwellenländern wie China, nimmt ständig zu. Auch sind viele Industrieländer, vor allem in Europa, zunehmend vom Import von natürlichen Ressourcen aus anderen Ländern abhängig, um ihre Produktions- und Konsumaktivitäten aufrechtzuerhalten. Fragen der Verteilung von materiellen Ressourcen und der mit dem Abbau, der Verarbeitung und der Nutzung einhergehenden negativen ökologischen und sozialen Folgen rücken somit zunehmend in

den Blickpunkt gesellschaftlicher und politischer Debatten.

Was zeigen die aktuellen Trends des Ressourcenverbrauchs?

In den letzten vier Jahrzehnten hat sich der weltweite Verbrauch von erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Rohstoffen fast vervierfacht. Heute werden weltweit mehr als 90 Milliarden Tonnen an Rohstoffen jährlich gewonnen. Umgerechnet bedeutet dies, dass jede Sekunde Rohstoffe in das globale Wirtschaftssystem eingespeist werden, die etwa der Ladung von 100 LKWs entsprechen. Das Wachstum des weltweiten Ressourcenverbrauchs ist insbesondere nach der Jahrtausendwende deutlich angestiegen. Dies hat mit der stark steigenden Nachfrage in Entwicklungs- und Schwellenländern zu tun, genauso aber mit dem nach wie vor sehr hohen Pro-Kopf-Konsum in den reichen Industrieländern.

Wenn bewertet werden soll, ob ein Land oder eine Region (wie die EU) dabei ist, im Sinne der Nachhaltigkeit weniger Ressourcen zu konsumieren, müssen umfassende

Die Globalisierung führt zu einer intensivierten Ausbeutung von natürlichen Ressourcen.



Der Handel mit Rohstoffen ist durch die zunehmende Globalisierung stark gestiegen.

Indikatoren verwendet werden, die über nationale Grenzen hinausgehen. Denn in Zeiten der Globalisierung sind Wertschöpfungsketten international organisiert und Regionen wie Europa vom Rohstoffimport aus anderen Weltregionen abhängig. So müssen Industrien in EU-Ländern z. B. mehr als 80 % des Eisenerzes und mehr als 90 % des Bauxits zur Aluminiumherstellung importieren. Bei anderen Metallen, wie den in der IT-Branche zur Anwendung kommenden „Seltenen Erden“, liegt der Importgrad bei 100 %. Ein Indikator zur Abbildung dieser internationalen Dimension ist der sogenannte Materialfußabdruck. Er zeigt an, welche Rohstoffentnahmen entlang aller Produktionsketten notwendig waren, um die in einem Land konsumierten Produkte und Dienstleistungen bereitzustellen.

Blickt man auf die Pro-Kopf-Werte, so kann man feststellen, dass die Welt von einer starken Ungleichheit in der Verteilung der materiellen Ressourcen geprägt ist. Berechnungen ergeben, dass die Einwohner der Vereinigten Arabischen Emirate im Durchschnitt einen Pro-Kopf-Materialfußabdruck besitzen, der über 100 Tonnen pro Jahr liegt. Europäische Länder liegen bei etwa 20–30 Tonnen pro Kopf. Die geringsten Fußabdrücke haben

EinwohnerInnen von Ländern wie Malawi, Mozambique oder Bangladesch mit Werten unter 2 Tonnen pro Kopf. Es liegt somit ein Faktor 20 bis 50 zwischen den Ländern mit dem kleinsten bzw. größten Materialfußabdruck.

Durch die zunehmende Globalisierung in den letzten 20 Jahren haben die in Importen und Exporten enthaltenen Rohstoffe stark zugenommen. Heute ist bereits mehr als ein Drittel der globalen Entnahme von Rohstoffen direkt und indirekt mit der Produktion von international gehandelten Gütern verbunden. Europa und Nordamerika sind dabei jene Kontinente, die netto die größten Mengen an Rohstoffen aus anderen Weltregionen importieren. Etwa ein Drittel des gesamten Materialfußabdrucks von BewohnerInnen Europas stammt aus anderen Weltregionen, insbesondere aus Lateinamerika und Asien. Der Ressourcenverbrauch ist somit weltweit gesehen sehr ungleich verteilt, und der internationale Handel führt dazu, dass diese Ungleichheit weiter steigt. Denn es sind oft jene Länder im globalen Süden, welche selbst einen geringen Verbrauch aufweisen, jedoch gleichzeitig die größten Mengen an Rohstoffen in die reichen Länder exportieren.



Was bedeutet dies für Politik und Wirtschaft?

Im Sinne eines global verallgemeinerbaren Lebensstils muss es das übergeordnete Ziel in Ländern und Regionen mit einem hohen Pro-Kopf-Verbrauch sein, eine absolute Reduktion des Ressourcenkonsums zu erreichen. Um sicherzustellen, dass keine Strategien entwickelt werden, die auf Kosten anderer Weltregionen gehen, ist es von großer Bedeutung, alle globalen Ressourcenströme mit einzubeziehen, die mit dem Endkonsum eines Landes in Verbindung stehen. Denn eine rein nationale Betrachtung kann zu falschen Schlussfolgerungen führen und ein zu positives Bild zeichnen, da die in andere Weltregionen ausgelagerten Produktionsprozesse und die damit verbundenen ökologischen und sozialen Probleme nicht berücksichtigt werden.

Die Sicherung des Zugangs zu ausländischen Rohstoffen wird wirtschaftspolitisch ein immer wichtigeres Thema. Europa ist mit seinen sehr hohen Importraten etwa im Bereich der Metalle und fossilen Energieträger besonders gefordert, entsprechende Strategien zu entwickeln. Aus Sicht der Nachhaltigkeit sollten diese Strategien darauf fokussiert

sein, die Rohstoffe in der Europäischen Wirtschaft möglichst effizient zu nutzen bzw. wo immer möglich im Kreislauf zu führen. Das hätte sowohl wirtschaftlich (Reduktion der Abhängigkeit) sowie ökologisch (weniger Ressourcenverbrauch reduziert auch den Druck auf die Umwelt) positive Effekte.

Die Ergebnisse haben auch wichtige Implikationen für die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene. Denn Globalisierung und internationaler Handel sind derzeit in einer Weise organisiert, in denen Rohstoffe aus Ländern mit einem geringen Pro-Kopf-Konsum in Länder geliefert werden, die bereits einen hohen Pro-Kopf-Konsum aufweisen. Globaler Handel verstärkt somit vorhandene globale Ungleichheiten. Der Ressourcenkonsum müsste jedoch in vielen Regionen mit großer materieller Armut, wie etwa Subsahara-Afrika oder Südasien, ansteigen, um den materiellen Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. In einer Welt, die bereits an ihre „planetaren Grenzen“ stößt, kann dieses Wachstum nur dann realisiert werden, wenn gleichzeitig der Konsum in den Hochverbrauchsländern sinkt. Die Realisierung eines *Guten Lebens für alle* ist somit eng mit Entwicklungen in allen Weltregionen verbunden.

Wir brauchen mehr Kreislaufwirtschaft, um unseren Rohstoffkonsum zu reduzieren.

Weltoffen Regional

Eine nachhaltige Gesellschaft muss großteils regional wirtschaften. Mit Nationalismus und nationalstaatlicher Abschottung hat dies jedoch nichts zu tun!

Volker Plass, Greenpeace Österreich



Volker Plass ist Gründer und ehemaliger Bundessprecher der den Grünen nahestehenden Unternehmerorganisation „Grüne Wirtschaft“. Seit Juni 2017 ist Plass Programm-Direktor von Greenpeace in Österreich.

In Zeiten des Klimawandels und der Gefährdung unserer Lebensgrundlagen brauchen wir einen neuen Wohlstandsbegriff.

In der hitzigen Diskussion rund um TTIP und CETA gab es seitens der Befürworter dieser Abkommen ein bemerkenswertes Argument: Die Kritik am Freihandel sei „auf der linken Seite“ des politischen Spektrums dieselbe wie bei den Rechtspopulisten. Anders formuliert: Zwischen der FPÖ und den Grünen bzw. zwischen Nationalisten und diversen Umwelt-NGOs sei in dieser Frage kaum noch ein Unterschied zu bemerken!

Dass Menschen, die auf nationalstaatliche Abschottung sowie eine Zerstörung der Europäischen Union setzten und nebenbei die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten begrüßen, prinzipiell etwas ganz anderes wollen als jene, die für weltweite Sozial- und Umweltstandards sowie eine gerechte Handelspolitik kämpfen, muss hier im Detail nicht erläutert werden. Die interessante Frage lautet: Gibt es eine gemeinsame Wurzel der Kritik an der Globalisierung, die sowohl Millionen vernünftiger und konstruktiv denkender Menschen auf die Straße treibt als sich auch von den Rechtspopulisten für Angstmache, Hass und Ausgrenzung missbrauchen lässt?

Ja, die gibt es: Es ist das zunehmende Gefühl von immer mehr Menschen, dass die Handelspolitik der Europäischen Union und ihrer nationalen Regierungen nur mehr reine Symptombekämpfung darstellt und auf die wesentlichen Zukunftsfragen keine brauchbaren Antworten gibt!

Wie wollen wir in Zukunft wirtschaften?

Was müssen wir tun, um auch in Zukunft den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sichern? Wie muss sich der Wohlstandsbegriff des 21. Jahrhunderts wandeln, weil in Zeiten des Klimawandels und der zunehmenden Gefährdung unserer Lebensgrundlagen materielles Wachstum und die damit verbundene Ressourcenverschwendung nicht mehr möglich sind? Und wie können wir allen Menschen das Gefühl geben, einen gerechten Anteil dieses Wohlstands zu erhalten und nicht unter die Räder zu kommen?

Man muss schon froh sein, wenn die Politik diese Herausforderungen überhaupt zur Kenntnis nimmt – insofern ist der UN-Kli-

mavertrag von Paris ein positiver Schritt –, wirklich zufriedenstellende Antworten auf diese Fragen sind aber weit und breit nicht in Sicht!

Natürlich geht es bei TTIP und CETA auch um „freien Handel“ und den Abbau mehr oder minder bedeutender Handelsbarrieren. Auch das Anliegen, bei der Festlegung wichtiger Industrie-Standards mit am Verhandlungstisch zu sitzen, ist prinzipiell berechtigt und einleuchtend. In Wahrheit aber sind TTIP und CETA – abgesehen vom schnöden Profitstreben transnationaler Konzerne – der verzweifelte Versuch der traditionellen Wirtschaftspolitik, in einer kaum mehr wachsenden Wirtschaft mittels vollkommener Deregulierung noch die letzten Zehntel-prozent Wachstum aus dem Markt herauszupressen.

Österreich ist dafür ein gutes Beispiel: Das wenige Wachstum, das wir hierzulande noch verzeichnen, kommt im Wesentlichen aus der Exportwirtschaft. Und innerhalb des Exportsektors gibt es im relativ kleinen Segment des transatlantischen Handels besonders schöne Zuwächse. Kein Wunder also, dass sich sowohl Wirtschaftskammer als auch Industriellenvereinigung an diesen Strohalm klammern: Dort, wo die Party noch läuft, soll weiter gefeiert werden! Gentechnik, Chlorhühner und Hormonfleisch eignen sich hervorragend zur Stimmungsmache. Die viel wichtigere Frage ist aber eine ganz andere: Welche Auswirkungen haben Abkommen wie TTIP langfristig auf die Strukturen unserer Wirtschaft? Macht ein

noch mehr angeheizter Welthandel unsere Gesellschaft in Zukunft widerstandsfähiger oder verletzlicher?

Ernährungssouveränität und Versorgungssicherheit

Zwei Beispiele: Wie gehen wir mit der Tatsache um, dass immer mehr Regionen Europas ihre Nahrungsmittel nicht mehr selbst produzieren können und zunehmend ihre Ernährungssouveränität verlieren? In einer friedlichen Welt ist dies kein Problem: Das was fehlt, kann man einfach am Weltmarkt zukaufen. Der Transport von auch lokal herstellbaren Produkten wie Fleisch und Milch über den Atlantik ist so betrachtet eine reine Kostenfrage. Was aber, wenn die Spielregeln des Weltmarktes einmal nicht mehr funktionieren? War es dann eine gute Idee, die Versorgungsfähigkeit der kleinstrukturierten europäischen Landwirtschaft durch eine schrankenlose Öffnung der Agrarmärkte leichtfertig aufs Spiel zu setzen?

Oder die international arbeitsteiligen Wertschöpfungsketten der Industrie: Der größte Teil der weltweiten Warentransporte besteht mittlerweile aus Halbfertigprodukten. Der Wettlauf um die minimalsten Kostenvorteile hat zu einer extremen Fragmentierung der Produktionsprozesse geführt. Selbst einfache Dinge wie Tennisbälle werden heute nicht mehr an einem Ort hergestellt, die einzelnen Komponenten stammen aus fast einem Dutzend Ländern und haben rund 80.000 Kilometer Transportwege hinter sich, bevor sie im Geschäft landen. Ein Begleiteffekt

Der Wettlauf um minimale Kosten hat zur Fragmentierung von Produktionsprozessen geführt.

Welche für unseren Wohlstand notwendigen Güter sollen wieder vorrangig regional produziert werden?

dieser Fragmentierung ist die Spezialisierung der Lieferanten bzw. die Konzentration der Herstellung einzelner Komponenten auf weltweit ganz wenige Anbieter. Zum Beispiel führte diese Konzentration nach der Tsunami-Katastrophe 2011 in Japan zu weltweiten Engpässen bei der Versorgung mit Computerchips, da einige hochspezialisierte japanische Hersteller vorübergehend den Betrieb einstellen mussten und ihren Just-in-time-Lieferverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten.

Ist ein weiteres Ankurbeln dieser bereits vollkommen hypertrophen Produktions- und Handelsverflechtungen wirklich der Weisheit letzter Schluss? Ist dies im Interesse der überwiegenden Anzahl der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten und deren Produkte konsumieren?

Keine Antwort auf den Klimawandel

Aber nicht nur die Versorgungsfrage ist zu stellen. TTIP und CETA sind auch keine Antwort auf den Klimawandel: Wenn wir die bei der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossenen und mittlerweile von allen wesentlichen Playern ratifizierten Klimaschutz-Ziele erreichen wollen, wird das nur möglich sein, wenn wir unsere Wirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts vollständig „decarbonisieren“ und praktisch kein CO₂ mehr emittieren.

Dazu benötigen wir eine vollständige Energiewende, also den kompletten Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas. Bloß auf erneuerbare Energieträger umzusteigen, wird da nicht

reichen. Wir müssen auch unseren Lebensstil ändern und unseren Gesamt-Energieverbrauch radikal reduzieren. Mit mehr Effizienz durch herbeigesehnte technologische Innovationen wird das nur zu einem Teil gelingen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt vorrangig in einem Verzicht auf unnötigen Energieverbrauch!

Das bedeutet, dass wir uns auch beim internationalen Warentransport bzw. im Welthandel folgende Frage stellen müssen: Welcher Teil davon ist in Zukunft noch leistbar? Oder anders formuliert: Welche für unseren Wohlstand notwendigen Güter werden wir in Zukunft wieder vorrangig regional produzieren müssen?

Auch in Zukunft wird es sinnvoll sein, einige Produkte konzentriert an wenigen Stellen der Welt zu erzeugen und dann um den halben Erdball zu transportieren. Medizinische Spitzentechnologie etwa kann man nicht an jeder Straßenecke zusammenschrauben. Bei Gütern des täglichen Bedarfs sieht das jedoch ganz anders aus. Grundnahrungsmittel können z. B. problemlos von Europa selbst produziert werden. Landwirtschaftliche Produkte nur aufgrund des Profitstrebens einiger Agrarmultis aus den USA zu importieren, ist weder ökologisch zu verantworten noch wirtschaftlich langfristig vernünftig.

TTIP und CETA sind ein Paradebeispiel für kurzfristiges und gewinnmaximierendes Denken: Um für einige wenige wirtschaftliche Akteure Vorteile herauszuschlagen, wird die Widerstandsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft

aufs Spiel gesetzt. Vieles deutet darauf hin, dass derartige Handelsabkommen definitiv Schritte in die falsche Richtung sind!

Während Rechtspopulisten die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit sowie die daraus resultierenden Sorgen und Ängste immer größerer Teile der Bevölkerung schamlos für ihre Stimmungsmache ausnützen, arbeiten Initiativen aus der Umweltbewegung, Gewerkschaften sowie globalisierungskritische NGOs wie Greenpeace und ATTAC an konstruktiven Wegen. Konzepte wie das „Alternative Handelsmandat“ enthalten zahlreiche Vorschläge für eine alternative Handelspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert:

Beim Handel sollte es nicht um das Macht- und Gewinnstreben einiger weniger gehen, sondern um einen fairen Austausch, in dem ökologisch und kulturell unterschiedliche Regionen ihre Erzeugnisse und Fähigkeiten sowie ihre Kreativität teilen. Die Stärkung der regionalen biologischen Landwirtschaft und regionale Märkte, die internationale Garantie von ArbeitnehmerInnenrechten, die Regulierung der Finanzwirtschaft, die nachhaltigere Verwendung von Rohstoffen sowie der Schutz öffentlicher Dienstleistungen und eines öffentlichen Beschaffungswesens sind dabei zentrale und unverzichtbare Eckpunkte.

Aus Sicht der Klein- und Mittelbetriebe ist zu ergänzen: Zu wünschen wäre eine weitblickende Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, die die kleinen Unternehmen in der Region wieder in den Mittelpunkt rückt

und ihre Chancen erhöht anstatt sie einem immer höheren globalen Wettbewerbsdruck auszusetzen. Dies betrifft alle Maßnahmen, die den Faktor Arbeit steuerlich entlasten, die Produktion langlebiger und reparierbarer Produkte fördern, eine mobilitätsarme Nahversorgung sichern sowie der maßlosen Energie- und Ressourcenverschwendung Einhalt gebieten.

Die wesentlichen Herausforderungen der Zukunft bestehen nicht darin, das weltweite Warenkarussell noch einmal weiter anzuheizen und durch fortlaufende Ausbeutung von Mensch und Natur auch noch die minimalsten Kostenvorteile und letzten Wachstumsprozente aus dem System herauszupressen. Die Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft in der Region in Zukunft wieder einen nachhaltigen Wohlstand und ein *gutes Leben für alle* sichern kann und die Betriebe auch in Zukunft menschenwürdige Arbeitsplätze anbieten können. Es geht um eine sozialökologische Transformation unserer Wirtschaft in eine nachhaltige und klimaverträgliche Zukunft jenseits des Wachstumszwangs und des rücksichtslosen Profitstrebens.

Noch mehr Globalisierung à la TTIP und CETA leistet dazu keinen Beitrag. Und den Protest dagegen dürfen wir nicht den Rechtspopulisten überlassen!

Die Herausforderungen der Zukunft besteht darin, Wirtschaft so zu organisieren, dass sie ein *Gutes Leben für alle* sichern kann.

Gutes Leben für alle braucht öffentliche Dienstleistungen: **Rekommunalisierung als Trend**

Alice Wagner und Iris Strutzmann, AK Wien



Alice Wagner ist Juristin in der Abteilung EU & Internationales der AK Wien und Lektorin an der WU Wien und FH bfi Wien. Sie beschäftigt sich mit Fragen des Europarechts und aktuellen EU-politischen Themenstellungen und hat 2014 mit Oliver Prausmüller den Sammelband „Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik“ herausgegeben.



Iris Strutzmann ist Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die öffentliche Dienstleistung Wasser, Biodiversität und Gentechnik. Sie ist an einem internationalen Projekt zum Thema „Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen“ beteiligt.

Die seit den 1980er-Jahren bestehende Euphorie zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten steht auf dem Prüfstand. So konnte sich etwa die zivilgesellschaftliche Initiative „right2water“, die europaweit von 1,9 Millionen BürgerInnen unterschrieben wurde, erfolgreich gegen das Vorhaben, die Liberalisierung von Wasser in der Konzessionsrichtlinie festzuschreiben, durchsetzen. Auch die aktuellen Verhandlungen zu den Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA waren – auch im Lichte von deren Auswirkungen auf öffentliche Dienstleistungen – von massiven zivilgesellschaftlichen Protesten begleitet.

Mehr Handlungsfähigkeit durch Rekommunalisierung

Daseinsvorsorge orientiert sich an dem Grundgedanken, Leistungen in hoher Qualität flächendeckend allen Menschen sozial gerecht und diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung von Dienstleistungen

der Daseinsvorsorge haben viele Städte und Gemeinden dazu gebracht, privatisierte Bereiche wieder zurück in die öffentliche Hand zu überführen. Denn die Erwartungen an die Leistungserbringung seitens der Privaten wurden oftmals nicht eingelöst. Im Gegenteil: Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen führten in vielen Bereichen zu erhöhten Preisen für die BürgerInnen, geringen Investitionen in die Infrastruktur, massivem Abbau von Arbeitsplätzen sowie Kontrollverlusten für Städte und Gemeinden.

Als Reaktion darauf wurde in den vergangenen Jahren eine Rekommunalisierungswelle in den verschiedensten Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Gang gesetzt: bei der Wasser- und Energieversorgung, in der Abfallwirtschaft, im Öffentlichen Verkehr oder bei sozialen Dienstleistungen, um nur einige zu nennen. So gab es beispielsweise im Bereich der Wasserversorgung in den vergangenen 15 Jahren weltweit mehr als 270 Rekommunalisierungen. Diese wurden auch in großen Städten wie Paris, Grenoble, Bordeaux, Toulouse, Berlin, Buenos Aires, Daressalam oder Kuala Lumpur durchgeführt. Dadurch lässt sich die Versorgung dieser öffentlichen Dienstleistung für die Menschen wieder zu viel besseren Bedingungen für alle organisieren. So wurden in Paris die Wassergebühren im Zuge der Wiedereinführung in die öffentliche Hand um 8 % gesenkt, sozial Schwache zahlen geringere Wassergebühren, es wird wieder mehr in die Wasserinfrastruktur investiert als durch die vormals privaten Betreiberfirmen „Veolia“ und „Suez“. Zudem sind nun ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnenschutz- und Umweltschutzinteressen im Vorstand der jetzt öffentlichen Betreibergesellschaft „Eau des Paris“ vertreten – ein Novum im öffentlichen Sektor.

In der Stadt Hamburg wurde die Rekommunalisierung der „Hamburger Energienetze“ vom zivilgesellschaftlichen Engagement von über 50 Organisationen aus Sozial-, Umwelt-, KonsumentInnen- und kirchlichen Organisationen getragen. Dies führte zum Rückkauf der privaten Energieversorgung durch die Stadt Hamburg. Die Bevölkerung entschied sich per Volksentscheid für den Rückkauf des Stromnetzes, das davor zu 74,9 % im Besitz der großen Energieunternehmen „Vattenfall“ und „E.ON“ war. Rekommunalisierung kann also auch emanzipatorische Regionalisierung bedeuten und Handlungsspielräume „von unten“ erweitern. Verschiedene Untersuchungen zeigen weiters, dass sich auch die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Zuge von Rekommunalisierungen zum Positiven verändern können.

Freihandelsabkommen versus Rekommunalisierung

Auf die Brüsseler Eliten, welche für die Ausrichtung der Binnenmarkt- und Handelspolitik der Europäischen Union verantwortlich sind, hat sich die zunehmende Liberalisierungsskepsis der Bevölkerung bislang nicht übertragen. Sie verfolgt weiterhin eine Austeritätspolitik und erhöht mit Freihandelsabkommen wie CETA oder dem Dienstleistungsabkommen TiSA den Druck zur Öffnung öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für den freien Markt. Mit den Sonderklagerechten für multinationale Konzerne können hohe Entschädigungszahlungen von Regierungen, Städten und Gemeinden seitens der Investoren eingeklagt werden. Sie können damit ihre wirtschaftlichen Interessen leichter durchsetzen – der Handlungsspielraum von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bei der Erbringung

von Leistungen für die Daseinsvorsorge wird dadurch erheblich eingeschränkt. Freihandelsabkommen verfolgen das Ziel, den Handel von Gütern für die Unternehmen zu erleichtern und Beschränkungen abzubauen. Eine unter demokratischer Kontrolle stehende, verantwortungsvolle und effiziente öffentliche Grundversorgung ist essenziell für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in diese Abkommen mit aufzunehmen ist daher fehl am Platz. Um ihre Gemeinnützigkeit auch zukünftig abzusichern, sind Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gänzlich vom Geltungsbereich von Handels- und Investitionsschutzabkommen auszunehmen.

Mit der Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen werden die politische Handlungsfähigkeit und die Einflussmöglichkeiten der Städte und Gemeinden wieder zurückgewonnen. Eine unter demokratischer Kontrolle stehende, auf das Gemeinwohl orientierte Leistungserbringung der öffentlichen Daseinsvorsorge bringt *gutes Leben für alle*. Die demokratische Ausgestaltung sowie die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind bei der Ausgestaltung von Rekommunalisierung im Auge zu behalten. Die Einbeziehung und Partizipation der Öffentlichkeit in die Planung sowie Transparenz bei der Preisgestaltung und Leistungserbringung bringt einen politischen Rückhalt bei der Sicherung der Daseinsvorsorge durch die Städte und Gemeinden. So können Rekommunalisierungen zu einer transparenten Dienstleistungserbringung, gerechteren und effizienteren Leistung, nachhaltigem Umgang mit den Ressourcen und besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und mehr demokratischer Kontrolle führen.

Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen heißt: politische Handlungsfähigkeit und Gestaltung für Städte und Gemeinden.

Das Alternative Handelsmandat: Eckpunkte einer gerechten EU-Handels- und Investitionspolitik

Alexandra Strickner, Attac & WU Wien

Dieser Beitrag erschien am 9. Mai 2017 im Blog Arbeit und Wirtschaft der AK Wien



Alexandra Strickner ist politische Ökonomin. Sie hat Attac Österreich mitbegründet, koordiniert die Allianz „Wege aus der Krise“ (www.wege-aus-der-krise.at) und ist wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am Institute for Multi-Level Governance and Development an der WU. Sie arbeitet seit mehr als 15 Jahren zu den Themen Welthandel, EU-Handelspolitik, Agrarpolitik, Steuerpolitik und emanzipatorische Alternativen von unten. Sie hat u. a. die österreichische „Stopp GATS“ und 2014 die „TTIP Stoppen“ Plattform mitbegründet.

Die Dynamik der Debatte über Globalisierung hat in Europa durch den seit 2013 entstandenen breiten Widerstand gegen das transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit den USA (TTIP) und jenes mit der EU mit Kanada (CETA) quer durch alle gesellschaftlichen Akteure an Fahrt gewonnen. Sie zeigt, dass die seit mehreren Jahrzehnten vorangetriebene neoliberale Globalisierung nicht nur die immer einseitig in den Vordergrund gestellten positiven Seiten hat, sondern eine Vielzahl von Schattenseiten mit sich bringt. Die Antwort kann nicht „more of the same“ lauten, sondern bedarf ein Umdenken in der europäischen Handels- und Investitionspolitik. Das sogenannte Alternative Handelsmandat bietet dafür eine Grundlage.

In den letzten Monaten erschienen Analysen, Studien und Kommentare, die die Kritik und Daten über die Auswirkungen des aktuellen Welthandelsregimes, die soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Bauern- und Bäuerinnenorganisationen und viele zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit seit Jahren zusammengetragen, bestätigen.

In Europa haben sich mehr als 50 dieser Akteure bereits vor Jahren daran gemacht, das sogenannte „Alternative Handelsmandat“ zu erarbeiten – also Eckpunkte und Prinzipien, woran sich Handelspolitik und Handelsabkommen (v. a. auch jene der EU), die tatsächlich allen Beteiligten zugutekäme, orientieren müssen. In einem vierjährigen offenen Prozess unter Beteiligung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Gruppen aus der EU und Ländern des Globalen Südens entstanden diese Vorschläge. Diese sind eingebettet in die Erkenntnis, dass wir nicht nur die Handels- und Investitionspolitik radikal ändern müssen, sondern die vielfältigen Krisen – und v. a. die Klima- und Umweltkrise – eine gänzliche Veränderung unserer Lebens-, Produktions- und Konsumweisen erfordert. Es geht darum, Wirtschaft so umzugestalten, dass sie die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen ins Zentrum rücken – und dabei die Natur nicht zu zerstören und in der Solidarität, Komplementarität, Diversität, Frieden und das Wohlergehen aller Menschen zentrale Werte sind. Es geht darum, dass wir unser gutes Leben in Europa nicht auf Kosten des guten Lebens anderer organisieren, wie das beim 2. Kongress *Gutes Leben für alle* diskutiert wurde.

Was sind die Eckpunkte und Prinzipien des Alternativen Handelsmandats?

1. Handel muss Mittel zum Zweck sein – nicht das Ziel an sich

Die gegenwärtige Handelspolitik befeuert den globalen Wettlauf um die niedrigsten Standards und Löhne, in dem sie ArbeitnehmerInnen bzw. Bauern und Bäuerinnen

**Neoliberale
Globalisierung
hat eine Vielzahl
von Schattenseiten.**



weltweit immer stärker in Konkurrenz zueinander setzt und so v. a. die Interessen global agierender Konzerne nach geringen Kosten und hohen Profiten bedient. Die Ausweitung des globalen Handels ist zu einem Ziel an sich geworden. Das Wachstum von Exporten und generell des Güter- und Dienstleistungshandels wird per se als Voraussetzung für Wohlstand definiert. Die realen Auswirkungen von Handelsabkommen auf lokale Wirtschaftsstrukturen, auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von ArbeitnehmerInnen und Bauern/Bäuerinnen und die Natur werden dabei ausgeblendet oder zumindest als vernachlässigbar gesehen.

Im Alternativen Handelsmandat wird Handel als Mittel zum Zweck definiert. Handel und Handelspolitik muss eingebettet sein in ein größeres Ganzes – in die Erreichung von gesellschaftlichen Zielen wie die Umsetzung und den Schutz von Menschenrechten, gute Arbeit für alle, die Erreichung der UN-Klimaziele, die Sicherung der Lebensgrundlagen, die Regulierung von Finanzmärkten im Interesse des Gemeinwohls oder das Schließen von Steuerschlupflöchern, um

Steuergerechtigkeit zu ermöglichen. Demokratie, Kooperation, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter oder Nachhaltigkeit sind leitende Prinzipien.

2. Gerechter Welthandel fördert regionale Wirtschaftskreisläufe und ist komplementär

Das aktuelle Welthandelsregime und die EU-Handelspolitik geben dem globalen Handel Vorrang vor lokalem Handel, regionalen Wirtschaftskreisläufen und regionaler Integration. In der Realität findet der Handel jedoch v. a. auf lokaler und regionaler Ebene statt. Vom Rückgrat der europäischen Wirtschaft – den Klein- und Mittelbetrieben – unterhalten weniger als 1 % Handelsbeziehungen außerhalb Europas. 80 % des Handels der EU-Länder findet in Europa statt.

Ein gerechtes Welthandelssystem gibt also lokalem und regionalem Handel Vorrang, globaler Handel ist komplementär dazu. Daher steht nicht die laufende Verringerung, Abschaffung oder Angleichung von Zöllen

Ein gerechtes Welthandelssystem gibt lokalem und regionalem Handel Vorrang vor globalem Handel.

und den als „Handelsbarrieren“ definierten Gesetzen, Standards oder sonstigen Regeln im Zentrum von Handelspolitiken. Vielmehr geht es um die Ausweitung demokratischer Möglichkeiten zur Schaffung von Rahmenbedingungen und Spielregeln für den Welthandel, die sozial gerechte, ökologische nachhaltige und widerstandsfähige Wirtschaftsweisen unterstützen und fördern. Wie lokal bzw. regional Produktion und Handel sein kann bzw. soll, wird dabei von Produkt zu Produkt bzw. Sektor zu Sektor unterschiedlich sein und ist dementsprechend zu organisieren.

Ein gerechtes Welthandelssystem mit diesem Fokus bedeutet, dass jede Region bzw. jeder Kontinent wirtschaftliche Strukturen für die Produktion und Bereitstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen zur Sicherung der Existenz hat bzw. organisiert. Globale Güter- und Ressourcenströme werden dadurch verringert und eine Wirtschaft der kurzen bzw. kürzeren Wege ermöglicht. Das ist ein wichtiger Beitrag zur radikalen Reduktion von Kohlenstoffemissionen, um die UN-Klimaziele zu erreichen.

Für die EU würde das z. B. im Bereich der Lebensmittel bedeuten, die europäische Agrarpolitik in Richtung Stärkung lokaler Lebensmittelsysteme und die Produktion von ökologisch nachhaltigen und leistbaren Lebensmitteln zu fokussieren, anstatt auf weitere Produktionssteigerung und Exportorientierung. In Handelsabkommen wie TTIP oder CETA würden dann Maßnahmen verhandelt werden, die einerseits sicherstellen, dass diese ökologisch nachhaltige Produktion durch billigere Importe nicht unter Druck kommt, sondern dass Marktöffnung für jene Produkte, die komplementär sind

– also im jeweiligen Wirtschaftsraum nicht produziert werden.

3. Gerechter Welthandel respektiert ArbeitnehmerInnenrechte und internationale Umweltnormen

Das Welthandelsregime muss so gestaltet sein, dass es qualitative und gut bezahlte Arbeitsplätze auf der ganzen Welt ermöglicht. Die EU-Handelspolitik muss daher ArbeitnehmerInnenrechte fördern, respektieren und absichern. Das Erreichen der jeweils höchsten Normen und Standards wird als Ziel in Handelsabkommen definiert, nicht deren Angleichung oder Harmonisierung. Der Wettbewerb um die höchsten Standards darf aber nicht als Zugangshindernis für Produkte aus Ländern des globalen Südens missbraucht werden. Hier braucht es Beratung und finanzielle Unterstützung bei der Erfüllung hoher Standards. Die Einhaltung von Arbeitsstandards und internationalen Umweltnormen ist dann zwingend Voraussetzung für den Abschluss von Handelsabkommen, ebenso wie Instrumente, mit denen diese durchsetzbar werden. Denn InvestorInnen und Unternehmen müssen im Falle von Regelverletzungen zur Verantwortung gezogen und sanktioniert werden können.

4. Gerechter Welthandel nimmt die öffentliche Daseinsvorsorge von Handels- und Investitionsabkommen aus

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie die Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen vor offensiven kommerziellen Interessen und verschärften Marktregeln geschützt werden, ebenso wie der politische Handlungsspiel-

Gerechter Welthandel sichert qualitative und gut bezahlte Arbeitsplätze weltweit.

raum von Gemeinden und Ländern zur Gestaltung und Regulierung dieser. Das Alternative Handelsmandat nimmt daher öffentliche Dienstleistungen und die öffentliche Auftragsvergabe von Handels- und Investitionsabkommen aus. Auch stabile und sichere Finanzmärkte sind im Kern ein öffentliches Gut. Abkommen müssen so gestaltet sein, dass sie die Regulierung von Finanzmärkten durch Regierungen weder einschränken noch dieser im Weg stehen. Handelspolitik und -abkommen müssen auch Vorgaben zur Steuerkooperation enthalten, um Steuerhinterziehung durch transnationale Konzerne zu bekämpfen.

5. Abkommen für einen gerechten Welthandel enthalten keine Sonderklagerechte für Konzerne

Ausländische Direktinvestitionen müssen so erfolgen, dass eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für Einzelpersonen, Gemeinschaften und den Planeten ermöglichen werden. Das Alternative Handelsmandat schlägt vor, dass die EU und ihre Mitgliedsländer all jene Investitionsabkommen kündigen, die es Empfängerländern von Investitionen verunmöglicht, ihren gesetzlichen Verpflichtungen wie z. B. der Umsetzung von Menschenrechten nachzukommen oder die dazu führen, dass sie Instrumente wie z. B. Kapitalverkehrskontrollen oder Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung nur noch eingeschränkt nutzen können. Ein zukunftsfähiges Investitionsregime stellt sicher, dass Unternehmen, die ihren Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte oder Klima- und Umweltschutz nicht nachkommen, sanktioniert und juristisch belangt werden können – und zwar auch dort, wo sie ihren Stammsitz haben.

6. Eine progressive Handels- und Investitionspolitik ist demokratisch erarbeitet und kontrolliert

Handels- und Investitionsabkommen im Interesse von Menschen und Natur erfordern die breite Beteiligung aller betroffenen Akteure vor und während der Verhandlungen sowie die Offenlegung aller Verhandlungsdokumente. Eine breite demokratische Legitimierung bedeutet u. a., dass Parlamente bereits bei der Erarbeitung des Mandats beteiligt sind und diese Einfluss auf den Verhandlungslauf nehmen können. Während des ganzen Prozesses und auch vor einer Abstimmung über ein fertig verhandeltes Abkommen braucht es eine umfassende Auseinandersetzung in den zuständigen Parlamenten, unter Einbindung von Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Fazit:

Es braucht dringend neue Spielregeln für einen gerechten Welthandel. Spielregeln, die sicherstellen, dass die Interessen von Mensch und Natur im Zentrum stehen und Handlungsspielräume für politisches Handeln zur Umsetzung von Menschenrechten, Klimaschutz, guter Arbeit für alle oder einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge nicht eingeschränkt werden. Mehr denn je braucht es neue Prinzipien und Leitlinien für die Verhandlung von Abkommen, mit Blick auf die Vielzahl der Abkommen, die die EU derzeit verhandelt.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das Alternative Handelsmandat, das unter dem Titel „Handel: Zeit für eine neue Vision“ von der „Allianz für ein Alternatives Handelsmandat“ ausgearbeitet wurde. Auf www.attac.at finden Sie eine Kurz- bzw. Langversion.

Wir brauchen neue Spielregeln für den Welthandel, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellen.

Gutes Leben – gute Arbeit

Klemens Himpele, MA 23, Stadt Wien



Klemens Himpele ist studierter Volkswirt (Universität zu Köln) und seit 2012 Abteilungsleiter der MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Davor war er in der Bildungsforschung, bei Statistik Austria und bei der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft tätig.

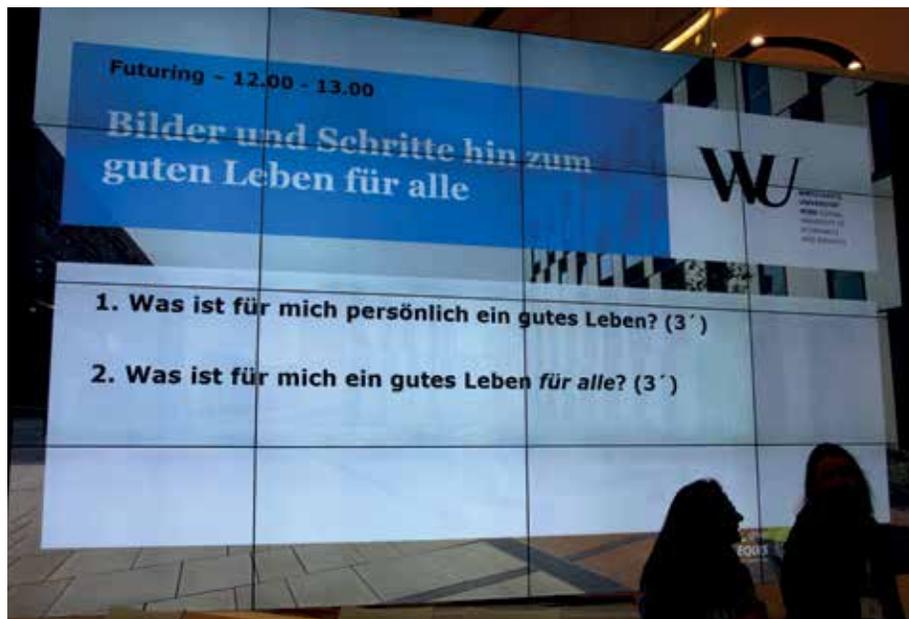
Ein *gutes Leben für alle* ist ein anspruchsvoller Titel für einen Kongress – und impliziert (bewusst) auch Ambiguitäten. Zwar wird der Forderung eines *guten Lebens für alle* in dieser Allgemeinheit kaum jemand widersprechen. Der Zusatz „für alle“ weist jedoch bereits darauf hin, dass es im Detail kompliziert wird. Denn was ein „gutes Leben“ ist, wird sehr unterschiedlich wahrgenommen, gewichtet und diskutiert. Ein paar der Diskussionsstränge sollen im Folgenden aufgegriffen werden.

Gutes Leben erfordert gute Arbeit. „Gute Arbeit umfasst neben fairen Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit auch sozialen Schutz, Gesundheitsschutz sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation“, heißt es in den Leitlinien der Wiener Wirtschaftspolitik. Zudem ist Arbeit weit mehr als das Erzielen von Einkommen, es geht auch um Wertschätzung, darum, sich einbringen zu können, sinnstiftend tätig zu sein. Das wird oft vernachlässigt, wenn andere Ziele, etwa der Umweltschutz, im Zentrum stehen. Bei „Bio“ wird in vielen Fällen nicht auf Betriebsräten und Tarifbindung geschaut, weil da der Fokus auf dem umweltfreundlichen Produkt liegt, das mit positiven Zuschreibungen (z. B. „gesund“, „frisch“) versehen wird. Bei Zustellungen per Fahrrad freut man sich über die geringe CO₂-Bilanz, ob die/der EssenslieferantIn aber nach Tarif bezahlt wird, ist für viele unwichtig. Diese ökologischen Argumente können zwar der Beruhigung des

eigenen Gewissens dienen, mit dem *guten Leben für alle* haben sie aber nicht unbedingt zu tun. Ähnlich verhält es sich mit Firmen, die keine (oder kaum) Steuern bezahlen, aber ein ökologisch einwandfreies Produkt anbieten oder durch das Teilen (oft auf „hippe“ Art) Ressourcen schonen. Kurzum: Wer ein „gutes Leben“ für alle fordert, sollte Politik betreiben, für bessere Arbeitsbedingungen, für Umweltschutz, für eine gerechte Verteilung eintreten – und nicht die eigenen Moralvorstellungen über Politik stellen.

Eine kleinteiligere Wirtschaft wird teilweise als Lösung auch für ökologische und soziale Herausforderungen benannt. Klein- und Mittelbetriebe sollen gestützt, das „Grätzl“ belebt werden – „Small is beautiful“, sozusagen. Argumentiert wird mit lokaler Wertschöpfung, kürzeren Wegen und sozialer Einbindung. Dabei wird gerne übersehen, dass erst die industrielle Massenproduktion den Wohlstand ermöglicht hat, den wir heute kennen. Die Preise von kleinstrukturierten Einheiten sind oft (bedeutend) höher und damit exkludierend, sie schließen erhebliche Bevölkerungsschichten vom Konsum aus und reduzieren damit deren Lebensstandard. Das kann also nicht gemeint sein mit dem *guten Leben für alle*. Vielmehr muss es darum gehen, dass die Bedingungen (ökologische Standards, Arbeitsbedingungen, Besteuerung, Verteilungsfragen ...) formuliert und durchgesetzt werden. Letztlich ist es die Vielfalt, – also klein und groß –, die die

Arbeit ist weit mehr als das Erzielen von Einkommen.



Wiener Wirtschaft stark macht, die ein breites Angebot an Waren und Dienstleistungen sicherstellt, die die Resilienz der Wirtschaft erhöht und die Jobs schafft.

Das Grätzl wird zudem gerne als Symbol für Regionalität verwendet, der alte Dorfplatz ersteht quasi wieder auf, als Ort der Kommunikation. Diesem Ideal geht jedoch eine Idee von Urbanität ab, man vergisst die Dichte, die Vielfalt, die Lebensqualität, die Städte zu bieten haben und die sich nicht auf einige zusammenhängende Straßenzüge reduzieren lassen. Natürlich macht eine „Stadt der kurzen Wege“ Sinn, natürlich muss daran gearbeitet werden, dass es nicht nur wenige belebte Zentren gibt. Das ist aber kein „Entweder-oder“, sondern ein „Sowohl-als-auch“.

Jedenfalls wird – so jedenfalls meine Wahrnehmung – mit ungleichen Maßstäben gemessen: „Brot statt Böller“ – diese Kampagne gibt es seit Anfang der 1980er Jahre; sie fordert Spenden für Bedürftige statt Ausgaben für Feuerwerkskörper. Ein besseres Leben für einen armen Teil der Bevölkerung also, was lobenswert ist. Warum aber „Brot statt Böller“ und nicht „Brot statt Wochenendtrip nach Paris“? Vielleicht, weil die Definitionsmacht über das „richtige Leben“ eher

bei denen liegt, die am Wochenende über die Champs-Élysées flanieren?

Öffentliche Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil und Schlüssel zum „guten Leben“, hier kommt den Kommunen eine große Bedeutung zu. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zudem demokratisch zu legitimieren und kann nicht auf private Initiativen überwältigt werden. Die Mitsprachemöglichkeiten der BürgerInnen müssen sicherstellen, dass sich alle Schichten beteiligen können – und dies auch praktisch tun. Oliver Nachtwey beschreibt in seinem Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ sehr treffend, wie ungleich die Übertragung von mehr Verantwortung auf die BürgerInnen wirken kann: Viele Angehörige der Mittelklasse sind mit ausreichend Ressourcen ausgestattet, Liberalisierungen zu nutzen, „weil für sie die Befreiung aus den kollektiven Arrangements tatsächlich mehr Autonomie und Eigenverantwortung im positiven Sinne bedeute[n].“ Allen anderen aber, die im „Mahlstrom der Liberalisierung“ nicht mitkommen, bleibt mehr Unsicherheit. Somit würde dann das „gute Leben“ der einen zu Lasten des „guten Lebens“ der anderen realisiert, was mit dem Grundgedanken des *guten Lebens für alle* nicht vereinbar ist. Genau deshalb bleibt die Rolle der öffentlichen Hand so wichtig und zentral.

Viele haben zu wenig Ressourcen, um die Liberalisierung für sich zu nutzen.

Soll alles so bleiben, wie es ist?

Das alles heißt nicht, dass es keiner Veränderungen bedarf, im Gegenteil. Wien hat mit der Smart City Rahmenstrategie ein Zieldreieck formuliert: „Das Leitziel 2050 der Smart City Wien – Rahmenstrategie ist: hohe Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener bei radikaler Ressourcenschonung. Das gelingt mit umfassenden Innovationen.“ Diese Ziele ergänzen sich – und können auch im Widerspruch zueinander stehen. Hier werden die gleichen Schwierigkeiten sichtbar, die dankenswerterweise auch auf dem Kongress *Gutes Leben für alle* thematisiert wurden.

Kommunen sind vor allem für die Bereitstellung der Daseinsvorsorge verantwortlich, die die Grundvoraussetzung dafür ist, dass Menschen am städtischen Leben teilnehmen können. Die Gemeinden sind zudem gefragt, Menschen zweite und dritte Chancen zu ermöglichen – wie es in Wien etwa mit dem „Qualifikationsplan 2020“ geschieht. Es wäre weiters wünschenswert, wenn die Nachfragemacht der öffentlichen Hand noch gezielter für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft genutzt werden könnte, was aber auch eine Frage des Vergaberechts ist.

Dessen Weiterentwicklungen, die zurzeit betrieben werden, weisen genau in diese (richtige) Richtung. Hieran gilt es zu arbeiten.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass es Machtstrukturen – insbesondere auch ökonomischer Macht – gibt, denen nicht durch kleinteilige (oft gute und unterstützenswerte) Initiativen begegnet werden kann. Schlagworte wie „Regionalität“, „Bio“, oder „Nutzen statt Besitzen“ greifen zu kurz und blenden Machtstrukturen (irgendjemand besitzt die Sachen natürlich trotzdem) und unterschiedliche Lebenskonzepte aus. Ein moralischer Appell zu einem guten Leben ersetzt eben nicht Regulierungen und kollektive Arrangements (= Politik), die demokratisch auszuhandeln sind. Ein moralischer Appell ist etwas bedeutend anderes als ein Rechtsanspruch. Es muss darum gehen, kollektiv zu agieren und Politik zu betreiben – eine Politik etwa, die definiert, was künftig öffentliche Aufgabe oder öffentliches Interesse ist, bleiben soll oder werden muss. Hierbei ist konsequent darauf zu achten, dass das gute Leben der einen nicht zu Lasten des guten Lebens der anderen organisiert wird – bei Arbeitsbedingungen, Einkommen und über preisliche Exklusion.

Ein moralischer Appell zum „guten Leben“ ersetzt keine Regulierungen.

Was ist „gut“ und wer sind „alle“?

Gewerkschaftliche Perspektiven auf das gute Leben für alle

Erich Foglar, ÖGB

Am Beginn der Gewerkschaftsbewegung standen Menschen, die unter zutiefst unmenschlichen Bedingungen arbeiten und leben mussten. Ihr Ziel war nichts Geringeres als ein gutes Leben für ihre Familien, KollegInnen und für sich selbst. Auf dem Weg dorthin mussten sie sich zusammenschließen, um ihre Interessen gegenüber den UnternehmerInnen und dem Staat durchzusetzen. Die Geburtsstunde der Gewerkschaften war also zu einem Zeitpunkt, als die arbeitenden Menschen ein gutes Leben einforderten! Konkret: Der Ursprungsgedanke der Gewerkschaftsbewegung ist demnach, dass sich Menschen aufgrund gemeinsamer Interessen solidarisieren, um im Kollektiv ein besseres Leben einzufordern und zu erkämpfen.

Neben dem Anspruch auf einen gerechten Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand ging es immer auch um eine Absicherung gegen die Risiken der Lebens- und Arbeitswelt. Zusätzlich bedarf es ausreichend demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb sowie auf allen politischen Ebenen. Darüber hinaus ist für uns GewerkschafterInnen die Bildungsfrage von zentralem Stellenwert. Bildung betrachten wir seit jeher als emanzipatorisches Werkzeug und Schlüssel zur Demokratisierung und zum sozialen Aufstieg. Grundsätzlich gibt es in einem *guten Leben für alle* auch Chancengleichheit für alle, ohne Diskriminierung aufgrund von Alter, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, körperlicher oder psychischer Behinderung sowie sexueller Orientierung. Unsere gewerkschaftlichen Forderungen fußen auf den Grundwerten

Erich Foglar hat den Beruf des Werkzeugmachers bei der Firma Philips erlernt, wo er auch mehrere Jahre als Betriebsrat aktiv war. Seit Dezember 2008 ist er Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und übt in diesem Zusammenhang auch diverse internationale Funktionen aus, u. a. ist er Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des Lenkungsausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident des Pan-Europäischen Regionalrates der Gewerkschaften (PERC).



der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität.

Diese Grundprinzipien sind auch die Basis für den sogenannten „Wohlfahrtsstaat“, der im Laufe des 20. Jahrhunderts in Österreich und vielen Teilen Europas vor allem aufgrund der Erfahrungen von Krieg und Faschismus weitestgehend verwirklicht werden konnte. Momentan sind wir aber in einer Situation, wo bereits Erreichtes durch Wirtschaftsliberalismus um jeden Preis angegriffen wird. Es besteht die Gefahr, dass das Wohlergehen aller Menschen und der Schutz unserer Umwelt auf dem Altar der marktwirtschaftlichen Profite geopfert wird.

Im Umkehrschluss veranschaulicht dies für uns aber auch, wie subjektiv die Vorstellung von einem *guten Leben für alle* tatsächlich ist. Unterschiedliche soziale Gruppen haben verschiedene Vorstellungen dazu. So sind die VordenkerInnen des wirtschaftlichen Liberalismus beispielsweise davon ausgegan-

Gewerkschaften müssen ihre Mission erneuern, um aktuelle Herausforderungen bewältigen zu können.

gen, das Gemeinwohl einer Gesellschaft nur durch eine möglichst starke Individualisierung sowie durch die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche steigern zu können. Aus Gewerkschaftssicht bedeutet das Postulat *gutes Leben für alle* dementsprechend, dass wir die interessenpolitische Auseinandersetzung mit den VertreterInnen dieser wirtschaftsliberalen Ideologie offensiv führen.

Gleichzeitig wollen wir unsere eigene Struktur und Handlungsweise sowie unsere inhaltliche Ausrichtung auf die Höhe der Zeit bringen. Die anfangs dargelegte ewige Mission der Gewerkschaften muss adaptiert werden, um aktuelle Herausforderungen wie beispielsweise den Klimawandel oder die Digitalisierung der Wirtschaft und Arbeitswelt bewältigen zu können. Wir, das sind alle Menschen, die täglich bezahlte oder auch unbezahlte Arbeit leisten, um ihre Existenz und den Wohlstand unserer Gesellschaft zu sichern.

Dabei gilt es – frei nach Andreas Novy – „Handlungsspielräume von unten“ zu schaffen. In anderen Worten: Es braucht dringend eine stärkere Organisierung von unten, nicht zuletzt in den Betrieben und Dienststellen. Das ist gerade aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft und Arbeitswelt eines der größten Gebote der Stunde. Neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten sind im Entstehen (Stichwort „Crowdwork“) und stellen die darin beschäftigten Menschen vor große Herausforderungen. Es geht hier insbesondere um die Organisierung und Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten, wie die medial bekannten Beispiele „Uber“ oder „Foodora“ anschaulich zeigen.

Grundsätzlich ist es notwendig, in Zeiten von „Social Media“ wieder verstärkt die politische Diskussion zu suchen und zwar insbesondere mit jenen, die andere Überzeugungen vertreten. Denn schließlich engen die bei Facebook und Co verwendeten Algorithmen unser Wahrnehmungsfeld massiv ein, sodass wir alle Gefahr laufen, lediglich in einer selbstreferenziellen Blase mit Gleichgesinnten zu „debattieren“. Nur durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Problemen und Bedürfnissen aller Menschen unserer Gesellschaft wird es aber möglich sein, eine erneuerte konkrete Utopie zu entwickeln, deren Zugkraft annähernd stark ist, wie jene im 19. Jahrhundert geborene soziale und politische Bewegung, zu der auch wir Gewerkschaften zählen.

Der Kongress *Gutes Leben für alle* 2017 hat in diesem Zusammenhang viele wichtige Denksätze und Grundsatzfragen aufgeworfen. Gleichzeitig darf diese Debatte nicht nur in den Hörsälen der Hochschulen stattfinden. Vielmehr ist es aus Gewerkschaftssicht notwendig, dass alle gesellschaftlichen Gruppen an den Diskussionen rund um das *gute Leben für alle* teilhaben können.

ÖGB und Gewerkschaften haben hier im Verbund mit den zigtausend Betriebsrätskörperschaften, Personalvertretungen und JugendvertrauensrätInnen eine vermittelnde Rolle inne. Diese Funktion des starken Sprachrohrs für die ArbeitnehmerInnen gilt es aus unserer Sicht erfolgreich weiterzuführen und gleichzeitig die konstruktive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Wissenschaft und Politik noch besser auszubauen.

Soziale Innovationen für ein *gutes Leben für alle*

Michaela Neumayr, WU Wien

Michaela Neumayr ist Assistenzprofessorin am Institut für Nonprofit Management an der WU Wien. Sie forscht zur Finanzierung von Nonprofit Organisationen, insbesondere zu den Determinanten privaten Spendenverhaltens, zu den Effekten von Freiwilligenarbeit und zu den gesellschaftlichen Funktionen von Nonprofit Organisationen.



Soziale Innovationen werden beschrieben als neue Formen der Kommunikation, als neue Techniken und Methoden, um gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen. Auch neuartige Kooperationen von verschiedenen Institutionen oder AkteurInnen, etwa um demenzkranke Menschen zu pflegen oder minderjährige Flüchtlinge zu betreuen, werden dazugezählt.

In vielen Bereichen ist es mittlerweile zu einem Muss-Kriterium geworden, von sozialer Innovation zu sprechen, egal ob es sich um die Erstellung von sozialen Dienstleistungen für Obdachlose, um Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration oder der Frühförderung handelt. Auch das größte EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 hat soziale Innovation zu seinem Kernthema gemacht. An Universitäten werden Zentren für soziale Innovationen gegründet, von Regierungen eigene Abteilungen dafür eingerichtet und im Sozialbereich Awards für soziale Innovation vergeben. Auf soziale Innovationen wird gesetzt, weil damit viele Hoffnungen verbunden sind. Die Hoffnung, bislang ungelöste ökologische oder demografische Herausfor-

derungen zu meistern, mit sozialen Innovationen sozialen Wandel herbeizuführen, den Sozialstaat finanziell zu entlasten oder Probleme schlicht effizienter zu lösen. Aus einer kritischen Distanz betrachtet, drängt sich dabei die Frage auf, warum soziale Innovationen gerade jetzt so wichtig zu sein scheinen.

Warum soziale Innovationen – und warum gerade jetzt?

Tatsächlich stellt der Hype um soziale Innovationen und dessen zunehmende Institutionalisierung ein Phänomen der Krise dar. Ausgehend von der Finanzkrise 2007/08 und deren Folgekrisen waren die sogenannten Big Challenges wie z. B. demografischer Wandel und Ressourcenknappheit die Wegbereiter für den Höhenflug des Konzepts. Die Idee, sozial zu sein, ohne Verteilungs- und Machtfragen zu stellen, die Hoffnung, sozial zu sein, ohne die Kürzungen des Sozialstaats stoppen zu müssen, das Vorhaben, sozial zu sein, ohne Austerität in Frage zu stellen – all das macht das Konzept attraktiv, zu einem Wohlfühlkonzept. Es schaffte den Einzug in den politischen Mainstream, und insbeson-

Die Idee, sozial zu sein, ohne Verteilungs- und Machtfragen zu stellen, macht das Konzept der sozialen Innovation attraktiv.



Welche gesellschaftlichen Ziele werden mit sozialen Innovationen verfolgt?

dere die Europäische Kommission sprang mit intensiven Bemühungen auf, um soziale Innovationen zu forcieren. Mit zahlreichen von oben verordneten Strategien werden Initiativen der Bevölkerung oder selbsternannter Entrepreneur:innen gefördert.

Aus der Not – dem Mangel an öffentlichen finanziellen Mitteln – wurde so eine Tugend gemacht. Die (Mit-)Finanzierung öffentlicher Versorgungsaufgaben durch Private (z. B. Social Impact Bonds) wird als soziale Innovation bezeichnet, ebenso das Mitproduzieren von Konsument:innen an Produkten. „*In the current economic climate, it is essential to do more with less and to do it better*“, wird seitens der EU als eine Begründung für soziale Innovationen angeführt (BEPA 2014:93). Die Zauberformel lautet also: es soll mehr mit weniger gemacht werden. Damit ist auch klar gesagt, dass nach billigeren Lösungen gesucht wird. Das kann grundsätzlich gut sein, aber: gut für alle?

Die Frage nach dem guten Leben

Problematisch am gegenwärtigen Diskurs um soziale Innovationen ist, dass das Kon-

zept sehr normativ verhandelt wird: Das Alte ist schlecht, das Neue ist gut. Das eine ist von gestern, das andere weist ins morgen. Was sich dabei genau hinter dem Etikett der sozialen Innovation verbirgt, bleibt auch trotz der vielfach vorhandenen Definitionen schwammig und schwer zu fassen. Diese Unschärfe des Konzepts erlaubt, es mit allem zu befüllen und für sich zu vereinnahmen. Was nicht neu oder innovativ ist oder nicht als neu oder innovativ präsentiert werden kann, hat keinen Wert – und sei es auch noch so gut oder noch so funktional. Die Frage nach der sozialen Innovation per se hat die alten Fragen nach der Wirklichkeit und die Fragen nach dem guten Leben abgelöst.

Diese Fragen müssen aber gestellt werden: welche (gesellschaftlichen) Ziele werden mit einzelnen sozialen Innovationen verfolgt? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die jeweils Beteiligten? Dass Goldman Sachs private Investor:innen für die Finanzierung vorschulischer Bildung an öffentlichen Schulen in Chicago suchen, die eine Rendite erhalten, sofern die schulische Entwicklung der Kinder gemäß vorab definierter Benchmarks verläuft, ist definitiv innovativ.



Die Frage, für wen der Beteiligten das gut (und lohnend) ist und wer dadurch ein gutes Leben führen kann, steht auf einem anderen Blatt. Es geht um Zielfragen und Zielkonflikte. Im Mittelpunkt bei der Bewertung und Implementierung sozialer Innovationen muss die Auseinandersetzung mit Widersprüchen stehen, das Thematisieren von Interessendifferenzen und Konflikten. Diese offenzulegen und mit allen Betroffenen auszutragen – und nicht mit dem Buzzword soziale Innovation zu verschleiern – ist entscheidend.

Das Kriterium für die Bewertung sozialer Innovationen, egal in welchem Bereich sie

hervorgebracht oder als solche etikettiert werden, darf sich nicht an der Frage nach dem Neuigkeitsgehalt aufhalten. Ausschlaggebend ist, ob dadurch den Betroffenen ermöglicht wird, ein gutes Leben zu führen. Das erfordert die Mitsprache aller Beteiligten und einen klaren, abgesicherten Rahmen, in dem die Interessen artikuliert und demokratisch ausbalanciert werden können. Probleme neu zu durchdenken, Lösungen mittels neuer oder alter sozialer Praktiken zu finden – und dabei die Frage zu stellen, welche gesellschaftlichen Ziele wünschenswert sind und welche Lösungen für wen ein gutes Leben ermöglichen, sind die Essenz.

Hinweis: Dieser Text basiert auf dem Editorial des Herausgeberbandes: Meichenitsch, Katharina; Neumayr, Michaela; Schenk, Martin (2016): NEU! BESSER! BILLIGER! Soziale Innovation als leeres Versprechen? Mandelbaum. Wien.

LITERATUR

BEPA – Bureau of European Policy Advisors (2014): Social Innovation, A Decade of Change, herausgegeben von der Europäischen Kommission, Luxemburg.

Gutes Leben für alle braucht die Überwindung der „imperialen Lebensweise“

Interview von Sylvia Einöder, Redakteurin von „Die Furche“, mit Ulrich Brand, Universität Wien, erschienen in der Ausgabe am 6. April 2017



Ulrich Brand lehrt und forscht am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien u. a. zu neoliberaler Globalisierung, internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik, sozialökologischer Transformation und Lateinamerika. Er war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags (2011–2013). Jüngere Veröffentlichungen: „Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt kritische Wissenschaft“ (Hamburg 2016, Hrsg. mit Helen Schwenken und Joscha Wullweber).

Der Alltag in wohlhabenden Ländern greift auf billige Ressourcen und Arbeitskräfte in anderen Weltregionen zurück.

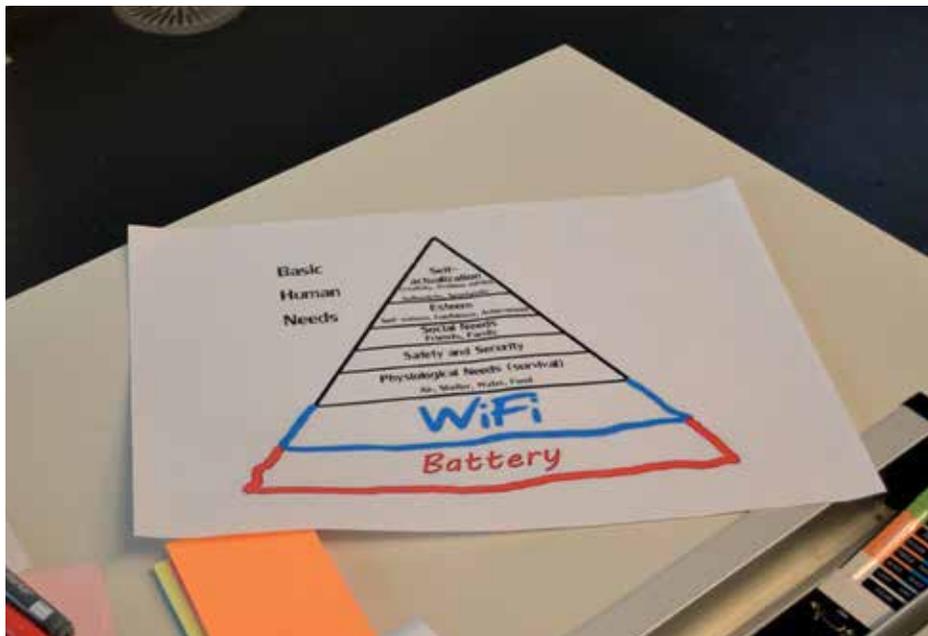
DF: Was genau verstehen Sie unter einer „imperialen Lebensweise“?

U. Brand: Diesen neuen Begriff haben wir vor dem Hintergrund der enormen Spannungen eingeführt, dass es einerseits ein hohes Umweltbewusstsein gibt – man weiß über Klimawandel, Ressourcenknappheit, Naturausbeutung Bescheid – und andererseits tut sich sehr wenig. Auf der Suche nach Gründen nehmen wir als einen Faktor die imperiale Lebensweise an. Der Begriff besagt im Kern, dass wir in unserem Alltag in den wohlhabenden Ländern schon seit dem Kolonialismus systematisch und unbewusst auf billige Ressourcen und billige Arbeitskräfte in anderen Weltregionen zurückgreifen, um hier so leben zu können. Es sagt ja niemand, „Ich lebe eine imperiale Lebensweise“, man will halt ein gutes Leben führen, mobil sein, etc. Den aufstrebenden Mittelschichten in den neuen Märkten wie China geht es auch darum – und das meine ich nicht abwertend, die imperiale Lebensweise zu reproduzieren.

DF: Inwiefern ist auch die Politik der EU imperial?

U. Brand: Vor einigen Jahren wurde der Begriff der „Ressourcendiplomatie“ eingeführt. Tatsächlich ist die EU-Ressourcenpolitik eine imperiale Politik, denn der EU geht es um die Sicherung des Zugangs zu fremden Ressourcen für die europäische Industrie. Die sollen auch noch günstig sein, Nachhaltigkeit steht nicht im Vordergrund, obwohl alle darüber reden. Die Ressourcenpolitik müsste stärker reglementiert werden. Und die EU tut noch immer so, als ob es um ein Wirtschaftswachstum per se ginge – dann schreibt man „grün“ dazu. Das ist ein Motor der imperialen Lebensweise. Trumps „America first“ heißt genauso, dass zuerst für den US-Wohlstand, der nicht in Frage gestellt werden darf, die Ressourcen gesichert werden sollen.

So zerstörerisch die imperiale Lebensweise für viele Menschen und die Natur ist, so sehr stabilisiert sie die Verhältnisse dort, wo man von ihr profitiert. Das ist der Widerspruch.



Diese Stabilisierung zeigt sich etwa am Zugang zu Smartphones, die immer billiger und besser werden, weil sie in China von Billigkräften hergestellt werden. Gerade in Krisenzeiten, wenn die Verteilungsspielräume abnehmen, gibt es eine Ahnung in der Gesellschaft, dass ich in Niederösterreich noch immer besser lebe als 100 Kilometer weiter im Osten. Die Leute wissen, dass sie etwas zu verlieren haben. Und obwohl die imperiale Lebensweise hier stabilisierend wirkt, verschärft sie woanders die Krise.

DF: Durch Umweltkatastrophen, Dürren etc. werden Umweltfragen letztlich sogar zu nationalen Sicherheitsfragen. Was sagen die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen über die imperiale Lebensweise aus?

U. Brand: Die Fluchtursache hat oft mit der neokolonialen Weltordnung zu tun, die dazu führt, dass der Westen despotische Regime im Nahen Osten wie Syriens Diktator Assad oder auch Gaddaffi lange stützte. Auch die Ölstaaten sind nicht umsonst autoritär.

Nicht nur, dass die Kontrolle des Erdöls in den Ländern enormen Reichtum für die Elite schafft, auch dem Westen ist es lieber, dass autoritäre Regime den Ölfluss sichern. Dazu kommt: Die syrischen Flüchtlinge wollen natürlich nach Westeuropa, wo sie erstmals eine gewisse Rechtssicherheit haben, die auch mit dem Wohlstandsniveau zusammenhängt.

DF: Sie schreiben, „die imperiale Lebensweise ist derzeit im Begriff, sich zu Tode zu siegen.“ Welche Bedrohung bzw. Chancen bedeutet das?

U. Brand: Die große Frage ist, wie man die imperiale Politik eindämmen kann. Ein erster Schritt wäre, TTIP zu verhindern. TTIP bedeutet mehr Welthandel, mehr Umweltzerstörung und mehr Kapital- und Machtkonzentration. Die Weltordnung ist ja nicht deshalb so, weil die Leute ihr Schnitzel billiger wollen, sondern da die Interessen multinationaler Konzerne wie Monsanto dahinter. Dennoch: Solange viele Menschen

Fluchtursachen haben oft mit der neokolonialen Weltordnung zu tun.



Wie verständigen wir uns über eine andere Lebensweise im Alltag?

nicht drauf schauen wollen, dass sie mehr bezahlen, oder nicht drauf schauen können, ist eine solidarische Lebensweise außer Reichweite. Es bräuchte attraktive Leitbilder und lebbare Verhältnisse. Was hieße es etwa für die Stadt Wien, zu sagen, „Wir wollen 2030 autofrei sein“?

DF: Das SUV-Fahren führen Sie als Ausdruck der imperialen Lebensweise an, ökologisch und auch die Klassen- und Geschlechterverhältnisse betreffend. Was symbolisiert der SUV?

U. Brand: Es ist ein Ausdruck von Klassenpositionen, Wohlstand und vermeintlicher Sicherheit – zumindest für die Insassen. Für die Radfahrer ist der SUV eine Gefahr, weil die Straßen nicht für so große Autos gebaut sind. Warum braucht man in der Stadt auch einen SUV? Es geht beim SUV auch um den Ausdruck einer sehr männlichen Position.

DF: Wie kommt man aus einem so machtvollen System wie dem globalen Kapitalismus je raus? Wie müsste ein alternatives Modell aussehen, das nicht zahnlos ist gegen den Turbo-Kapitalismus?

U. Brand: Kapitalismus und die Dominanz des Profitprinzips sind immer umkämpft. Bei Konflikten wie etwa rund um das geplante Mur-Kraftwerk in Graz oder um die dritte Startbahn am Flughafen Schwechat geht es um grundsätzliche gesellschaftliche Fragen: Wie verständigen wir uns über eine Lebensweise – ökonomisch, politisch, im Alltag? Alternative Nischen brauchen politische Unterstützung. Ein autofreies Wien braucht eine abgestimmte Infrastruktur-Politik. Und wir brauchen dringend einen solidarischen und ökologischen Konsum, und vor allem weniger Konsum. Es muss einem bewusst werden im Alltag, mit welchen Kaufentscheidungen man Billigjobs und Ressourcenraub fördert.

DF: Wenn man bei Saturn die Palette an Elektrogeräten vor sich hat, sind die Produktionsbedingungen im Toaster ja nicht mehr sichtbar.

U. Brand: Genau. Die Menschen machen die Erfahrung: Hoppla, das Gerät wird jedes Jahr günstiger und nicht teurer. Und in der Werbung wird damit Freiheit suggeriert: Im Arbeitsalltag im Büro musst du gehorchen,



du wirst unterworfen, und dann hast du am Samstag angeblich die große Wahlfreiheit im Elektromarkt.

DF: Ist es nicht ein Privileg der Eliten, sich für das viel teurere, ökologische Modell zu entscheiden?

U. Brand: Ja, aber nicht nur von ihnen. Zudem könnte man versuchen, statt das teure Modell zu kaufen, das alte zu reparieren. Warum gibt es kein Bewusstsein dafür, gerade unter den Ärmern? Auch für die Mittelklasse sollte es hip sein, einen Kurzurlaub in Österreich zu machen, und nicht zu fliegen. An den Bildern von Prestige muss gearbeitet werden. Und Herr Kern muss in die Schranken gewiesen werden, wenn er meint, die Flugticketabgabe müsse halbiert werden. Fliegen muss teurer werden. Die Armen fliegen sowieso nicht.

DF: Sie arbeiten an der Frage: Welche Wohlstandsmodelle sind ressourcenleicht?

U. Brand: Da kommt man schnell an Machtfragen, muss Supermärkte wie Billa oder Konzerne wie Raiffeisen in Frage

stellen und andere Formen der gesellschaftlichen Produktion schaffen. Ich gehe nicht in die Ökofalle, die sagt, der Konsument soll's richten, sondern die Lebensweise und die Produktionsweise müssen sich ändern.

DF: Auf welches Szenario sehen Sie die Welt zusteuern, wenn es im imperialen Stil weitergeht?

U. Brand: Es wird zu einem dramatischen Anstieg von Ressourcenkonflikten und Klimaveränderungen kommen. Das könnte zu einer Spaltung der Welt führen. In den reichen Ländern gibt es genug Ressourcen, sich die negativen Effekte vom Leib zu halten, durch Staudämme in Holland oder Schneekanonen in den Alpen. Betroffen sind vor allem die Ärmsten im globalen Süden. Positiv ist aber, dass es Auseinandersetzungen bis in die staatlichen Institutionen und Unternehmen gibt, dass wir aus bestimmten Logiken aussteigen müssen. Etwa der Logik „Profit um jeden Preis“ oder „Ressourcen um jeden Preis“.

Für ressourcenleichte Wohlstandsmodelle müssen wir unsere Lebens- und Produktionsweise ändern.

Teil 2



2

Nahversorgung für alle – Herausforderungen und Beispiele gelingender Transformation

Nahversorgung für alle in der Donaustadt

Andreas Novy, WU Wien & Beatrice Stude, RASENNA / Munus Stiftung – Boden für gutes Leben (in Gründung)



Andreas Novy leitet das Institute for Multi-Level Governance and Development am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt. Arbeitsschwerpunkte sind sozialökologische Transformation, Stadtentwicklung, soziale Innovationen, Entwicklungsforschung und Transdisziplinarität.



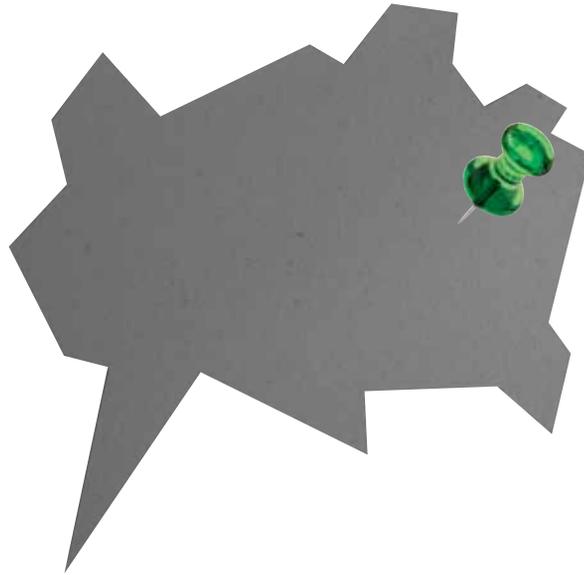
Beatrice Stude ist leidenschaftliche Stadtplanerin und Radfahrerin, sie engagiert sich in der Bürgergruppe Lebenswerter Nordbahnhof, war jahrelang bei einem gewerblichen Bauträger in der Projektentwicklung tätig und ist heute mit stape og - planning consultancy selbstständig. Daher ist sie im Perspektivenwechsel geübt und weiß um die Bedeutung der Eigentümerschaft für die Mitgestaltung. Seit Jahren engagiert sie sich bei „RASENNA – Boden mit Zukunft“ für achtsamen Umgang mit Grund und Boden und die Schaffung von Rahmenbedingungen für gemeinschaftliches Eigentum – Allmende bzw. Commons. Die gemeinnützige Stiftung dafür ist derzeit in Gründung, gemeinsam mit GeLa Ochsenherz. „Munus Stiftung - Boden für gutes Leben“ soll sie heißen und Land für kooperatives Wirtschaften, solidarische Lebensweise und Vielfalt absichern.

Daseinsvorsorge und Nahversorgung sind Grundlage und Voraussetzung eines *guten Lebens für alle*. Als von unten vernetzte, daseins- und nahversorgende Wirtschaft bildet sie das Rückgrat jedes lebenswerten Ortes, denn zu Nahversorgung zählt nicht nur der Lebensmitteleinzelhandel, sondern insbesondere eine ausreichende soziale Infrastruktur und dezentrale Kulturangebote, mit und für die Menschen vor Ort, der Pflegebereich,

die Kinderbetreuung, Gastronomie, Banken, Schulen, medizinische Versorgung, Erholung und Freizeitangebote. Nahversorgung erleichtert und ist das Leben im Stadtteil, da das Allermeiste, was regelmäßig gebraucht wird, verfügbar ist. Wirtschaften in der Nachbarschaft entschleunigt, reduziert den Zwang zur zeit- und ressourcenintensiven Mobilität und eröffnet die Chance, nur bei Bedarf (Auto-)mobil zu sein.

Nahversorgung macht mobil

Ein zentraler Ort in jedem der Wiener Bezirke, selbst in den kleinen, ist oftmals zu wenig, die Distanzen zu groß, für nahversorgendes Wirtschaften. Insbesondere in den großen Flächenbezirken braucht es mehr als ein Zentrum. Die historisch gewachsenen Vorortstrukturen Wiens – von Stadlau bis Süßenbrunn – waren Kerne einer dezentralen Nahversorgung, die der Automobilität zum Opfer zu fallen droht. In der Donaustadt zentralisiert das private „Einkaufszentrum Kagran“ die allermeisten Nahversorgungsfunktionen und behindert eigenständige Strukturen in den vielfältigen Nachbarschaften des Bezirks. Weiter verstärkt wird dies durch die Ausweitung des Onlinehandels auf Produkte des (all-)täglichen Bedarfs und das steigende Angebot an Lieferdiensten für diesen. Ausgehen heißt heute, das eigene



Grätzel verlassen; Einkaufen heißt, ins Auto zu springen. Alltag findet in den eigenen vier Wänden statt, Leben woanders. Das Auto ist vielerorts zur Bedingung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geworden. Wer es nicht besitzt oder nicht mehr benutzen kann, ist ausgeschlossen. Nahversorgung hingegen erzeugt kurze Wege und damit Inklusion für alle Menschen.

Nahversorgung bedeutet Gemeinschaft

Weil Nahversorgung attraktive Arbeitsplätze schafft, oft im unmittelbaren Lebensumfeld, wirkt sie emanzipatorisch. Wiewohl uralte, feminisiert nahversorgendes Wirtschaften den Arbeitsbegriff, indem miteinander Wirtschaften, Sorgearbeit und füreinander Sorgen zur Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens wird. Dazu braucht es die passende räumliche und soziale Infrastruktur: attraktiv gestaltete, vor allem auch konsumfreie öffentliche Räume sowie die öffentliche Förderung von Miteinanderökonomie, dezentraler Kulturarbeit, Parkbetreuung und Gemeinwesenarbeit. Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort braucht politische Unterstützung; sie muss gefördert und gelebt werden. So lernen sich die Menschen vor Ort im Einsatz für ihre Sache besser kennen. Austausch fördert Gemeinschaft und baut soziale Kontrolle auf.

Sicherheit, weil man sich kennt und aufeinander schaut. Die alltägliche Integration in und Inklusion durch die Grätzelgemeinschaft ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges, da selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter. Altern in der Gemeinschaft, nur soweit als nötig von institutionellen Betreuungsangeboten unterstützt, entlastet den Staatshaushalt und die Familie. Persönliche Kommunikation schützt vor Isolation. Reden rückt wieder in den Fokus statt Kommunikation über Bildschirme. Treffpunkte und Begegnungsorte machen Informationen barrierefrei für alle zugänglich. Hilfestellung und Tausch(leistungen) untereinander fehlt meistens das Preisschild.

Nahversorgung ist ressourcenschonend

Nahversorgungsangebote relativieren die Grenzen zwischen bezahlter Arbeit und gewollter Tätigkeit bzw. frei gewählter Aufgabe. Die Menschen haben zu ihrem Lebensumfeld einen direkten Bezug. Eine stetige Wechselwirkung, die beidseitig positiv beeinflussen kann. Die Menschen und von ihnen geschaffene Nahversorgungsangebote regen einander an, sich mit den Dingen zu beschäftigen, etwas zu reparieren, etwas anzubauen, zu pflegen, zu erzeugen – wie beispielsweise in neuen Formen von Urban Farming und Gemeinschaftsgärten, von Flüchtlingshilfe

Daseinsvorsorge und Nahversorgung sind Grundlage und Voraussetzung eines guten Lebens für alle.

Es geht darum, Nahversorgung und Daseinsvorsorge vor Ort zu unterstützen und zu stärken.

und Reparaturnetzwerken, FabLabs und Urban Mining. Selbst anpacken, (wieder) selbst gestalten und gemeinsam mit anderen durch eigenes Handeln etwas verändern – das ist Selbsterfahrung und -entfaltung in Verbindung mit der Zugehörigkeit, der Wertschätzung anderer und dem selbst Erschaffenen, anstelle von zum Selbstzweck verkommenen Konsums. Damit einher geht gesteigerte Autonomie und Autarkie sowie Verankerung vor Ort. Nahversorgung fördert identitätsstiftendes Gemeinschaftsgefühl.

Nahversorgung stärken

Der Fragestellung, wie Nahversorgung und Daseinsvorsorge vor Ort unterstützt und gestärkt werden kann, hat sich der Workshop Nahversorgung für alle in der Donaustadt gestellt. Die Donaustadt, ein Flächenbezirk der Stadt Wien, der sehr schnell wächst, wurde bewusst in den Fokus gerückt, um gemeinsam mit Verwaltung, Politik, Planung, NGOs, Forschung sowie Initiativen

vor Ort an konkreten Beispielen die Problemfelder und Potenziale von Nahversorgung zu erörtern. Die Suche nach gemeinsamen Strategien für die Donaustadt als auch deren Übertragbarkeit auf ähnliche Stadtteile stand im Vordergrund. Einerseits ging es um zivilgesellschaftliche Strategien zur Unterstützung von Bottom-up-Pilotprojekten der Aneignung von und Teilhabe am Leben in der Stadt. Andererseits um Strategien der Kommunalpolitik und Stadtplanung, mithilfe derer dysfunktionale (Infra-)Strukturen – insbesondere in der Mobilität, als Folge des Fiskalpakts und Liberalisierungsrichtlinien – zurückgebaut und geeignete räumliche, soziale und kulturelle Infrastrukturen und Institutionen geschaffen werden können. Um im Zusammenspiel beider dauerhaft Routinen, Produktions- und Lebensweisen hin zu einer sozialökologischen Transformation zu verändern und damit den Zusammenhalt in der Gesellschaft stützen und stärken zu können.

Die „Foundational Economy“ als work in progress

Leonhard Plank, TU Wien

Das Projekt der *Foundational Economy* (foundationaleconomy.com) fokussiert ähnlich wie die Überlegungen zum *guten Leben für alle* auf die Bereiche der Daseinsvorsorge sowie einer lokal verankerten und nahversorgenden Wirtschaft. Im Kern geht es darum, die Aufmerksamkeit und Anstrengungen auf die Bereiche der Wirtschaft zu lenken, die unerlässliche Güter und Dienstleistungen des täglichen Lebens bereitstellen, die von allen BürgerInnen – unabhängig von ihrem Status – benötigt werden. Dazu zählen exemplarisch neben den zentralen technischen Netzwerk-Infrastrukturen (z. B. Energie, Wasser, Abfall, Transport) auch die soziale Infrastruktur (z. B. Bildung, Gesundheit) sowie nahversorgende Branchen (z. B. Banken, Nahrungsmittelversorgung).

Die Bereitstellung dieser essenziellen Güter und Dienstleistungen erfolgt durch einen Mix aus unterschiedlichen AkteurInnen: Die öffentliche Hand bleibt trotz grundsätzlichem Liberalisierungsparadigma zentral für viele Bereiche, entweder als direkter Erbringerin oder als Auftraggeberin bei ausgelagerten Aktivitäten. Neben einer Reihe von KMUs spielen auch internationale Konzerne (z. B. Energie, Banken, Supermärkte) eine nicht unerhebliche Rolle sowie – in der Diktion des großen Sozioökonomien Egon Matzner – der „Autonome Sektor“ (z. B. Wohnungsgenossenschaften).

Je nach nationalem Kontext machen diese lokal bzw. regional orientierten Aktivitäten zwischen 30 und 40% der gesamten Beschäftigung im europäischen Schnitt aus. Dieses beachtliche Ausmaß wird in den meisten wirtschaftspolitischen Debatten nicht sichtbar. Sie konzentrieren sich vielmehr auf die üblichen Formeln von „mehr Wachstum und

Leonhard Plank ist Betriebswirt und arbeitet am Department für Raumplanung der TU Wien u. a. zu Infrastrukturökonomie und -politik. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen globale Produktionsnetzwerke, kritische Infrastrukturforschung und Finanzialisierung.



Beschäftigung“ in High-Tech-Sektoren oder Zukunftsbranchen, die Stärkung „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ oder das Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen. Angesichts dieses unbefriedigenden Zustands hat eine Gruppe vorwiegend europäischer WissenschaftlerInnen mit Anspruch auf politische Veränderung in den letzten Jahren die *Foundational Economy* in den Blick genommen. Dabei geht es der als Kollektiv arbeitenden Gruppe nicht darum, das Rad neu zu erfinden, sondern vielmehr bestehende heterodoxe Traditionen zu kombinieren „to lever social innovation that changes what is politically possible“.

Mit Bezug auf den französischen Historiker Fernand Braudel geht es bei dem Projekt darum, mit der Vorstellung von der „einen“ Wirtschaft zu brechen, die nach dem Marktparadigma funktioniert. Stattdessen soll auf die Vielfalt der Ökonomie und ihrer unterschiedlichen Handlungslogiken hingewiesen werden. Braudel beschrieb in *Civilization and Capitalism, 15th-18th Century* neben der Marktökonomie noch zwei weitere Sphären der Wirtschaft – ein *Infra-Economy* sowie eine *Supra-Economy*. Letztere war einer Handvoll Insidern vorbehalten, die den internationalen Handel organisierten. Im Gegensatz dazu lebte der Großteil der

Es geht darum, die dominanten Vorstellungen von Wohlfahrt zu hinterfragen.

Menschheit in der *Infra-Economy*, die nach anderen Grundsätzen operierte. Hier wurde vor allem für die Eigen- bzw. Nahversorgung produziert und konsumiert. An dieser *Infra-Economy* schließt das Projekt der „Foundational Economy“ – unter veränderten historischen Bedingungen – an.

Die Neuausrichtung wirtschaftspolitischer Bemühungen auf diese Bereiche muss einhergehen mit einem anderen Politikverständnis, das das Monopol technokratischer ExpertInnen im Bereich wirtschaftspolitischer Interventionen in Frage stellt. Intellektueller Referenzpunkt ist hierbei Roberto Mangabeira Unger mit seiner Idee von „maximalistischer“ sozialer Innovation. Im Gegensatz zum nicht zuletzt durch die EU-Kommission weichgespülten Gebrauch des Konzepts sozialer Innovation geht es Unger darum, den Begriff zu repolitisieren. Emanzipatorischer Wandel kann demgemäß gelingen, wenn Bottom-up-Projekte bzw. lokale Experimente pragmatisch Stück für Stück umgesetzt werden und dabei ihre grundsätzliche radikale Zielsetzung erhalten bleibt.

Ein weiterer Bruch mit dem wirtschaftspolitischen Mainstream besteht darin, die nach wie vor dominanten Vorstellungen von Wohlfahrt zu hinterfragen. In Anlehnung an Amartya Sen und Martha Nussbaum geht es darum, individuelle Wohlfahrt als Erweiterung von Verwirklichungschancen zu fassen. Ebenso wird der Stehsatz, wonach nur pri-

vate Unternehmen Werte schaffen, kritisch hinterfragt. Mit Bezug auf die Tradition des französischen Solidarismus wird betont, dass produzierte Werte in arbeitsteiligen Gesellschaften immer auch einen erheblichen gesellschaftlichen Anteil aufweisen, der nicht dem Eigentümer, sondern der Gesellschaft zusteht.

Zugespitzt geht es darum, von „eine Wirtschaft, geteilte Gesellschaft“ zu „geteilte Wirtschaft, eine Gesellschaft“ zu kommen. Denn gängige Vorstellungen gehen von „der“ Wirtschaft mit der immer selben (Markt-)Logik in der Einzahl aus – unabhängig von den aktivitätsspezifischen Charakteristika oder der Zentralität der Bereitstellung. Die Gesellschaft wird hingegen als geteilt konzipiert – ein Mischung aus unterschiedlichen Gruppenansprüchen, wo einige legitimer („verdienter“) sind als andere.

Der Vorschlag des Projekts *Foundational Economy* ist, diese Rahmung umzudrehen. Denn um die grundlegenden Ansprüche der BürgerInnen im Rahmen des *Foundational Economy* – oder anders gesagt das *gute Leben für alle* – zu realisieren, müssen wir die Vielschichtigkeit der Wirtschaft und die herausragende Bedeutung der grundlegenden Bereiche anerkennen. Dann kann die *Foundational Economy* zur Basis eines erneuerten Gesellschaftsvertrags im Zeitalter von Brexit, Trump & Co werden.

Zentren – Versorgungsknoten in einer Stadt der kurzen Wege

Pia Hlava, Projektleiterin Fachkonzept Zentren in der MA 18

Unter dem Begriff Nahversorgung werden dem klassischen Verständnis nach jene Strukturen zusammengefasst, die eine Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen Bedarfs in unmittelbarer Umgebung ermöglichen. Die Diskussion im Rahmen der Konferenz *Gutes Leben für alle* zeigte jedoch deutlich, dass diesem Begriff neben Lebensmitteleinzelhandel noch viele weitere Nutzungsangebote zugeordnet werden: Soziale Infrastruktur – Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen – wurden dabei ebenso genannt wie ausreichende Versorgung mit Grün- und Freiräumen oder attraktive Freizeit- und Kulturangebote. Der Nutzungsmischung und einem attraktiven städtischen Raum wurden Schlüsselrollen für eine funktionierende Versorgung zugesprochen.

Nun begegnen wir im Bereich der Stadtplanung dem Ziel der Nutzungsmischung sehr häufig. Entscheidend ist jedoch aus planerischer Sicht die Frage, von welcher räumlichen Maßstabebene dabei die Rede ist. In welcher Dimension soll Nutzungsvielfalt zu welchem Zweck und in welcher Weise zum Ausdruck kommen? Wann und wo haben gemischte Strukturen Aussicht auf realistisches und langfristiges Bestehen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen wir uns im Rahmen der Erarbeitung des Fachkonzepts Zentren der Wiener Stadtentwicklungsplanung.

Denn: Wien bekennt sich zu einer polyzentralen Stadtstruktur: Im Sinne der Stadt der kurzen Wege stellen Zentren ein entscheidendes strukturelles Element zur Gewährleistung einer attraktiven und effizienten Versorgungssituation dar. Während Nahversorgung per Definition gewissermaßen

Pia Hlava hat Raumordnung und Raumforschung an der Universität Wien studiert. Seit 2009 ist sie für die Stadt Wien tätig, seit 2010 Mitarbeiterin der MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung u. a. Projekte zum Thema Erdgeschoss und Smart City Wien. Derzeit beschäftigt sie sich u. a. um die Erstellung eines Fachkonzepts zum Thema Zentren in Wien.



allerorts sichergestellt sein sollte, nehmen städtische Zentren in ihrer Bedeutung und Anziehungskraft eine herausragende Rolle ein: Sie sind urbane Orte, an denen unterschiedliche Angebote, Leistungen und Funktionen räumlich vergleichsweise konzentriert geboten und in hoher Frequenz und in entsprechender Reichweite nachgefragt werden. Die Qualität eines Zentrums liegt aber nicht bloß in Angebotsdichte, Nutzungsmix und Frequenz begründet. Zweifelsohne stellt die Erreichbarkeit des Zentrums eine wichtige Voraussetzung dar. Kurze Wege *ins* Zentrum und attraktive Wege *im* Zentrum – darum geht es.

Apropos *kurze Wege*: Erlauben kurze Wege auch Nahversorgung, welche nicht in unmittelbarer Umgebung ist? Und was bedeutet überhaupt „nahe“ im digitalen Zeitalter, in dem viele Nutzungen und Aktivitäten gleichsam „enträumlicht“ funktionieren? Das Internet revolutioniert zunehmend die Anforderungen und Bedürfnisse der Menschen im Sinne unbegrenzter Angebote an Waren und Dienstleistungen aus aller Welt und jederzeit: Während der Vielfalt im realen Raum gewissermaßen zeitliche und räumliche Grenzen gesetzt sind, erleben wir ein scheinbar grenzenloses digitales Angebot. Wir „scrollen“ durch Online Shops und erhalten zugespitzte personalisierte Angebo-

te. Wir erledigen Behörden- und Bankwege bequem von überall aus und treffen unsere Freunde in Chat Rooms oder auf digitalen Plattformen. Haben uns diese Möglichkeiten neue Formen der *Nähe* geschaffen, die auch unser Verständnis von Nahversorgung verändern? Oder entstehen damit neue und schwieriger zu überwindende Distanzen, die sich in einer Schwächung von sozialen Gefügen und realen Orten manifestieren? Und ist gerade deshalb die Erhaltung und Schaffung von attraktiven Zentren in Form von lebendigen Orten des Begegnens und des Miteinanders notwendiger denn je, um eine prosperierende Stadtstruktur des gesellschaftlichen Miteinanders und der hohen Lebensqualität zu gewährleisten?

In der Diskussion im Rahmen der Konferenz wurden „Stadtteil- oder Grätzeltentren“ aufgrund ihrer gesellschaftlich-integrativen Funktion sowie durch ihre Bedeutung für die Versorgung auf lokaler Maßstabebene als besonders wichtig eingeschätzt. Ihre Gestaltung und Angebotsvielfalt hat erheblichen Einfluss auf die Erreichung einer zufriedenstellenden Versorgungssituation – aber auch auf ihr langfristiges Bestehen. Denn in vielen Studien wird neben dem Einzelhandel vor allem ein attraktiver Mix an Gastronomie, an Kultur- und Freizeitangeboten, insbesondere auch an nicht-kommerziellen Nutzungsmöglichkeiten großes Potenzial für eine günstige Entwicklung von Zentren eingeräumt. Demgemäß ist auf die Ausgestaltung der öffentlichen Plätze und Straßen, deren Aufenthaltsqualität besonders Bedacht zu nehmen. Zentren sind gesellschaftliche Treff- und Bezugspunkte und stiften Identität. Zentren sind aber auch ein Spiegel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen.

Wir machen uns die Welt so, wie sie uns gefällt – oder ...?

Wien baut historisch auf einer hierarchischen Zentrenstruktur auf, die sich durch

den unterschiedlichen Bedeutungsgrad im Sinne der Angebotsdichte, der Versorgungsreichweiten bzw. der Einzugsbereiche erklärt (City, Haupt- und Nebengeschäftsstraßen, Bezirkszentren, Stadtteilzentren ...). Dieses polyzentrale Konzept wurde in den letzten Jahren jedoch durch unterschiedliche Entwicklungen überformt: Während einige (höherrangige) Zentren in ihrer Bedeutung zulegten, mussten besonders in lokalen Zentren (der unteren Hierarchiestufen) teils starke Beeinträchtigungen der Angebotsvielfalt und Attraktivität beobachtet werden. In ehemals prosperierenden und lebendigen Zentren, besonders Stadtteilzentren, beobachten wir heute Leerstand und eine schrumpfende Angebotsvielfalt. Einhergehend mit der Motorisierung der letzten Jahrzehnte und deren Auswirkungen auf unser Verhalten stellen großflächige und auf den Autoverkehr ausgerichtete Einkaufsagglomerationen an Standorten fernab von wohnortnahen Strukturen eine große Belastungsprobe für die Nahversorgungsstrukturen, für lokale Zentren (vor allem in den Bezirken nördlich der Donau), aber auch für Betriebsstandorte des produzierenden Gewerbes und deren Flächenverfügbarkeit dar. Dieser Strukturwandel im Einzelhandel, einhergehend mit Globalisierung und Filialisierung des Angebots und eklatanten Verkaufsflächenanstiegen, ist heute um eine weitere Komponente zusätzlich befeuert – dem Onlinehandel. Diesbezügliche Entwicklungen und das Ausmaß auf bestehende Strukturen sind jedoch noch sehr ungewiss.

Aber nehmen wir uns alle selbst bei der Nase: Wie oft kaufen wir in einem dieser kleinen Läden ums Eck ein? Fragen wir das kleinteilige Angebot tatsächlich in einem Ausmaß nach, sodass es existenziell bestehen kann? Wie häufig begeben wir uns zum Großeinkauf mit dem Auto in ein Shopping Center? Wie viele unserer Erledigungen werden mittlerweile im Internet durchgeführt, wie viele Waren bestellen wir online? Wenn wir

Erhaltung und Schaffung attraktiver Zentren in Form von lebendigen Orten der Begegnung sind notwendiger denn je.

das Bestehen jener kleinteiligen Strukturen und Angebote, wie sie in der Diskussion zur Nahversorgung genannt wurden, herbeibezugsweise zurücksehen, müssen wir diese auch tatsächlich nutzen – das heißt tatsächlich nachfragen. Zweifelsohne steht diese Nachfrage auch mit dem Thema der Leistbarkeit in Verbindung. Übermäßige Mietpreiserwartungen an attraktiven urbanen Orten oder auch rechtliche Bedingungen stellen potenzielle Betreiber und NutzerInnen von Geschäftslokalen im Erdgeschoß oft vor schwierige Hürden. Entsprechende ökonomische Abwägungen werden dementsprechend schlussendlich auch auf Seite der NachfragerInnen getroffen, oftmals weniger zugunsten der Kleinteiligkeit.

Zudem wird neben der Leistbarkeit häufig Zeit als Faktor genannt, welcher das Konsum- und NutzerInnenverhalten beeinflussen und den Strukturwandel zusätzlich verstärken. Haben wir – überspitzt formuliert – vielleicht nicht mehr die Zeit und Mittel, um kleinteilige lokale Versorgungsstrukturen im Lichte der großen Konkurrenz in Auswahl und Preis zu erhalten? Andererseits beobachten wir an vielen Orten in Wien sowie auch international eine Art „Renaissance des Grätzels“, das Bestreben nach Nachbarschafts- und Stadtteilgemeinschaften. Lokale Strukturen sind wieder gefragt und aktiv, im Zuge neuer Nutzungskonzepte bekommen sie dabei oft ein neues „Antlitz“, eine neue Identität verliehen. Das Aufleben vieler Märkte in Wien, Urban-Gardening-Projekte und Nachbarschaftsgärten, Straßenfeste, kulturelle Impulse, digitale Plattformen für die Nachbarschaft und viele ähnliche Impulse und Aktivitäten stehen beispielhaft für dieses Phänomen, das letztlich oft auf ziviles Engagement zurückzuführen ist.

Im Sinne der stadtentwicklungspolitischen Ziele ist es notwendig, diese Entwicklungen und Potenziale zu identifizieren, aufzugreifen und darauf aufzubauen. Es benötigt



daher aber nicht nur Strategien, neue Ideen und Konzepte, es braucht allen voran auch „Kümmerer“ – Organisations- und Managementstrukturen, die genau diese lokalen Potenziale wahrnehmen und weiterdenken. Einrichtungen, wie die seitens der Stadt Wien beauftragten *Gebietsbetreuungen* oder *Stadtteilmanagements*, die Leerstandsagentur *Kreative Räume*, die Projektstelle *Zwischen-Mehrfachnutzung* der MA 18, die *Lokale Agenda 21*, der Verein *Wiener Einkaufsstraßen* sowie auch bauplatzübergreifende Nutzungskonzepte für die Erdgeschoßzone in neuen Entwicklungsgebieten unterstreichen den Erfolg der Kombination von Betreuung und Gestaltung im lokalen Kontext.

Es braucht also Bedingungen, die die Lebendigkeit und einen kreativen Umgang mit Stadträumen erlauben. Es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, der auf allen Ebenen beschritten wird: Von Politik und Verwaltung, von Interessenvertretungen, von großen Wirtschaftsakteuren und dem kleinen Laden ums Eck. Es braucht aber vor allem uns – uns BewohnerInnen und NutzerInnen, die wir das Bild unserer Städte und ihrer Zentren- und Versorgungsstrukturen stark prägen.

Die Stadt befindet sich zur Zeit in einer Phase des Wachstums und der Transformation. Nutzen wir diese Chance, gemeinsam attraktive Orte und robuste Strukturen herzustellen, die unseren Bedürfnissen – jetzt und künftigen Generationen – gerecht werden.

Es braucht Ideen und Konzepte für lebendige Stadträume.

Gutes Leben für alle braucht **Nahversorgung für alle**

Guido Schwarz, Nahversorgungsbeauftragter der Bezirksvorstehung Währing



Guido Schwarz ist Philosoph und als selbständiger Unternehmensberater auf Konfliktmanagement, Gruppendynamik und die Betriebsübergabe von Familienunternehmen spezialisiert. Als Nahversorgungsbeauftragter der Bezirksvorstehung Währing ist ihm besonders die Grätzelwirtschaft ein großes Anliegen.

Ist das eine Utopie oder doch eine Vision – also erreichbar, wenn auch schwierig? „Für alle“ ist ein Angsttraum für Privilegierte, denn es bedeutet das Ende ihres privilegierten Status, zumindest glauben sie das. Die ersten Privilegierten, denen es tatsächlich an den Kragen geht, sind die Fernversorger, denn sie sind ihr Monopol los. Wenn dann die Jänner-Erdbeeren aus Argentinien auch noch teurer werden, weil in einer postwachstumsökonomischen Welt die Transportkosten nicht mehr gegen null gehen, könnte das schon wieder Chancengleichheit für die Nahversorgung bedeuten. Sie besteht nicht nur aus dem Greißler um die Ecke, zur Nahversorgung gehören Bildung, Kultur, Freizeit, Arbeit, Mobilität und natürlich die Versorgung mit fast allen Formen der notwendigen Konsumartikel. Sie ist zwar definiert durch „Erreichbarkeit in Gehdistanz“, das umfasst aber auch die Fahrt von fünf U-Bahn-Stationen oder eine Viertelstunde mit dem Fahrrad.

Nahversorgung wird nicht von allen politischen Kräften unterstützt, denn sie bedeutet letztlich lokale Autarkie und somit lokales Selbstbewusstsein, das nicht selten lokale Autonomie fordert. Autarkie darf hier jedoch nicht als Abgeschlossenheit gegenüber der Außenwelt (Stadt) gesehen werden. Es geht darum, in Krisenzeiten vor allem punkto

Energie- und Lebensmittelversorgung überlebensfähig zu sein. Dies lässt sich in fünf Bereichen darstellen:

1. Energie

Es braucht nicht für jede Bürgerin und jeden Bürger ein eigenes Kleinkraftwerk, aber selbst die großen Energieversorger wie z. B. die EVN setzen bereits auf ein Modell der Dezentralisierung und der Vielfalt der Stromproduzenten. Die Mischung aus Wind, Solar, Gas, Wasser und Holz braucht zwar ein gutes Verbundnetz, lässt sich aber mit smarter Technologie managen. Wer sich selbst mit Energie versorgt, erkennt ihren Wert besser als derjenige, der sie aus der Steckdose bekommt.

2. Nahrungsmittel

Vertical Farming, Community Gardening, Urban Farming – in einer Welt, in der zwei Drittel der Menschen in Städten leben, lässt sich das Überleben aller gar nicht ohne diese Formen der Nahrungsmittelproduktion gewährleisten. Dieser Zug fährt sowieso bei uns vorbei, die Frage ist nur, ob wir vorne oder hinten aufspringen.

3. Arbeit und Produktion

In einer (zugegeben visionären) Reparaturgesellschaft ohne sinnlose Überproduktion und Verschwendung kehren auch die Arbeitsplätze wieder in die Stadt, ins Grätzel zurück. Und sie werden anders aussehen, denn in einer Postwachstumsökonomie haben nur wenige Menschen ihren „9 to 5 Job“ von der Matura bis zur Pension. Die Vielfalt der eigenen Tätigkeiten bricht das Monopol der Erwerbsarbeit auf. Mit anderen Worten: Ich habe an zwei Tagen in der Woche einen klassischen Arbeitsplatz, den

Rest meiner „Tätigkeitszeit“ verbringe ich mit sozialen Tätigkeiten, Tauschgeschäften, Nahrungsmittelproduktion, Reparatur von Dingen usw. Geld verliert ebenfalls seinen Monopolstatus als einziges Lohnmedium, Komplementärwährungen unterschiedlicher Art (Zeittauschsysteme etc.) ergänzen es. Es wird nicht nur vor Ort produziert, sondern auch getauscht, repariert und wiederverwertet.

4. Kommunikation

Nahversorgung für alle setzt voraus, dass alle in das soziale Leben integriert sind. Stadt ist dafür zu groß, Bezirk auch – es braucht ein Grätzlmodell, um quasi menschenrechte Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Partizipation an der lokalen Gesellschaft verhindert, dass wir zu Idioten (übersetzt: Vereinzelte) werden. Die derzeitige Konsumindustrie braucht uns aber als Idioten, um Einzelbedürfnisse zu schaffen, die sie dann befriedigen kann. Wenn die Hausgemeinschaft beschließt, dass eine Bohrmaschine für alle mehr als ausreichend ist, verliert die Gier nach Überflüssigem ihre Macht. Dazu muss es aber so eine Gemeinschaft geben und sie muss sich ihres Wertes und ihrer Kraft bewusst sein. In einem gut funktionierenden Grätzl mit guter Nahversorgung verliert auch das Glücksmodell des Konsumrauschs sein Monopol, die Menschen finden im sozialen Leben mehr Zufriedenheit als beim Online-Shopping. Dann schlägt der gemeinsame Sonnenbrand vom Unkrautjäten im Gemeinschaftsgarten die einsame Anprobe des siebzehnten Zalando-Fetzens.

5. Politik

Sie gehört auch zur Nahversorgung. Damit ist allerdings ein weiter gefasster Politikbe-

griff gemeint als der der herkömmlichen Parteipolitik. Wir können sie definieren als „Bewältigung gesellschaftlicher Widersprüche“. Im Thesenpapier ist von Grenzen der Freiheit die Rede, die demokratisch verhandelt werden müssen. Dazu sind jedoch Menschen notwendig, die das tun wollen. Auch in Brüssel, vor allem aber hier in meinem Grätzl, in meinem Bezirk und in meiner Stadt. Wer durch gute Nahversorgung in einem funktionierenden Grätzl ins soziale Leben eingebunden ist, versteht seinen Wert und ist leichter bereit, diesen zu verteidigen. Wir finden Vielfalt auf engem Raum – das ist niemals konfliktfrei und muss ständig neu ausgehandelt werden. Das beginnt bei der Integration neuer Elemente (nicht nur Menschen, auch Meinungen, Ideologien und Techniken), umfasst aber auch den Kampf gegen Zerstörendes und führt zur Frage, was und wie viel ein System aushält, ohne kaputtzugehen. Auch diese Frage muss gemeinschaftlich diskutiert und beantwortet werden.

Funktionierende Nahversorgung bedeutet, dass ich viele Bedürfnisse zu Fuß erledigen kann. Und da treffe ich Menschen, lerne sie kennen – nicht alle, aber so viele, dass ich in mir ein Bild einer lokalen Gesellschaft aufbauen kann, deren Teil ich bin. Somit schafft Nahversorgung auch Identität – sowohl individuell wie auch als Gemeinschaft. Das Bewusstsein, Teil von etwas Wertvollem zu sein, ist möglicherweise die beste Medizin gegen die kollektive und individuelle Angst, die wir leider derzeit quer durch alle Gesellschaften orten müssen.

Nahversorgung stärkt die Resilienz einer Gesellschaft. Allein deswegen lohnt es sich, dafür zu kämpfen und die Vision zur Realität werden zu lassen.

Nahversorgung stärkt die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft.

Gutes Leben für alle braucht öffentlichen Raum für die Schwächsten

Thomas Ritt, AK Wien



Thomas Ritt ist Ökonom und leitet die Abteilung Kommunalpolitik der Arbeiterkammer Wien. Er ist Chefredakteur und Herausgebervertreter der Zeitschrift „AK Stadt“. Arbeitsschwerpunkte sind die ArbeitnehmerInneninteressen im urbanen Raum.

Der öffentliche Raum ist der zentrale Schauplatz des urbanen Lebens, etwa als Spiel-, Erholungs- oder Kommunikationsraum. Er ist ein Ort des sozialen Austausches. Er macht aus vielen Häusern erst eine Stadt. Gerade die Menschen, die am wenigsten haben, sind am meisten auf ihn angewiesen. Der Raum kommt aus fünf Entwicklungen unter Druck und wird knapp. Ohne begleitende Maßnahmen bleiben die Schwächsten auf der Strecke:

1. Mehr Menschen kommen nach Wien

Seit Beginn des neuen Jahrtausends geschieht etwas für Wien Unübliches: Ein rasantes Bevölkerungswachstum, das mit keiner Flächenerweiterung gekoppelt ist. Es ist sogar damit zu rechnen, dass Wien innerhalb von 25 Jahren um eine halbe Million EinwohnerInnen zunimmt (vgl. Ritt 2013). Die zugezogenen Menschen brauchen Wohnungen, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Parks, Gehsteige, Sportplätze, Spitäler, Ambulanzen, Schulen, Geschäfte usw. Das alles muss irgendwie untergebracht werden. Der öffentliche Raum, der niemandem alleine gehört und anscheinend frei verfügbar ist, rückt dadurch in den Fokus der Begehrlichkeiten.

2. Der PKW Verkehr wird weiter zunehmen

Es wird enger im Park und auf den Gehsteigen sowie auch auf den Straßen, denn die

Zahl der PKWs nimmt stetig zu. Dafür sorgt alleine das Bevölkerungswachstum, zudem zeigt eine neue Studie, dass der vermutete Wertewandel „weg vom Auto“ unter jungen Menschen nicht existiert (vgl. Ringler/Hoser 2016). Daneben ist mit einem höheren Verkehrsaufkommen aus dem Wiener Umland zu rechnen. Denn die Anzahl der BewohnerInnen steigt dort genauso rasant wie in der Kernstadt, und der Stadtgrenzen übergreifende öffentliche Verkehr hält nicht mit.

3. Mehr Menschen brauchen den öffentlichen Raum

Eine zusätzliche Herausforderung bietet die demografische Entwicklung. Denn gerade jener Bevölkerungsanteil, der auf nutzbaren öffentlichen Raum im Wohnumfeld angewiesen ist, wird größer. Das trifft besonders auf Menschen mit eingeschränktem Aktionsradius zu. Kinder und Jugendliche zählen hier ebenso dazu wie Jungfamilien, ältere Personen, Menschen mit Behinderung sowie sozial benachteiligte Personengruppen. Mobile und einkommensstarke Bevölkerungsschichten können leichter knappen Räumen entgehen. Gerade Gruppen, die auf den öffentlichen Raum im unmittelbaren Wohnumfeld angewiesen sind, werden in den nächsten Jahren besonders stark wachsen, es wird aber überproportional viele Junge und Alte geben, die um denselben Beseirpark „kämpfen“.

4. Sparvorgaben verhindern neue Räume

Die Hauptstadt wächst, sie darf aber keine Investitionen über Kredite finanzieren – sie muss primär ein ausgeglichenes Budget anstreben. Denn die strikten, politisch motivierten Sparvorgaben von Bund und EU (seit 2012 gilt der neue Österreichische Stabilitäts-

In Wien steigt die Tendenz, öffentliche Räume für kommerzielle Nutzung zum Schleuderpreis anzubieten.

pakt (ÖStP), der für alle Gebietskörperschaften verbindliche Defizitziele vorgibt und bei Verletzung letztlich auch Strafen vorsieht) schränken die Möglichkeiten für kommunale Ausgaben drastisch ein [1] – selbst, wenn aufgrund des enormen Bevölkerungsanstiegs wegen ein Bedarf besteht. Diese Finanznot der Stadt, aber auch anderer Gebietskörperschaften und Unternehmen im öffentlichen Eigentum wirkt sich negativ aus. Wichtige Investitionen, auch jene in den öffentlichen Raum, unterbleiben oder werden auf später verschoben.

5. Unternehmen wittern Geschäfte

Private Entwickler wittern dagegen gute Geschäfte, wenn sie Aufgaben, die eigentlich eine Stadt lösen sollte, übernehmen. Entweder völlig privat oder als Public-Private-Partnership (PPP) spielen sie bei städtischen Projekten eine zunehmend wichtige Rolle. Das mag finanztechnisch elegant sein, weil Schulden dadurch nicht der Stadt zugerechnet werden. Langfristig gesehen sind diese Maßnahmen viel teurer und führen dazu, dass im so entstandenen „öffentlichen Raum“ private Hausordnungen gelten – statt wie bisher das öffentliche Recht. Zudem entstehen attraktive öffentliche Räume nicht dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden, sondern dort, wo private Investoren ein Verwertungsinteresse haben (vgl. Herren-gasse 2016).

In Wien steigt die Tendenz, öffentlichen Raum für die kommerzielle Nutzung zum Schleuderpreis anzubieten. Natürlich bringen Schanigärten, Strandbars und temporäre Festivals Lebendigkeit und Lebensqualität. Aber sie decken nur einen kleinen Teil der Nutzungsansprüche ab. Der Raum für Bedürfnisse, die mindestens ebenso berechtigt

sind, wird enger – vor allem für jene Menschen, die nicht bei jeder kleinen Rast etwas konsumieren können oder wollen.

Wertvolles Gut für alle

Der öffentliche Raum wird zum knappen Gut und muss auch so behandelt werden. Neue Lösungen und auch Investitionen sind gefragt, um Räume nutzbar zu machen, Räume zu verbessern, aber auch umzuverteilen, aber keinesfalls zu privatisieren. Dafür, dass das knappe Gut nicht zum Luxusgut wird, muss noch einiges getan werden:

- Der öffentliche Raum muss wieder zum Gemeingut werden. Die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen, die den öffentlichen Raum am dringendsten brauchen, müssen Vorrang haben. Neben Kindern, Jugendlichen, alten Menschen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität und einkommensschwachen Familien mit kleinen Kindern sind das auch Obdachlose. Um diesem Anspruch besser gerecht werden zu können, muss bei der Entwicklung und Umgestaltung von Stadtgebieten der öffentliche Raum schon in der Planungsphase als wertvolles Gut behandelt werden und Teil einer integrativen Planung sein. Er soll der Allgemeinheit erhalten bleiben, ohne Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen und ohne zeitliche Einschränkung nutzbar sein. Selbst wenn private und kommerzielle Interessensträger dagegen Druck ausüben – die Ansprüche der NutzerInnen müssen im Mittelpunkt stehen. Die qualitätsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums soll zum Verweilen einladen, etwa durch die Errichtung befestigter und unbefestigter Aktivitätsbereiche (u. a. Sitz- und Ruhegelegenheiten sowie Spiel-

Wir brauchen neue Lösungen und Investitionen für öffentliche Räume, ohne dass diese privatisiert werden.

Der öffentliche Raum gehört allen.

- geräte) und die zeitgemäße Ausstattung mit Infrastruktur (WLAN). Mindestens die Hälfte des Aufenthaltsraums muss für nichtkommerzielle Nutzungen vorgesehen sein.
- Straßen, Gehsteige, Plätze und Grünflächen müssen als Lebensraum begriffen und derart gestaltet werden. Davon hängt ein gutes Miteinander in der Stadt ganz entscheidend ab. Der öffentliche Raum gehört allen, doch die Stadt verrechnet zu wenig – die kommerzielle Nutzung muss fair bezahlt werden. Mit Tarifen, die den Verzicht der Allgemeinheit auf diese Freiflächen decken. Die Einnahmen müssen der Gestaltung nicht-kommerzieller, öffentlicher Freiräume dienen. Faire Preise für Schanigärten verhindern deren Wildwuchs quer über die Stadt und finanzieren gleichzeitig die hochwertige Gestaltung des nicht-kommerziellen Raums. In Fußgänger- oder Freizeitzonen (u. a. Donaukanal, Mariahilfer Straße) muss ein Gleichgewicht zwischen kommerzieller und nicht-kommerzieller Nutzung herrschen. Bei kommerziellen Nutzungen muss mindestens die Hälfte des Aufenthaltsraums auch als konsumfreie Zone dienen.
- Ein wichtiger Punkt ist auch die Aktivierung und Öffnung eigentlich öffentlicher Räume, die im Moment schwer oder nicht zugänglich sind. Das gilt unabhängig von den Besitzverhältnissen. Aber besonders dringend ist das bei Räumen, die sowieso schon die Allgemeinheit finanziert hat, wie z. B. Turnhallen, Sportplätze und Parks von Schulen oder Behörden. Aber auch private Räume wie die Flächen um Wohnanlagen oder mögliche öffentliche Durchgänge haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Raum.
- Die private Schaffung öffentlicher Räume erscheint in Zeiten rigider Sparvorgaben als ein möglicher Ausweg. Der macht aber nur Sinn, wenn der öffentliche Raum nicht privatisiert wird. Die Oberhoheit über den öffentlichen Raum muss eine öffentliche Aufgabe bleiben. Das öffentliche Recht muss Geltung behalten und nicht eine private Hausordnung, die Prozesse bei Planung und Gestaltung inklusive der Beteiligungsprozesse dürfen nicht eingeschränkt werden. Ansonsten bekommen wir eine Stadt, in deren interessantesten Teilen nur das stattfindet, was Akademikerinitiativen, HändlerInnen und ImmobilienmaklerInnen gefällt.

LITERATUR

- Ritt, T. (2013) Wien wächst – einleitende Bestandsaufnahme. In: WIEN WÄCHST – Herausforderung zwischen Boom und Lebensqualität. P. Prenner (Hrsg.). Wien. 24–34.
- Ringler, P; Hoser, B. (2016) Stellenwert von PKW in der Wiener Wohnbevölkerung. Wien.
- Herrengasse 2016. Herrengasse: Die privat finanzierte Begegnungszone. In: Die Presse, Print-Ausgabe, (abgerufen am 10.03.2016).

Urban Citizenship: Stadt für alle

Sarah Schilliger, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück/Bern & Ilker Ataç, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

Mit „Grenzen“ verbinden wir meist Bilder von Zäunen und Mauern (z. B. die aktuell von Donald Trump geplante Mauer zwischen Mexiko und den USA oder die Mauer zwischen der Türkei und Syrien) oder wir denken an Geflüchtete, die mit Booten versuchen, das Mittelmeer zu überqueren (Stichwort „Festung Europa“). Doch Grenzen manifestieren sich nicht nur an den Außengrenzen der EU. Inzwischen finden die Grenzkontrollen überall statt – sie verschieben sich, werden digitalisiert und verlagern sich zunehmend ins Innere: Sie finden auch im Zug von Wien nach Salzburg statt. Wer keinen legalen Aufenthaltsstatus hat, ist der ständigen Gefahr ausgesetzt, abgeschoben zu werden. Wer ohne gültige Papiere lebt, wird auch von vielen Institutionen – Gesundheitsversorgung, Sozialversicherungen, dem legalen Zutritt auf den Arbeitsmarkt – ausgeschlossen (vgl. Knoll/Schilliger/Schwager 2012). Ihnen wird damit das grundlegende „Recht, Rechte zu haben“ (Hannah Arendt) verwehrt.

„Stadtluft macht frei“ – hieß es im Mittelalter. „Recht auf Stadt“ fordert eine transurbane Bewegung, die seit der Jahrtausendwende erstarkt ist. „Das Urbane“ – so der Stadtgeograph David Harvey (2013: 207) – „wirkt also offensichtlich als wichtiger Schauplatz für politisches Handeln und für Rebellionen“. Während auf nationaler Ebene in den letzten Jahren die europäische Asylpolitik laufend verschärft wurden, zeigt sich in verschiedenen europäischen Städten eine liberalere Haltung in Bezug auf Migration. Städte sind seit jeher Orte der Migration und auch der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Migration. Könnten Städte vielleicht auch in Österreich oder auch in der Schweiz Schauplatz für eine politische Transformati-

Sarah Schilliger ist Soziologin und zur Zeit Gastwissenschaftlerin am IMIS an der Universität Osnabrück. Im letzten Jahr engagierte sie sich in Bern beim Aufbau des Netzwerks „Wir alle sind Bern!“. Sie forscht aktuell zu Racial Profiling in Schweizer Städten und leitet ein transnationales Forschungsprojekt zu Landwirtschaft und Migration.



Ilker Ataç ist Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und arbeitet aktuell zum Thema Zugang zu sozialen Leistungen für nicht abschiebbare Personen im europäischen Vergleich. Er ist Teil der Forschungsgruppe INEX und Herausgeber der Zeitschrift Movements.



on sein? Ist es möglich, auf städtischer Ebene der allgemeinen Tendenz der Abschottung eine offenere, solidarischere Politik entgegenzusetzen? Dies ist eine wichtige Frage, die am Anfang verschiedener Initiativen um „Urban Citizenship“ steht.

Umkämpfte (urban) citizenship

Unter dem Begriff „urban citizenship“ (Stadtbürger_innenschaft) wird aktuell in den USA und in Kanada, aber inzwischen auch in Europa diskutiert, wie das Verhältnis von Rechten und Zugehörigkeit neu definiert werden könnte. Während das herkömmliche citizenship-Verständnis stark auf den Nationalstaat ausgerichtet ist, geht es in aktuellen Debatten um „urban citizenship“ darum, neue Visionen zu entwickeln, in denen Zu-

Urban Citizenship definiert das Verhältnis von Zugehörigkeit und sozialen Rechten neu – jenseits des Nationalstaates.

gehörigkeit auf anderen Kriterien beruhen: etwa dem Wohnort und Lebensmittelpunkt, der Teilhabe an der Gesellschaft und dem Eingebundensein in Nachbarschaften.

Eine „urban citizenship“ besitzt man nicht einfach, sondern sie muss erkämpft werden. Die Perspektive wird in der Literatur auf „acts of citizenship“ ausgedehnt, in denen sich die Akteure unabhängig vom ihnen zugeschriebenen Status Rechte nehmen und sich faktisch zu Bürger_innen machen (Isin 2008). Paradebeispiel eines „act of citizenship“ ist der Widerstand der schwarzen Frau Rosa Parks, als sie 1955 in den USA verweigerte, ihren Platz im Bus für einen weißen Mann aufzugeben. Durch ihre Aktion stellte Rosa Parks die rassistische Segregation in den öffentlichen Bussen in Frage, die ihr einen entrechteten Status zuwies.

Ähnliche „acts of citizenship“ haben in den letzten Jahren verschiedene Bewegungen von Migrant_innen und Geflüchteten vorgebracht (Ataç et al. 2015). In vielen europäischen Großstädten haben sich Initiativen entwickelt, die den gemeinsamen Kampf von Geflüchteten und Alteingesessenen für soziale Rechte ins Zentrum stellen. In Wien machten sich die Teilnehmer_innen der *Refugee Bewegung Vienna* durch unterschiedliche Formen von Protest selber zu politischen Subjekten: Protestmarsch aus Traiskirchen nach Wien, Camp im Sigmund-Freud-Park, Besetzung der Votivkirche und Hungerstreik. Sie mischten sich in den politischen Diskurs ein, besetzten Plätze und forderten das Recht auf Arbeit und würdige Unterbringung ein. Das öffentliche Mobilisierungspotenzial der Protestbewegung in Wien verlor Ende 2013 an Kraft, sie konnte dennoch einiges erreichen: Der Protest sorgte für eine positive Verschiebung der öffentlichen Wahrnehmung von Geflüchteten. Einige Geflüchtete bekamen Aufenthaltsdokumente. Durch den

politischen Protest erhielten die Geflüchteten Zugang zu sozialen und politischen Netzwerken. Dadurch bildeten sich vielfältige Verbindungen zwischen Geflüchteten und Unterstützungsnetzwerken, bei Abschiebeprotesten und Kämpfen um legalen Aufenthalt oder aber auch bei der Suche nach Unterkunft und Arbeit (Ataç 2016).

Sanctuary City Movement und die City ID in New York

Inspirierend für aktuelle Kampagnen um „urban citizenship“ ist insbesondere die Bewegung der „sanctuary cities“: So nennen sich in den USA und Kanada Städte, die sich weigern, an der nationalen Exklusionspolitik mitzuwirken. Inzwischen gibt es etwa 300 Cities, Counties und States, die die Festnahme und Ausweisung von Migrant_innen durch die Bundesbehörden nicht unterstützen, darunter Weltstädte wie Los Angeles und New York, Houston und Toronto. Schulen, Krankenhäuser und Polizei fragen in diesen Städten nicht nach dem Einwanderungsstatus (Politik des „Don't ask – don't tell“).

In New York wurde der kommunale Personalausweis – City ID (kurz: IDNYC) – im Januar 2015 eingeführt und hat insbesondere den rund 500.000 in New York lebenden Sans-Papiers neue Teilhabemöglichkeiten eröffnet (Lebuhn 2016). Wer seinen Wohnsitz und seine Identität nachweisen kann, bekommt den offiziellen Stadtausweis. Damit erhalten die „urban citizens“ Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, können leichter Miet-, Handy- und andere Verträge abschließen, unkomplizierter Bankgeschäfte erledigen. Am wichtigsten ist, dass der Ausweis für sie einen Schutz im Umgang mit der Polizei bedeutet. Bei einfachen Kontrollen ist nicht mehr erkennbar,

New York hat 2015 einen kommunalen Personalausweis eingeführt.

dass sie nicht über gültige Aufenthaltspapiere verfügen.

„Wir alle sind Bern“ – Urban Citizenship in der Bundeshauptstadt

Inspiziert von der Sanctuary-City-Bewegung sind inzwischen auch in der Schweiz in verschiedenen Städten Kampagnen gestartet worden: In Zürich bildete sich letztes Jahr die Plattform „Wir alle sind Zürich“. Das Netzwerk „Wir alle sind Bern“ strebt eine außerparlamentarische Bewegung an. Eine Arbeitsgruppe innerhalb des Netzwerks beschäftigt sich mit der Frage, ob und wie in Bern – nach Vorbild von New York – eine City Card eingeführt werden könnte. Zurzeit werden Gespräche geführt mit den städtischen Behörden, die der Idee nicht abgeneigt zu sein scheinen. Eine Umfrage unter Sans-Papiers in Bern zeigt auf, dass sie viel Hoffnungen haben in dieses Instrument, das ihr Leben humaner machen könnte. Sie erhoffen sich nicht nur mehr Sicherheit und

weniger Angst vor Polizeikontrollen, sondern auch leichteren Zugang zu Krankenkassen, Spitalern, Kitas, bei der Wohnungsmiete und beim Eröffnen eines Bankkontos.

Ausblick

In allen Initiativen geht es darum, für mehr gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt einzustehen, Rechte lokal zu verankern und neue Visionen zu entwickeln, wie gemeinsam eine „Stadt für alle“ geschaffen werden kann. Die Bewegung verbindet die konkrete Utopie, über politische Sachzwänge hinaus aktiv zu werden. Dies, indem einerseits durch eine breite Basisbewegung Druck „von unten“ aufgebaut wird und andererseits durch eine „Mikropolitik“ in den Institutionen innovative Praktiken in Verwaltungen angestoßen werden. Auch wenn viele sozial- und migrationspolitischen Fragen mit einer Urban Citizenship offenbleiben: Es wäre ein Schritt in Richtung eines solidarischeren Zusammenlebens.

Es geht um mehr gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt und eine Stadt für alle.

LITERATUR

Ataç, Ilker; Kron, Stefanie; Schilliger, Sarah; Schwiertz, Helge; Stierl, Maurice (2015): Kämpfe der Migration als Un/Sichtbare Politiken.

In: movements-Journal, online unter: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/>

Ataç, Ilker (2016): „Refugee Protest Camp Vienna: Making Citizens Through Locations of the Protest Movement.“ *Citizenship Studies* 20 (5): 629–646.

Knoll, Alex; Schilliger, Sarah; Schwager, Bea (2012): Wisch und Weg. Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarisierung und Selbstbestimmung. Seismo-Verlag.

Harvey, David (2013): *Rebellische Städte*. Suhrkamp.

Isin, Engin F. (2008): Theorizing acts of citizenship. In: Isin, Engin F./Nielsen, Greg M. (eds.): *Acts of Citizenship*. Palgrave Macmillan, S. 15–43.

Lebuhn, Henrik (2016): „Ich bin New York“. Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City. In: *LuXemburg* Nr. 3/2016, S. 114–119.

Stadtentwicklung von unten – Möglichkeiten, Grenzen, Kritik

Monika Grubbauer, HafenCity Universität Hamburg



Monika Grubbauer ist Architektin und promovierte Stadtsoziologin. Sie leitet seit 2015 das Arbeitsgebiet Geschichte und Theorie der Stadt an der HafenCity Universität Hamburg. www.hcu-hamburg.de

Politisches kann nur dort verhandelt werden, wo politische Differenzen artikuliert werden.

Dieser Beitrag reflektiert jüngere planungspolitische Debatten zur Stadtentwicklung „von unten“ im Spannungsfeld von Re-politisierung und Post-Politik. Seit den 2000er Jahren ist eine (Re-)Politisierung von planungsbezogenen Fragestellungen zu beobachten, die vielerorts zu regen stadtpolitischen Debatten und lokalen Mobilisierungen geführt hat (Novy/Colomb 2012, Vasudevan 2015, Lanz 2016). Städtische Proteste rund um konkrete Planungsvorhaben, den Erhalt bestehender Räume und Objekte, steigende Mieten und die Privatisierung städtischer Liegenschaften, Güter und Unternehmen haben hohe Aufmerksamkeit gewonnen. Demgegenüber steht die Diagnose der post-politischen Stadt, wonach politische Auseinandersetzungen im Kontext des neoliberalen Regimes zunehmend durch Routinen städtischen Regierungs- und Verwaltungshandelns ersetzt werden (Swyngedouw 2009, Metzger et al. 2015). Die post-politische Planungspraxis zeichnet sich durch institutionalisierte und konsensbasierte Mechanismen der Beteiligung und Entscheidungsfindung im Rahmen eines wachstumsorientierten Entwicklungsparadigmas aus.

Die Hoffnung, Planung als politische Praxis zu stärken, wird vielfach an die Stärkung demokratischer Ansätze auf lokaler Ebene geknüpft. In der jüngeren planungs- und stadttheoretischen Debatte wird betont, dass

das eigentlich Politische nur dort verhandelt werden kann, wo politische Differenzen artikuliert und im Sinne eines agonistischen Respekts für die Position der Anderen verhandelt werden können. Damit verbunden ist die Akzeptanz von Antagonismen und Dissens, ohne dabei demokratische Werte in Frage zu stellen (weiterführend dazu Nonhoff 2007).

Besondere Bedeutung kommt hierbei den lokalen Foren und Arenen zu, in denen politische Inhalte verhandelt werden (vgl. Harvey 2012, Merrifield 2014). Diese Foren und Arenen sind physisch definiert und im städtischen Raum verankert: Die Erwartung besteht darin, dass das physische Zusammentreffen von Menschen gekoppelt mit der Mobilisierung rund um lokale Entscheidungen eine Politisierung von Planungsprozessen ermöglicht. Diese Perspektiven decken sich mit den Forderungen nach einer Stärkung lokaler Selbstverwaltung und lokaler Prozesse sozialer Innovation, wie sie im erweiterten Mainstream des Planungsdiskurses artikuliert werden (Moulaert et al. 2010, Hoffmann-Axthelm 2016).

Die lokale Verortung und die sich daraus ergebenden Erfahrungen, Wissensbestände und sozialen Netzwerke spielen tatsächlich eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung im Kontext von Planungsvorhaben und Stadtentwicklungspolitiken. Dabei ist das (poli-



tische) Engagement vieler Akteure im Sinne einer Stadtentwicklung „von unten“ gezielt mit dem Anspruch verknüpft, konkrete materielle Interventionen umzusetzen und damit direkte Wirksamkeit „on the ground“ zu haben (Tonkiss 2013). In den letzten Jahren ist so eine Reihe von Beispielen entstanden, in denen in Form von gemeinnützigen und kollektiven Modellen der lokalen Selbstorganisation in kleinem Maßstab sozial (verhältnismäßig) durchmischte innerstädtische Quartiere mit preiswertem Wohn- und Gewerberaum geschaffen wurden. Dezentralisierung, Subsidiaritätsprinzip, zivilgesellschaftliches Engagement und soziales Kapital auf lokaler Ebene dienen hierbei als zentrale Motive.

Dieser Diskurs um urban citizenship ist durchdrungen vom Glauben an die Macht lokaler Mobilisierungen und baut auf der Annahme, dass sich aus der Verankerung von BürgerInnen an einem Wohnort und in entsprechenden arbeits- und lebensweltlichen Zusammenhängen gesellschaftliche Teilhaberechte ableiten lassen. Aus meiner Sicht gilt es zwei kritische Aspekte einer derart an lokalen öffentlichen Foren und Arenen ausgerichteten Politisierung von Planungsprozessen zu benennen: Zum einen sehe ich die Gefahr einer Essenzialisierung und Idealisierung des Lokalen als Ort der politischen Verhandlung, zum anderen geraten andere Ebenen der Regulierung, Steuerung und Ent-

scheidungsfindung, die ebenfalls wirkungsmächtig sind, allzu leicht aus dem Blick.

So deckt sich die Fokussierung auf lokale – und damit sichtbar und hörbar manifestierte – „Akte“ von citizenship in der Artikulation politischer Forderungen (Isin 2012) an manchen Stellen in beunruhigender Weise mit der Agenda eines neoliberal gewendeten localism (Allmendinger/Haughton 2015). Dazu kommt, dass die lokale „community“, wie sie heute als Akteurin und Adressatin zivilgesellschaftlichen Engagements und konkreter städtischer Interventionen und Mobilisierungen vielfach angesprochen ist, letztlich eine wenig erstrebenswerte soziale Utopie darstellt (Young 1990). Lokale Gemeinschaft und Face-to-face-Beziehungen werden idealisiert und die Heterogenität und Widersprüchlichkeit städtischer Kontexte negiert. Gleichzeitig kann es diesem Verständnis zufolge für die Politisierung von Planungsprozessen keinen anderen Ausgangspunkt geben als konkrete Projekte, konkrete Orte und konkrete städtische (oder ländliche) Kontexte. Die politischen Rahmenbedingungen der Planungspraxis sind jedoch jenseits ihrer eigentlichen Instrumente verortet und produziert. Was übersehen wird, ist, dass sich der gesamte Modus von Planung durch die immer stärkere Rolle privatwirtschaftlicher Akteure und neue Mechanismen der Regulierung verändert. Dies nur im Sinne einer Auslagerung poli-

Das Lokale als Ort der politischen Verhandlung ist wichtig, darf aber nicht der einzige Ort sein und idealisiert werden.

Planung wird immer mehr zum globalisierten kommerziellen Produkt.

tischer Fragen in intransparente Netzwerke und exklusive Foren zu interpretieren, greift zu kurz.

Regulierungsprozesse spielen sich immer häufiger auf supranationaler Ebene ab, mit transnationalen Normen und Standards, die Produkte von Kämpfen um Autorität zwischen privaten, nationalen und supranationalen Organisationen sind (Djelic/Sahlin-Andersson 2006). Gleichzeitig kommt es zu einer geografischen Verlagerung von Märkten und Marketisierungsprozessen, in der Planung immer mehr zum globalisierten kommerziellen Produkt wird. Dies wird durch neue Managementmodelle, internationalisierte Firmennetzwerke und vertragliche Beziehungen zwischen multinationalen (Technologie-)firmen, lokalen bauwirtschaftlichen Unternehmen und Stadtregierungen ermöglicht (Raco 2014, McNeill 2015).

Wenn sich also die Hoffnung auf eine Politisierung der Planung aktuell an die viel grundsätzlichere Politisierung der Stadt knüpft, so ist dies sicherlich begründet. Die Aushandlungsprozesse, in denen gegenwärtig mittels Besetzungen, Volksabstimmungs-

kampagnen oder Genossenschaftsgründungen und in neuen zivilgesellschaftlichen Koalitionen Teilhabe eingefordert und erprobt wird, sind durch die Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu den „Ressourcen der Stadt“ (Lanz 2016: 58) gekennzeichnet. Dem möchte ich zustimmen, und trotzdem stellt sich die Frage, wie man die sich wandelnden Modi von Planungsprozessen jenseits des Bezugsrahmens der lokalen Foren und Arenen, in denen sich die Aushandlungs- und Vergesellschaftungsprozesse um urbane Infrastrukturen vollziehen, verstärkt in den Blick nehmen kann. Hierzu muss stärker sichtbar gemacht werden, welche Wechselbeziehungen es zwischen diesen Projekten und Infrastrukturen und den Ressourcen der europäischen „Bürgerstadt“ auf der einen Seite und den andernorts artikulierten Verwertungsstrategien und ökonomischen Interessen im Kontext globaler Regime der Regulierung und Ressourcenausbeutung auf der anderen Seite gibt.

Hinweis: Dies ist eine gekürzte Fassung eines Artikels, der 2017 in einem Themenheft zur Planung als politische Praxis der Zeitschrift Suburban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung erscheint.

LITERATUR

- Allmendinger, Philip; Houghton, Graham (2015): Post-political regimes in English planning. From Third Way to Big Society. In: Jonathan Metzger; Philip Allmendinger; Stijn Oosterlynck (Hg.), *Planning against the Political: Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge, 29–53.
- Djelic, Marie-Laure; Sahlin-Andersson, Kerstin (2006): *Transnational Governance. Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (2016): *Lokaldemokratie und Europäisches Haus. Roadmap für eine geöffnete Republik*. Bielefeld: Transcript.
- In, Engin F. (2012): *Citizens without frontiers*. New York u. a.: Bloomsbury.
- Lanz, Stephan (2016): Politik zwischen Polizei und Post-Politik: Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren‘ einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin. In: Melanie Behrens; Wolf-Dietrich Bukow; Karin Cudak; Christoph Strünck (Hg.), *Inclusive City: Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft*. Berlin: Springer, 43–61.
- McNeill, Donald (2015): Global firms and smart technologies: IBM and the reduction of cities. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 40, 562–574.
- Merrifield, Andy (2014): *The New Urban Question*. London: Pluto Press.
- Metzger, Jonathan; Allmendinger, Philip; Oosterlynck, Stijn (Hg.) (2015): *Planning Against the Political. Democratic Deficits in European Territorial Governance*. London and New York: Routledge.
- Moulaert, Frank; Swyngedouw, Erik; Martinelli, Flavia; Gonzalez, Sara (Hg.) (2010): *Can Neighbourhoods Save the City?: Community Development and Social Innovation*. London and New York: Routledge.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: Transcript.
- Novy, Johannes; Colomb, Claire (2012): Struggling for the Right to the (Creative) City in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New ‘Spaces of Hope’? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/5, 1816–1838.
- Raco, Mike (2014): The Post-Politics of Sustainability Planning: Privatisation and the Demise of Democratic Government. In: Japhy Wilson; Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticisation and Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1–25.
- Swyngedouw, Erik (2009): The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601–620.
- Tonkiss, Fran (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: *City* 17/3, 312–324.
- Vasudevan, Alexander (2015): The autonomous city: Towards a critical geography of occupation. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 316–337.
- Young, Iris M. (1990): *Justice and the politics of difference*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.

Erfolreich mobil

Andreas Trisko & Michael Erdmann, MA 18, Stadt Wien



Andreas Trisko hat in seiner beruflichen Laufbahn vielfältige Erfahrungen in den Bereichen Architektur und Raumplanung gesammelt. Unter anderem hat er sich tiefgreifend mit großangelegten Veränderungsprozessen in Städten auseinandergesetzt. Seit 2001 arbeitet er in der Stadt Wien, von 2009 bis 2013 steuerte er die städtebaulichen Entwicklungen in der Donaustadt. Seit 2013 leitet er die Magistratsabteilung 18 und verantwortet in dieser Funktion die gesamtstädtischen Planungs- und Mobilitätsstrategien.



Michael Erdmann hat Landschaftsarchitektur sowie Raumplanung studiert. Er forscht und arbeitet im Bereich Stadtentwicklung, Prozessgestaltung und Mobilitätsmanagement unter anderem an der TU Wien. Seit 2016 ist er bei der MA 18 für Themen des Mobilitätsmanagements zuständig.

Mobilität betrifft alle und ist ein menschliches Grundbedürfnis. Jeden Tag werden durch die persönliche Mobilitätswahl Entscheidungen getroffen, die andere beeinflussen, beeinträchtigen oder gar verdrängen. Dies führt oft zwangsläufig zu Konflikten. Einerseits angetrieben durch die Herausforderungen einer zunehmend mobileren Gesellschaft und einer schnell wachsenden Stadt, andererseits beeinflusst durch die Digitalisierung und sich daraus neu entwickelnden Mobilitätsformen. Das Mobilitätsverhalten der WienerInnen verändert sich: Die Fahrgastzahlen der Wiener Linien nehmen stetig zu, der Motorisierungsgrad sinkt (371 PKW/1.000 EinwohnerInnen, 2016) und es steigt die Nachfrage nach Alternativen zum eigenen KFZ.

Die nachhaltige Gestaltung des städtischen Verkehrssystems ist einer der wesentlichen Hebel, um die hohe Lebensqualität der Stadt zu erhalten und weiter zu verbessern. Mit dem Stadtentwicklungsplan und Fachkonzept Mobilität wurden hierzu grundsätzliche Aussagen getroffen. Die Stadt Wien hat sich zum Ziel gesetzt, dass 2025 80 % der Wege mit Öffis, zu Fuß und mit dem Rad zurückgelegt werden. Der motorisierte Individualverkehr soll auf ein stadtverträgliches Maß von 20 % reduziert werden. Aber was braucht es, dieses Ziel zu erreichen und „erfolgreich“ mobil zu sein?

Die Stadt Wien hat sich hierfür im Fachkonzept Mobilität* grundlegende Handlungsfelder gesetzt:

- Fair: Straßenraum gerecht verteilt, leistbare und bedarfsgerechte Mobilität
- Ökologisch: Verringerung der Umweltbelastungen durch Verkehr
- Robust: Verkehrssystem ist verlässlich, krisensicher, Mobilität ist ohne Besitz eigener Verkehrsmittel möglich
- Effizient: ressourcenschonend, effiziente Umsetzungsprozesse
- Kompakt: möglichst kurze Wege in der Stadt ermöglichen
- Gesund: hoher Anteil aktiver Mobilität (Radfahren, Zufußgehen), weniger Unfälle

Faire Mobilität

Wien wächst. Immer mehr Menschen teilen sich die Straßen, deren Fläche aber kaum mitwächst. Es werden 65 % der Flächen im öffentlichen Raum für Kraftfahrzeuge – stehend oder fahrend – verwendet, aber nur 27 % der Wege mit dem Auto zurückgelegt. Alternative Fortbewegungsmittel nehmen viel weniger Platz in Anspruch. Wenn zukünftig 80 % der Wege damit zurück-



gelegt werden sollen, müssen bestehende Straßengestaltungen auch fairer aufgeteilt werden. Eine Ausweitung der Flächen für ÖV, Rad- und Fußverkehr geht meist auf Kosten von KFZ-Stellplätzen. Konflikte sind vorprogrammiert. Daher sind langfristige Strategien nötig, um einerseits den Bedarf für KFZ-Fahrten zu reduzieren, andererseits den Stellplatzbedarf zu verringern und die so rückgewonnenen Flächen anderen Nutzungen zuzuführen. Die Parkraumbewirtschaftung, Tempo 30 oder barrierefreie Begegnungszonen sind bewährte Instrumente dafür. Straßen sind dadurch nicht nur Verkehrsflächen, sondern werden wieder als Aufenthaltsraum aufgewertet. Andere Maßnahmen wie Autoteilen hilft die Infrastruktur (Autos und Straßen) effizienter zu nutzen. Es gibt also Alternativen für eine gerechtere Ressourcenverteilung im öffentlichen Raum, für post-fossile Fortbewegungsarten, die bereits heute sehr erfolgreich sind, da muss man z. B. nicht auf die Elektromobilität warten.

Teilhabe

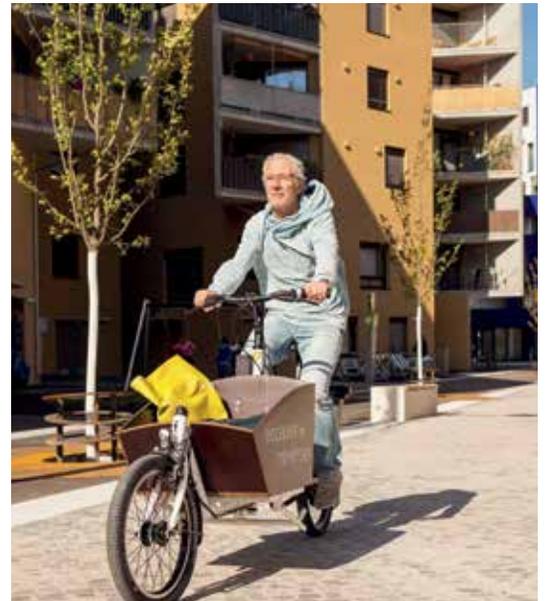
Erfolgreiche Mobilität heißt auch, es allen Menschen zu ermöglichen von A nach B zu

gelangen. Mobilität schafft einen großen Beitrag zu sozialer Inklusion und Teilhabe. Daher ist es umso wichtiger, Zufußgehen, Radfahren und Öffies zu fördern, da diese sehr günstig oder sogar gratis sind. Das hält gesund und spart der Allgemeinheit zudem Gesundheitskosten.

Durch clevere Mobilitätslösungen können auch Wohnkosten gespart werden. Fördert bspw. der Bauträger alternative Mobilitätsangebote wie Carsharing, können Garagenstellplätze und damit Baukosten eingespart werden. Ein Tiefgaragenstellplatz kostet immerhin durchschnittlich 15.000 Euro.

Ein eigenes Auto ist ein großer Kostentreiber und für viele Haushalte nicht leistbar. Daher ist es wichtig, einfache Lösungen für Wege zur Verfügung zu stellen, die nicht mit den Öffis erledigt werden können. So sollten Formen des Carpooling und Carsharing gefördert und in bestehende Mobilitätsangebote integriert werden. Langfristig ist zu überlegen, ob grundlegende Fahrzeug-Sharing-Angebote Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in engem Zusammenspiel mit dem ÖV sein könnten. Digitalisierung schafft einen

Erfolgreiche Mobilität heißt, allen Menschen zu ermöglichen, leistbar von A nach B zu gelangen.



Für die Anpassung des Verkehrssystem an die Bedürfnisse einer wachsenden Stadt braucht es den Austausch mit BürgerInnen.

einfacheren Zugang zu diesen ergänzenden Mobilitätsdienstleistungen, dadurch können Wege schnell und bedarfsgerecht geplant werden (bspw. über die WienMobil-App).

Kommunikation und Information

Der Austausch zwischen BürgerInnen untereinander, aber auch mit Politik und Verwaltung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um das Verkehrssystem den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt und sich verändernden Gesellschaft anzupassen. Es ist wichtig, ein Bewusstsein für die Bedürfnisse anderer Verkehrsteilnehmer zu schaffen und das Miteinander konfliktärmer zu gestalten.

Neue Verkehrslösungen sollten nicht nur einzelnen Interessengruppen dienen, sondern eine Win-Win-Situation für alle VerkehrsteilnehmerInnen sein. Dazu gehört auch bestehende Regelungen und Privilegien zu hinterfragen, die nicht mehr zeitgemäß oder sogar kontraproduktiv sind. Debatten um Mobilität und Verkehr werden immer höchst emotional geführt. Daher ist es wichtig, den Menschen ihre Ängste zu nehmen und frühzeitig in die Veränderungsprozesse einzubinden. Hierbei können Plattformen wie die LA21, Open Government oder digitale Informationen als geeignete Instrumente dienen.

* Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 / 2015 / STEP 2025, Fachkonzept Mobilität.
Weitere Informationen: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/fachkonzepte/mobilitaet/index.html>

10 Jahre Brunnenpassage - #kunstwirkt

Ivana Pilić, Kulturschaffende und freie Trainerin in Wien

Die Brunnenpassage wurde 2007 in einer ehemaligen Markthalle am Wiener Brunnenmarkt im 16. Gemeindebezirk gegründet. Der KunstSozialRaum versteht sich als Labor und Praxisort transkultureller, partizipativer Kunst. Menschen können hier an Kunstprojekten mitwirken und sich dabei kennenlernen. Seit 10 Jahren wird täglich ein interdisziplinäres Programm von Theater und Tanz über Gesangs- und Musikformate bis hin zu Ausstellungen und Film geboten, mit dem Ziel, möglichst alle – alte und neue Wiener_innen – für zeitgenössische Kunst zu begeistern. Mehrjährige Kooperationen mit etablierten Kulturinstitutionen wie dem Wiener Konzerthaus, dem Volkstheater und dem Weltmuseum in der Hofburg sind Kernkonzept.

In Wiens Stadtgeschichte haben Kunst und Kultur seit jeher einen hohen Stellenwert. In der Kulturmetropole finden sich zahlreiche renommierte Häuser und Kulturinstitutionen, und die Identität der Stadt ist durch sie geprägt. Kunst und Kultur sind ohne Frage identitätsstiftend, individuell, aber auch in dem Sinne, wie Gemeinschaft und die Stadt konstituiert und gestärkt wird. Die Aufgabe von öffentlich geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen ist es, für möglichst viele Menschen in der Stadt ein kulturelles Angebot bereitzustellen. Die Realität ist jedoch auch in Wien eine andere. Trotz anderslautender politischer Willensbekundungen werden von den großen Kulturinstitutionen bislang vor allem jene angesprochen und erreicht, die der sogenannten höheren Bildungsschicht angehören. Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und kulturellen Sozialisation keinen Bezug zur „Hochkultur“ entwickelt haben, werden von der Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt weitgehend

Ivana Pilić arbeitet als Kulturschaffende und freie Trainerin in Wien. Seit 2010 im KunstSozialRaum Brunnenpassage tätig, den sie geleitet hat (derzeit in Bildungskarenz). Neben kuratorischen Aktivitäten konzentriert sie sich auf die Entwicklung neuer partizipativer Kunstkonzepte und -formate. Sie interessiert sich für die Schnittstelle zwischen zeitgenössischer Kunst und politischer Partizipation sowie für den Einsatz von Kunst als Tool für gesellschaftlichen Wandel. Sie ist Co-Autorin des Buches „Kunstpraxis in der Migrationsgesellschaft“. Seit 2016 ist sie als entsandte für Österreich vom Bundeskanzleramt für die Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission „Interkultureller Dialog im Kontext der Migrations- und Flüchtlingskrise“ und als Vorstandsmitglied des Kulturfestivals WIENWOCHE tätig.



ausgeschlossen. Dazu gehört auch ein großer Teil jener Menschen, die als Migrant_innen oder Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden.

Die Heterogenität der Wiener Bevölkerung und die damit einhergehende Vielstimmigkeit bleibt damit in den Produktionen und im Programm der großen Kulturhäuser weitestgehend ausgeblendet, genauso wie auf Publikumsebene unerreicht. Statt der Anerkennung einer Stadt der vielen und einem konstruktiven Umgang mit den zahlreichen Chancen und Potenzialen erleben wir eine Zuspitzung der öffentlichen Debatte und damit einhergehend eine Zunahme rassistischer Ressentiments. Die Fragen, wie in einer Gesellschaft mit Pluralisierung und Vielstimmigkeit, aber auch mit Vorurteilen gegenüber anderen sozialen Gruppen umgegangen

Die Heterogenität der Wiener Bevölkerung ist im Programm der großen Wiener Kulturhäuser ausgeblendet.



Das subtile Gefühl mancher Menschen, zu kurz zu kommen, wird durch die Kulturpolitik oftmals befördert.

wird, werden zunehmend brisanter. Welche Formen gesellschaftlicher Solidarität werden entwickelt? Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass es nicht nur soziale und ökonomische Gründe sind, die zu einem subjektiven Gefühl der Vernachlässigung führen, kommt der Kulturpolitik eine große Bedeutung zu. Einer politischen Auseinandersetzung, die sich primär entlang von Kulturkämpfen abspielt (Genderfragen, LGBTIQ-Rechte oder Grenzen dicht vs. Refugees welcome) kann nicht nur auf Ebene sozialer Verbesserungen begegnet werden.

Das subtile Gefühl mancher Menschen, zu kurz zu kommen, wird durch die Kulturpolitik oftmals befördert. In Wien befinden sich die meisten sogenannten Hochkulturinstitutionen, die auch die höchsten Fördersummen erhalten, in der Innenstadt. Abseits der Notwendigkeit einer vor allem auch programmatischen Öffnung der Kulturhäuser bedarf es einer mutigen Kulturpolitik, die sich nicht nur rhetorisch dafür einsetzt, dass es in Außenbezirken wie der Donaustadt, Floridsdorf, Simmering oder Favoriten mehr Kulturangebot vor Ort gibt – alleine in den genannten vier Bezirken lebt ein Drittel der Wiener Bevölkerung. Kunst- und

Kulturinstitutionen können Orte sein, in denen gesellschaftlich brennende Fragestellungen besprochen werden, in denen abseits von sozialer oder kultureller Zugehörigkeit Menschen miteinander in Dialog treten und damit Aushandlungsprozesse zwischen segregierten Bevölkerungsgruppen möglich werden. Hierfür braucht es tägliches Arbeiten vor Ort, statt einmaliger Impulse.

Die Brunnenpassage ist ein solcher Ort. Im Sinne eines Aufbaus langfristiger Bindungen zu den Besucher_innen ist Beziehungsarbeit Teil der täglichen Arbeitspraxis. Inhaltlich verhandelt die Brunnenpassage gesellschaftliche Fragen, migrationsbedingte Realitäten und postmigrantische Diskurse sowie Themenfelder, die die urbanen und sozialen Realitäten der Stadt aufgreifen. Über Kunst und Kultur können die Besucher_innen sich an Fragen und Themen annähern, die in anderen Diskursformen mitunter nicht so einfach zugänglich sind. In Hinblick auf Niederschwelligkeit sind Veranstaltungen, die ohne deutsche Sprache funktionieren, ebenso ein wichtiger Teil der Programmgestaltung. Das Kunstschaffen postmigrantischer Künstler_innen findet in besonderem Maße Eingang in den Spielplan. Als eine lernende



Organisation, die im Tun probiert, reflektiert und adaptiert, stellt die Brunnenpassage sich und ihre Formate dabei immer wieder in Frage. Kunst wird hierbei als ein Medium mit Brückenfunktion betrachtet, das Dialoge und Auseinandersetzung ermöglicht und über Sprachgrenzen hinweg verbinden kann. Der den Künsten inhärente Experimentier- und Innovationscharakter, die Mehrdeutigkeit und Ergebnisoffenheit von Kunst und nicht zuletzt die Möglichkeit der nonverbalen Kommunikation machen Kunst zum adäquaten Mittel der Artikulation. Mittels einer gemeinsamen Kunstpraxis wird ein durchlässiger, kollektiver Ort für sonst oft segregierte Gruppen geschaffen, den diese sich zu eigen machen und gemeinsam bespielen können. Im Veranstaltungsraum wird nicht mit Differenz gearbeitet, Herkunft wird nicht ständig thematisiert. Ohne zu vereinnahmen und ohne Herkunft als defizitär zu problematisieren, wird die Vielfalt der Wiener Bevölkerung Teil des Alltags und als Normalität geltend gemacht.

Solche Kulturinstitutionen in den Außenbezirken wären ein wesentliches Instrument, um Menschen zu erreichen, die derzeit kaum teilhaben am kulturellen Leben der Stadt.

So könnte die Stadt Wien kulturelle Impulse in den peripheren Stadtgebieten setzen und damit gleichzeitig das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt positiv beeinflussen. Damit dies gelingt, reicht es nicht aus, nur kurze Impulse zu setzen – mit temporären Festivals oder der Förderung kleiner Initiativen. Ein zugängliches großes Theater, ein niedragschwelliges zeitgenössisches Museum und diverse Kunstinstitutionen vor Ort, wie die Brunnenpassage, wären Ausdruck eines großangelegten Umdenkens, um von einer Kulturpolitik der Gerechtigkeit sprechen zu können. Eine gute kulturelle Infrastruktur und eine Demokratisierung der Kulturinstitutionen führen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner_innen eines Stadtviertels und ermöglichen etwa auch die Inklusion von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und langfristig ein kollektives Miteinander abseits von Herkunft und sozialer Schicht.

Eine gute kulturelle Infrastruktur und eine Demokratisierung der Kulturinstitutionen führen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner/Innen eines Stadtviertels.

Nahversorgung für alle in der Donaustadt

Beatrice Stude – RASENNA / Munus Stiftung – Boden für gutes Leben (in Gründung)



Beatrice Stude ist leidenschaftliche Stadtplanerin und Radfahlerin, sie engagiert sich in der Bürgergruppe Lebenswerter Nordbahnhof, war jahrelang bei einem gewerblichen Bauträger in der Projektentwicklung tätig und ist heute mit stape og-planning consultancy selbstständig. Daher ist sie im Perspektivenwechsel geübt und weiß um die Bedeutung der Eigentümerschaft für die Mitgestaltung. Seit Jahren engagiert sie sich bei „RASENNA - Boden mit Zukunft“ für achtsamen Umgang mit Grund und Boden und der Schaffung von Rahmenbedingungen für gemeinschaftliches Eigentum – Allmende bzw. Commons. Die gemeinnützige Stiftung dafür ist derzeit in Gründung, gemeinsam mit GeLa Ochsenherz. „Munus Stiftung - Boden für gutes Leben“ soll sie heißen und Land für kooperatives Wirtschaften, solidarische Lebensweise und Vielfalt absichern.

Viele Menschen suchen nach und nehmen sich Handlungsspielräume. Sie werden aktiv – aus einem Bedürfnis heraus: den eigenen Lebensraum und ihre Lebensweise zu gestalten, aus der Nähe versorgt werden und selbst versorgen. Daneben agieren Institutionen, die viel zum Entstehen von Gemeinschaft beitragen und dabei teils mit Anspruchsdenken konfrontiert sind. Dazwischen Forschungsprojekte, die initiieren, und UnternehmerInnen, die die Gemeinschaft im Blick haben. In der Donaustadt gibt es bereits viele positive Beispiele.

Die Kleine Stadt Farm verbindet ökologische und soziale Initiativen über den 22. hinaus

Gutes Tun und davon einfach und gut leben zu können, war Antrieb für die Gründung der Kleinen Stadt Farm 2011, die auch Initiativen in Neubau und Floridsdorf unter ihrem Dach hat. Heute bauen sie mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds einen sozio-ökonomischen Betrieb für die Ausbildung langzeitarbeitsloser Jugendlicher auf: in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung.

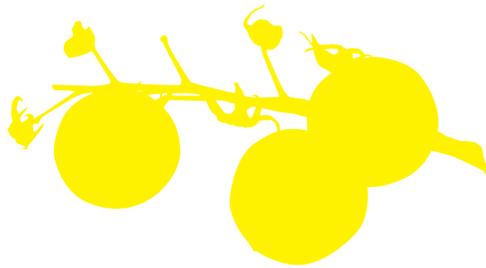
Angebaut wird im Schutzgebiet Wald und Wiese, gepachtet auf fünf Jahre, länger erlaubt der Rechnungshof nicht. Daneben besetzte Flächen anderer Initiativen. Alles ist offen, vor allem für die AnrainerInnen zur Erholung. Das bedeutet auch mal Schwund, wie Bäume, die wieder ausgegraben wurden. Ärgern hilft hier nichts. Die Natur, Schnecken und Schädlinge holen sich auch einen Teil der Ernte, und der Mensch ist ja Teil der Natur. Butz & Stingl, die erste Foodcoop der Donaustadt, ist auch Mitglied der Kleinen Stadt Farm. Ihr Aufbau war leicht, da sie auf eine bestehende Gemeinschaft – die Siedlerbewegung – gestoßen sind, die auch die Räumlichkeiten stellt. Alle großen Entscheidungen werden im Plenum diskutiert, ein eigenes Wertesystem wird derzeit erarbeitet.

Ausführliche Reportage und weitere Informationen:

www.magazin.rasenna.at/2017/02/20/nahversorgung-fuer-alle-landwirtschaft

blog.kleinstadtfarm.at

www.lebenskoppel.at/butz-stingl-foodcoop-lobau



Mitgestaltung und Unterstützung von Initiativen – Lokale Agenda 21 Donaustadt

Die Bildungswerkstätte im Entstehen am Barbenhäufel kocht Kraut fürs Crowdfunding, um Geld für die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur zu sammeln. Eine Veranstaltung der Kleinen Stadt Farm, medial und zum Teil finanziell unterstützt von der Lokalen Agenda. Die auch Netzwerktreffen für Austausch über urbane Landwirtschaft organisiert. Oder Radexkursionen zum heranwachsenden Norber-Scheed-Wald in Breitenlee, der als Daseinsvorsorge für alle geschaffen wurde. Die Lokale Agenda gestaltet auch Partizipationsprozesse, wie beim Paradiesgartl – einer Fläche der Stadt Wien –, die für die Erholung der BürgerInnen geöffnet wurde. Die Lokale Agenda fragte die BürgerInnen, was sie möchten. Es wurde ein gemeinsamer Nenner gefunden – „essbare“ Sträucher, Obstbäume und Sitzgelegenheiten sowie naturbelassene Bereiche

und Platz zum Spielen – und umgesetzt. Die AnrainerInnen pflanzten mit und übernahmen Baumpatenschaften. Zur Wasserversorgung wurde ein bestehender Hydrant für die Nutzung im Paradiesgartl aktiviert.

Lokaler Umweltschutz mit den BürgerInnen. Seit 2003 verbindet die Lokale Agenda Donaustadt Politik und Verwaltung mit den BürgerInnen. Sie unterstützt das ehrenamtliche Tun, bringt Struktur in Ideen mit lokalen Agendagruppen und begleitet die Umsetzung. Finanziert wird sie von Bezirk, Stadt Wien und der EU. Ein Ergebnis ist die Broschüre Nahrungsquelle Donaustadt, bereits in dritter Auflage. Hier wäre eine Zusammenarbeit mit der Stadtlandwirtschaft der Landwirtschaftskammer – Homepage und App – ideal, da sie neben den AkteurInnen mit gleichem Ziel, die Papierwelt und digitale Medien zusammenbrachte.

Weitere Informationen:

<https://www.w24.at/W24-Reportage/251885 - Lokale Agenda Donaustadt>

<http://www.la21wien.at/projekte-detail/broschuere-nahrungsquelle-donaustadt.html>

www.agendadonaustadt.at

www.stadtlandwirtschaft.wien

Jugend und öffentlicher Park, betreut vom Jugendzentrum Hirschstetten

Seit 40 Jahren bietet das Jugendzentrum ein konsumfreies Angebot zwischen Donauzentrum und den freien Feldern sowie den nun mit der U-Bahn herangerückten Fortgezonen. Es liegt günstig, der Weg dorthin ist frei von Gefahren des motorisierten Verkehrs für die 150 betreuten Kinder und Jugendlichen. Der Park davor, in dessen Gestaltung die Kinder und Jugendlichen eingebunden waren, wird mitbetreut. Hier ist das Jugendzentrum Erste Hilfe, Ansprechpartner und – ganz wichtig für eine lange Aufenthaltsdauer – öffentliches WC. Dazu wurden adäquate Sitzmöbel geschaffen, flexibel positionierbar, die Gemeinschaft entstehen ließen und das Anspruchsdenken der Eltern auf externe Versorgung ihrer Kinder veränderte.

Das Jugendzentrum wertschätzt Engagement für die Gemeinschaft. Zunächst mit kleinen Honorarnoten. Nach deren Unterbindung durch die Finanz setzte es Impulse fürs Gemeinwesen mit einer eigenen Währung. Heute wird deren Fortführung behindert durch die Registrierkassenpflicht. Möglich ist dies alles durch konstante Betreuung, die weiß, was sich bewährt hat und worauf die Gemeinschaft sensibel reagiert. Finanziert wird das Jugendzentrum von der Stadt Wien.

Ausführliche Reportage und weitere Informationen:

www.magazin.rasenna.at/2017/02/14/nahversorgung-fuer-alle-jugend

www.jugendzentren.at/standorte/hirschstetten

Aktiv im Stadtteil – Gemeinsam Nachbarschaft gestalten in Essling und Hirschstetten

Was bringt Jugendliche und SeniorInnen ins Gespräch? Ein Filmprojekt, in dem Jugendliche auf Spurensuche des Hirschstettens der Jugendzeit von SeniorInnen gehen. Oder die Errichtung von Sitzbänken, die mit Botschaften zum Diskutieren einladen. Als auch eine Stadtrallye, ein Generationenpicknick oder die Gestaltung einer Bahnunterführung von Mädchen begleitet von einem Künstler. „Essling pflückt“ verbindet BaumbesitzerInnen- und PflückerInnen. Fragen, die die Menschen vor Ort bewegen, kombiniert mit Bewegungsangeboten.

Ein Forschungsprojekt über zwei Jahre, gefördert mit öffentlichen Geldern, unter anderem aus dem österreichischen Gesundheitsfonds. Was bleibt? Ein Netzwerk aus Engagierten, das aktiv bleiben und weitere Projekte umsetzen will. Aktuell läuft die Ortskernbelebung Essling mit dem Ziel, ein Netzwerk von BewohnerInnen- und UnternehmerInnen in Essling aufzubauen, die ein Profil für ihren Stadtteil herausarbeiten.

Weiterführende Informationen:

www.inspirin.at

Werksalon – der erste co-making space in Wien 22

Die erste geteilte und offene Tischlerei in Wien. Ein Raum für Kreatives, vom Laien bis zum Profi – alle sind herzlich willkommen. Es gibt auch Atelierplätze für Start-ups der Kreativwirtschaft, die ihre verschiedenen Handwerksfertigkeiten gegenseitig nutzen. Die Unternehmensberatung dazu gibt es gleich im Haus. Der Werksalon schafft ein Angebot, wieder selbst etwas zu tun. Wie zum Beispiel eigene Projekte unter professioneller Anleitung mit professionellen Maschinen umzusetzen. Individuell, statt im Möbelhaus schnell einzukaufen. Ressourcenschonend, da die Wertschätzung für das selbst Geschaffene weitaus höher ist und länger gefällt. Der Werksalon fungiert neben der offenen Werkstatt auch als Vernetzer und Ort für Austausch. So bietet er Treffen für die Holzfachfrauen, zu traditioneller Holzbearbeitung oder Möbelbaukurse – auch für Kinder – an. Nicht selten erfolgt die Anreise der NutzerInnen aus ganz Österreich. So ist der Werksalon kein Modell, das auf jedes Grätzl übertragbar ist. Aber der Werksalon ist weitaus mehr als ein Unternehmen und damit ein gutes Beispiel für andere Handwerkssparten zum Nachahmen.

Weitere Informationen:

www.werksalon.net

Die Initiativen, UnternehmerInnen und Institutionen bauen sich Regelwerke auf, denn nur so sind viele für ein Vorhaben zu begeistern und zu halten. Mitgestaltungsmöglichkeiten stehen im Vordergrund. Vieles wird verhandelt und diskutiert. Austausch, Kennenlernen auf vielen Ebenen. Vieles erfolgt ehrenamtlich, so manches aber auch zur Existenzsicherung. Dabei entstehen lokale Kreisläufe. Das alles und Neues braucht Unterstützung – bei den Formalien und finanziell – damit es bestenfalls irgendwann selbsttragend sein kann. Hier braucht es ein gelebtes Bündnis zwischen Politik, Stadtverwaltung bis hin zu den Initiativen, die gemeinsam nicht die Frage „Geht das?“, sondern „Wie kann es gehen?“ in den Vordergrund stellen. Denn Nahversorgung erzeugt Gemeinschaft und bringt Leben ins Grätzl.

Nachhaltige Donaustadt – Land(e)karte –
Herausgeber MA22, AK, BV Donaustadt

<https://www.wien.gv.at/umweltschutz/nachhaltigkeit/donaustadt.html>



Wiens Initiativen für ein *gutes Leben für alle*

Ira Mollay & Anna Leitner, Mutmacherei



Ira Mollay hat Handelswissenschaften studiert. Sie ist Beraterin und Coach und Gründerin der Mutmacherei. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind das Sichtbarmachen von ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternativen und Lösungsansätzen.



Anna Leitner studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement und Politikwissenschaften in Wien, hat ein Erasmus+-Semester in Brüssel absolviert, hat an der Simulation der UN-Klimaverhandlungen der Jugend- und Umweltplattform teilgenommen, Mitarbeit in der Mutmacherei.

Am Kongress *Gutes Leben für alle* wurde vom 9. bis 11. Februar 2017 viel philosophiert, diskutiert und geworkshopped darüber, wie ein *gutes Leben für alle* realisiert werden kann. Ressourcenwende, Stadt der Zukunft, Zeitwohlstand – alle möglichen Themen waren vertreten. Weil es aber für den Wandel auch **Taten** braucht, entführte

die Mutmacherei rund 100 Teilnehmende in den Taten-Dschungel Wiens: Im Rahmen von **sechs Exkursionen** haben insgesamt **18 Initiativen** gezeigt, wie sie sich bereits mit ganz konkreten Taten für ein *gutes Leben für alle* einsetzen, viele davon im Bereich Nahversorgung. Doch diese Exkursionen waren keine reine Schaustellung, nein, vielmehr haben sowohl die Projekte als auch die Teilnehmenden **aktiv** am Wandel gearbeitet: Im „**Wünsch dir was**“ gab es Raum für die Wünsche und Bedürfnisse der Projekte. Daraufhin stellten die Teilnehmenden den Projekten Tipps, Kontakte, Ressourcen und Ideen zur Verfügung.

Hürden durch Vorschriften

Das Ergebnis: Die Wünsche der Initiativen und Projekte sind vielfältig, umfassend und oft sehr konkret. Alle Projekte waren sich

Die gemütliche Bibliothek in Magdas Hotel





Innenausstattung im magdas Hotel

einig, dass es nicht am Willen scheitert. Vielmehr besteht die Notwendigkeit von mehr Raum zum Handeln. Denn die **Grenzen für den Wandel** sind die **Regelungen und Vorschriften**, die noch nicht an die neuen Erfordernisse angepasst sind.

Der **Wohnwagon** entwickelt erstklassige Kompost-Toiletten, die sind jedoch behördlich nicht gut geheißen – es müssen WCs mit Wasserspülung sein. Die Projekte bewegen

sich also oft in einem gesetzlichen Graubereich und sind ständig auf der Suche nach Lösungen. Das erfordert Zeit und Ressourcen, die ohnehin knapp sind. Ein gemeinsamer Wunsch lautet: mehr **Kontakt** und Vernetzung mit anderen Initiativen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Welche Erfahrungen haben sie gesammelt, wie haben sie diese **Hürden** überwunden?

Konkret wünschen sich z. B. **magdas Hotel** und **VinziRast** vom Staat verkürzte **Asylverfahren**. Auch mehr Unterstützung der Geflüchteten durch psychologische Betreuung und Sprachkurse ist gefragt. Unternehmen hingegen sollen das große Potenzial vieler Flüchtlinge erkennen. Sie könnten auch beim Hemmnis Umzug in ein anderes Bundesland helfen.

Das Potenzial von Geflüchteten erkennen.

Hut & Stiel wünschen sich mehr Progressivität der Stadt Wien bei der Vergabe von **Leerstand** – denn für Initiativen der Transformation ist leistbarer Raum oft knapp.

Hut und Stiel: Hier wachsen die Pilze aus den Säcken

Im Keller von Hut und Stiel



Die Wünsche der Initiativen

Es braucht einen Paradigmenwechsel bei Produzenten zu langlebigeren Produkten.

Nahversorgung soll auch nachhaltig sein. Um das möglich zu machen, weisen viele der Initiativen auf Verbesserungs- und Gestaltungspotenziale hin: Das **R.U.S.Z.** fordert einen Paradigmenwechsel bei **Produzenten** hin zu **langlebigeren** Produkten. Zusätzlich braucht es einen Imagewandel zugunsten Re-use, Reduce und Recycle. Zu diesem Aspekt des guten Lebens für alle tragen **Foodsharing** im Bereich der Nahrungsmittel und **Zero Waste** im Bereich Verpackungsfreiheit bei.

Der Greißler wünscht sich industrielle Produktion in der Region: z. B. verpackungsfreie

Nudeln in größeren Mengen. Ähnliches gilt für Reinigungsmittel von **füllbar**.

Sowohl **ponganic** als auch **Insektenessen.at** wünschen sich **weniger Regelungen** für Transformations-Start-ups, z. B. in Bezug auf Foodtrucks. Ein Foodtruck hat keine fixe Adresse. Das ist für die Behörden ein großes No-go, obwohl es um die Idee einer hyperlokalen Nahversorgung geht: Sie dann und dort stattfinden zu lassen, wo sie gerade aktuell stark gebraucht wird.

Beim Greißler



Hochwertiger Proteinsnack mit Insekten



Für andere Projekte ist wiederum der Schritt der **Zuordnung** in der Gewerbeordnung oder zu einer der Kammern eine Hürde: Ist eine vertikale Pilzzucht in einem Wiener Keller ein gewerblicher oder ein landwirtschaftlicher Betrieb? Ein Wunsch der Projekte dazu: Die Behörden sollten **mehr Mut und Offenheit** zeigen. Sie sollten ihren Ermessensspielraum zur Unterstützung neuer Ideen nutzen. Das wäre hilfreicher als das Motto „kenn ma ned, gibt's ned“.

Leila wiederum regt spezielle Versicherungsangebote für **neue Nutzungsverhält-**

nisse wie Leihe an. Dadurch wird nicht nur der Produktnutzenaspekt der Nahversorgung angesprochen, sondern auch der soziale: Etwas zu leihen schafft automatisch mehr soziale Verbindung als etwas zu besitzen.

Das **Projekt Bank für Gemeinwohl** fordert eine Änderung des Genossenschaftsrecht im Bezug auf die Nachschusspflicht für Genossenschaftler*innen. Auch mehr Rechtssicherheit für Beschäftigungsgenossenschaften wie z. B. die **Otelo eGen** steht auf der Wunschliste. Eine **Finanzierungsschiene** für solidarökonomische Initiativen wurde ebenfalls vorgeschlagen.

Behörden sollten mehr Mut und Offenheit für neue Projekte zeigen.

Ideen sammeln im Projekt Bank für Gemeinwohl



Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit

Das Ehrenamt muss aufgewertet werden.

Oft gefallen – und besonders bei **Vinzirast** – ist der Wunsch nach einer **Aufwertung des Ehrenamts**, speziell bei der Schaffung sozialer Infrastrukturen der Nahversorgung. Dazu braucht es auch andere Formen der Bezahlung. Die gesetzliche Verankerung von Tauschhandel (wie z. B. Arbeit gegen Essen) wäre hierfür sehr hilfreich. Von der **Zivilgesellschaft** wünschen sich einige Projekte mehr Kontinuität des Engagements. Außerdem soll sich jede*r die persönlichen **Stärken und Ressourcen** bewusst machen – denn jede*r von uns kann viel Wertvolles beitragen.



Taschenproduktion bei Vinzirast

In der Vinzirast-Werkstätte



Das **Innovation Lab der Angewandten AIL** und **space and place** wünschen sich mehr öffentlich zugängliche Räume für die Stadt der Zukunft. Dort ist Entfaltung, Vernetzung und Integration möglich. Der Wunsch lautet: eine „celebration of public space“ ganz im Bewusstsein der wichtigen Rolle, die konsumfreie Räume als Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens darstellen.



Die Räume des AIL können von allen genutzt werden

Lost in translation

Für die Bewegung der sozialökologischen Transformation und den Kongress äußerten mehrere Projekte den Bedarf von **Übersetzungsarbeit**: So soll der Wandel auch sprachliche und Bildungsbarrieren überwinden können. Er soll zugänglicher werden und zu mehr **Inklusion** am Weg zum *guten Leben für alle* führen.

Doch wer soll all diese Ideen zur Umsetzung bringen? Die **Zuständigkeit für Innovation und Transformation** könnte auch auf staatlicher Ebene verankert werden. Zusätzlich könnte eine Art Lobbyorganisation die Bedürfnisse all dieser Initiativen sammeln und auf die politische Tagesordnung bringen.

Allen besuchten Initiativen gemein ist der Wunsch nach **Aufmerksamkeit**. Denn traditionelle Werbung ist für junge Social Businesses wie z. B. **Shades Tours** teuer. Daher

setzen alle auf Mundpropaganda und Teilen in den sozialen Medien. Auch Vernetzung durch Weggefährter*innen und Interessierte ist beliebt. **FragNebenan** bringt **Vernetzung durch soziale Medien** in der eigenen Nachbarschaft. Denn manchmal hilft die digitale Welt, um aus der Anonymität der Stadt in den direkten persönlichen Kontakt zu kommen. Dann können Hilfsbereitschaft, Gemeinschaft und Inklusion leichter entstehen.

In der nächsten Zeit werden wir näher auf die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen der einzelnen Projekte eingehen. Weitere mutmachende und inspirierende Projekte in Wien und auf der ganzen Welt, der Großteil davon im Bereich der Nahversorgung, gibt es im **Mut-Map** zu entdecken. Auf der **Facebook-Seite** der Mutmacherei wird täglich über Neues im Bereich der sozialökonomischen Transformation berichtet.

Eine Stadt der Zukunft braucht mehr öffentlich zugängliche Räume.

Impressum

Werkstattbericht

anlässlich des Kongress 2017

Gutes Leben für alle

www.guteslebenfueralle.org

Eigentümer und Herausgeber

Stadtentwicklung Wien

Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung

Inhalt und Konzept

Andreas Novy und Alexandra Strickner

Mit Textbeiträgen von

| | | |
|------------------|------------------|---------------------|
| Iker Ataç | Anna Leitner | Sarah Schilliger |
| Sylvia Einöder | Ira Mollay | Guido Schwarz |
| Michael Erdmann | Michaela Neumayr | Alexandra Strickner |
| Erich Foglar | Andreas Novy | Iris Strutzmann |
| Jean-Marc Fontan | Ivana Pilić | Beatrice Stude |
| Stefan Giljum | Leonhard Plank | Andreas Trisko |
| Monika Grubbauer | Volker Plass | Maria Vassilakou |
| Klemens Himpele | Werner Raza | Alice Wagner |
| Pia Hlava | Thomas Ritt | |

Grafische Gestaltung: Erich Hörmann, bzw.co.at

Lektorat: Ernst Böck

Technische Koordination: MA 18, Willibald Böck

Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH

Gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe von „Ökokauf Wien“

Fotos: S. 12, 54 istockphoto, S. 6, 7, 17, 23 Graphic Recording Bilder: Helene Glatter-Götz; Aufnahmen des Kongresses: Monika Austaller, Sandra Falkner, Lucile Tillet, Michael Stern; S. 73: Erich Hörmann; S. 80: MA 18; S. 78: DriveNow, Aspern Seestadt – Stephan Doleschal; S. 86–91: Valeria Romme, Lena Bauer, Jenufa Simonis
Porträtfotos: Ilker Ataç, Uli Brand, Stefan Giljum (© Daniel Schmelz), Monika Gruber, Klemens Himpele (© David Bohmann Photography), Pia Hlava, Anna Leitner, Michaela Neumayer (© A. Knecht), Andreas Novy, Leonhard Plank, Thomas Ritt, Sarah Schilliger, Guido Schwarz (©Barbara Hartl), Alexandra Strickner, Alice Wagner

© MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien 2017

www.stadtentwicklung.wien.at

ISBN 978-3-903003-36-1

